

Die Hochschule Luzern – Soziale Arbeit

empfiehlt diese Bachelor-Arbeit

besonders zur Lektüre!

Bachelor-Arbeit
Ausbildungsgang Soziokultur
Kurs BB 2006 - 2010

Selina Chanson & Rahel Walther

**Wohnbaugenossenschaften als Handlungsfeld
für die Soziokulturelle Animation**

Herausforderungen des Wohnwandels am Beispiel der Stadt Zürich

Diese Bachelor-Arbeit wurde eingereicht im August 2010 in 4 Exemplaren zur Erlangung des vom Fachhochschulrat der Hochschule Luzern ausgestellten Diploms für Soziokulturelle Animation.

Diese Arbeit ist Eigentum der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit. Sie enthält die persönliche Stellungnahme des Autors/der Autorin bzw. der Autorinnen und Autoren.

Veröffentlichungen – auch auszugsweise – bedürfen der ausdrücklichen Genehmigung durch die Leitung Bachelor.

Reg. Nr.:

Vorwort der Schulleitung

Die Bachelor-Arbeit ist Bestandteil und Abschluss der beruflichen Ausbildung an der Hochschule Luzern, Soziale Arbeit. Mit dieser Arbeit zeigen die Studierenden, dass sie fähig sind, einer berufsrelevanten Fragestellung systematisch nachzugehen, Antworten zu dieser Fragestellung zu erarbeiten und die eigenen Einsichten klar darzulegen. Das während der Ausbildung erworbene Wissen setzen sie so in Konsequenzen und Schlussfolgerungen für die eigene berufliche Praxis um.

Die Bachelor-Arbeit wird in Einzel- oder Gruppenarbeit parallel zum Unterricht im Zeitraum von zehn Monaten geschrieben. Gruppendynamische Aspekte, Eigenverantwortung, Auseinandersetzung mit formalen und konkret-subjektiven Ansprüchen und Standpunkten sowie die Behauptung in stark belasteten Situationen gehören also zum Kontext der Arbeit.

Von einer gefestigten Berufsidentität aus sind die neuen Fachleute fähig, soziale Probleme als ihren Gegenstand zu beurteilen und zu bewerten. Soziokulturell-animatorisches Denken und Handeln ist vernetztes, ganzheitliches Denken und präzises, konkretes Handeln. Es ist daher nahe liegend, dass die Diplomandinnen und Diplomanden ihre Themen von verschiedenen Seiten beleuchten und betrachten, den eigenen Standpunkt klären und Stellung beziehen sowie auf der Handlungsebene Lösungsvorschläge oder Postulate formulieren.

Ihre Bachelor-Arbeit ist somit ein wichtiger Fachbeitrag an die breite thematische Entwicklung der professionellen Sozialen Arbeit im Spannungsfeld von Praxis und Wissenschaft. In diesem Sinne wünschen wir, dass die zukünftigen Soziokulturellen Animatorinnen und Animatoren mit ihrem Beitrag auf fachliches Echo stossen und ihre Anregungen und Impulse von den Fachleuten aufgenommen werden.

Luzern, im August 2010

Hochschule Luzern, Soziale Arbeit
Leitung Bachelor

Abstract

Der Soziale Wandel zeigt sich durch die beschleunigte Globalisierung und der damit verbundenen Ökonomisierung wie auch anhand der zunehmenden Individualisierung und der damit verbundenen Pluralisierung der Lebensstile. Für das Wohnen bedeuten diese Entwicklungen eine Zunahme des Wettbewerbs auf dem Wohnungsmarkt sowie Veränderungen im Zusammenleben und der sozialen Beziehungen der Menschen. Diese Veränderungen bringen problematische Tendenzen wie die unzureichende Wohnraumversorgung, die unfreiwillige Segregation sowie das Risiko der sozialen Desintegration mit sich.

Das Modell des genossenschaftlichen Wohnens ist eine mögliche sozialpolitische Alternative zum kommerziell organisierten Wohnungsmarkt. Zudem haben Genossenschaften integrativen Charakter und fördern das gemeinschaftliche Zusammenleben. Der Soziale Wandel führt auch in den Genossenschaften zu Herausforderungen, diese sind erstens die Abnahme der Sozialen Kohäsion und der Solidarität unter den Bewohnenden und zweitens die sinkende Beteiligung. Beide Punkte sind für die Genossenschaften wie auch für die Gesellschaft wichtige Grundvoraussetzungen für ein gelingendes Zusammenleben. Die Kernkompetenz der Soziokulturelle Animation ist es, gemeinsam mit den Menschen den Sozialen Wandel zu gestalten. Sie kann die Genossenschaften professionell darin unterstützen, die genannten Herausforderungen aktiv anzugehen. Der soziale Zusammenhalt in der Genossenschaft kann durch die Förderung von Begegnung und Kommunikation unter den Bewohnenden gestärkt werden. Eine erhöhte Partizipation kann durch die Aktivierung der Bewohnenden sowie dem Aufbau von neuen, niederschweligen Strukturen erreicht werden.

Inhaltsverzeichnis

<u>Abbildungsverzeichnis</u>	7
<u>Dank</u>	8
<u>1. Einleitung</u>	9
<u>2. Wohnen als zentrales Thema für den Menschen</u>	11
2.1 Wohnen als Grundbedürfnis	11
2.2 Wohnwandel	12
<u>3. Sozialer Wandel als Ursache für den Wohnwandel</u>	14
3.1 Sozialer Wandel und Modernisierung	14
3.2 Globalisierung	15
3.2.1 Ökonomisierung	16
3.2.2 Urbanisierung	17
3.2.3 Migration	18
3.2.4 Segregation	18
3.2.5 Glokalisierung	19
3.3 Individualisierung	19
3.3.1 Soziale Beziehungen	20
3.3.2 Haushaltsformen	20
3.4 Fazit	21
<u>4. Wohnsituation in der Stadt Zürich</u>	22
4.1 Wohnbevölkerung im Wandel	22
4.2 Rolle der öffentlichen Hand	23
4.3 Wohnungsangebot und Wohnzufriedenheit	24
4.4 Bevölkerung nach Stadtkreisen	25
4.5 Haushalte und Wohnfläche	27
4.6 Fazit	28
<u>5. Wohnbaugenossenschaften in der Stadt Zürich</u>	29

5.1 Entstehung und Entwicklung der Genossenschaften	29
5.2 Situation der Genossenschaften in der Stadt Zürich	29
5.3 Grundwerte und Ziele	31
5.4 Allgemeine Baugenossenschaft Zürich (ABZ) als Beispiel	32
5.5 Sozialpolitische Relevanz	35
5.6 Fazit	36
6. Herausforderungen in den Genossenschaften	37
6.1 Erhebungen durch externe Stellen	37
6.2 „Werteprozess“ der ABZ	38
6.2.1 Hintergründe und Vorgehen	38
6.2.2 Resultate	39
6.3 Fazit	40
7. Vertiefung der Herausforderungen und Folgerungen für die Bearbeitung	41
7.1 Soziale Kohäsion und Solidarität	41
7.1.1 Relevanz von Kohäsion und Solidarität	41
7.1.2 Soziale Kohäsion und Solidarität im Wandel	42
7.1.3 Förderung der Sozialen Kohäsion durch neue Solidarität	44
7.2 Demokratisierung, zivilgesellschaftliches Engagement und Partizipation	45
7.2.1 Relevanz von Demokratisierung und Beteiligung für Gesellschaft und Genossenschaften	46
7.2.2 Zivilgesellschaftliches Engagement im Wandel	47
7.2.3 Stärkung der Identifikation durch neue Beteiligungsformen	48
7.3 Fazit	50
8. Profession der Soziokulturellen Animation	52
8.1 Grundlagen	52
8.2 Positionierung und Abgrenzung zu anderen Disziplinen	55
8.4 Akteure in Zürich	59
8.5 Fazit	60
9. Handlungsmöglichkeiten für die Soziokulturelle Animation	62

9.1 Aufbau einer tragfähigen Alltagskultur und Stärkung der Identifikation	63
9.1.1 Begegnung, Kontakt und Kommunikation	64
9.1.2 Ressourcenaktivierung, Ressourcenausgleich und Vernetzung	65
9.1.3 Aktivitäten, Aktionen und Anlässe	67
9.1.4 Kooperative Mitwirkungsprozesse	69
9.2 Vernetzung im Gemeinwesen	70
9.3 Fazit	72
<u>10. Schlusswort</u>	74
<u>11. Quellenverzeichnis</u>	79

Die vorliegende Arbeit wurde von den Autorinnen gemeinsam verfasst.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Acht-Faktoren-Modell der Modernisierung	15
Abb. 2: Quartiercluster	26
Abb. 3: Anteile der Genossenschaften am Wohnungsbestand	30
Abb. 4: Organe der ABZ	33
Abb. 5: Stufenmodell der Partizipation	53
Abb. 6: Interventionspositionen	54
Abb. 7: Positionierung der Soziokulturellen Animation	55
Abb. 8: Funktionen und Fokussierungsgebiete	58
Abb. 9: Gemeinwesenenaufbau	59
Abb. 10: Handlungsmodell	62

Die Grafiken wurden farblich aufeinander abgestimmt.

Dank

Zum Gelingen dieser Bachelor-Arbeit haben zahlreiche Personen beigetragen. Wir bedanken uns ganz herzlich für die Unterstützung. Besonders zu erwähnen sind folgende Dozierende der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit:

Gabi Hangartner für die Unterstützung zu Beginn der Arbeit, Prof. Dr. Gregor Husi für die Fachpoolsitzungen und Rahel El-Maawi für ihre intensive fachliche Unterstützung.

Ein besonderer Dank gilt Hanspeter Rohrer, dem Leiter der Fachstelle Soziales der Allgemeinen Baugenossenschaft Zürich, welcher uns mit seinem Fachwissen bei der Verknüpfung von Informationen zu den Genossenschaften und dem sozialen Bereich unterstützt hat.

Herzlich bedanken möchten wir uns auch bei David Suter und Roman Dellsperger für die fachlichen, Meret Stöckli sowie Fabian Lippuner für die inhaltlichen Rückmeldungen und das Lektorat der Arbeit. Ein grosses Dankeschön auch an Ellen Bühler für die Unterstützung beim Layout sowie an Alice und Fredy Sturzenegger, welche uns ihre Ferienwohnung im Bündnerland zur Verfügung gestellt haben.

Die vergangenen sechs Monate bestanden aus vielen Hochs und Tiefs. Auch bestätigende und ermunternde Worte aus unserem Umfeld waren immer wieder wertvoll. Dafür bedanken wir uns besonders bei unseren Familien. Froh waren wir auch um die Unterstützung unserer Wohngemeinschaften, die uns viel Geduld entgegenbrachten, uns bekochten und Hausarbeiten für uns erledigten. Zudem möchten wir uns bei all denjenigen Personen bedanken, welche uns in unserem Prozess unterstützt haben, aber hier nicht namentlich erwähnt werden.

1. Einleitung

In der Stadt Zürich gibt es so viele Wohnbaugenossenschaften wie in keiner anderen Schweizer Stadt. Wohnbaugenossenschaften (in Folge nur noch Genossenschaften genannt) sind wichtige Akteure im Gemeinwesen. Auch Marcel Spierts nennt Genossenschaften als mögliches Arbeitsfeld der Soziokulturellen Animation (1998, S. 71). Dennoch erhalten die Genossenschaften in Zürich von der Profession der Soziokulturellen Animation (SKA) wenig Aufmerksamkeit. Dies haben auch die beiden Autorinnen bei ihrer Arbeit als Soziokulturelle Animatorinnen in der Stadt Zürich festgestellt. Bei den Literaturrecherchen konnte keine ausführende Literatur zur Verknüpfung von Genossenschaften und SKA gefunden werden. Dieser Mangel wurde zum Anlass genommen, das Feld der Genossenschaften in dieser Bachelor-Arbeit genauer zu untersuchen und für die Arbeit der SKA zu erschliessen.

Bei den Recherchen zur vorliegenden Arbeit sind die Autorinnen auf die Allgemeine Baugenossenschaft Zürich (ABZ) gestossen. Diese Genossenschaft führte mit den Bewohnenden einen sogenannten „Werteprozess“ durch, in welchem bestehende Herausforderungen in der ABZ zur gemeinsamen Bearbeitung gesammelt wurden. Anhand dieser Herausforderungen, welche auch in anderen Genossenschaften zu beobachten sind, kann ein Handlungsbedarf abgeleitet werden. Die vorliegende Arbeit untersucht die Ursachen für die Herausforderungen in den Genossenschaften und zeigt mögliche Handlungsfelder aus Sicht der SKA auf.

Die Herausforderungen in den Genossenschaften sind auf den Sozialen Wandel und den damit verbundenen Wohnwandel zurück zu führen. Die Kernkompetenz der SKA ist es, die Menschen bei der aktiven Gestaltung des Sozialen Wandels zu unterstützen. Die vorliegende Arbeit soll sowohl für die in der Soziokulturellen Animation tätigen Personen wie auch für die Genossenschaften einen Beitrag leisten, das vorhandene Potential einer Zusammenarbeit von SKA und Genossenschaften näher zu beleuchten und mögliche Synergien aufzuzeigen. Das Ziel der Arbeit ist es, beide Akteure dafür zu sensibilisieren, den Sozialen Wandel im Wohnbereich aktiv wahr zu nehmen und mit geeigneten Methoden darauf zu reagieren.

Die vorliegende Arbeit behandelt die folgende Hauptfragestellung:

- Welche Herausforderungen sind durch den Sozialen Wandel im Wohnbereich und insbesondere in den Genossenschaften festzustellen und wie kann die Soziokulturelle Animation die Genossenschaften darin unterstützen, diesen Herausforderungen aktiv zu begegnen?

Die Arbeit ist in 10 Kapitel gegliedert und kann grob in drei Teilbereiche unterteilt werden. Der erste Teil (Kapitel 2, 3, 4) behandelt den Sozialen Wandel und den damit verbundenen Wohnwandel. Der zweite Teil (Kapitel 5, 6, 7) befasst sich mit dem genossenschaftlichen Wandel, den daraus entstandenen Herausforderungen sowie den Folgen für das Zusammenleben in den Genossenschaften. Und der dritte Teil (Kapitel 8, 9) beleuchtet das Berufsfeld sowie die Handlungsmöglichkeiten der SKA. Aufgrund dieser Gliederung lassen sich drei Unterfragen ableiten:

- Welche Bedürfnisse deckt das Wohnen für den Menschen ab, welche Ursachen hat der Wandel im Wohnbereich und wie zeigt sich dieser am Beispiel der Stadt Zürich?
- Wie haben sich die Genossenschaften verändert, welche Herausforderungen stellen sich ihnen durch den Sozialen Wandel und welche Schlüsse können für die Bearbeitung in den Genossenschaften gezogen werden?
- Weshalb ist die SKA für die Bearbeitung der Herausforderungen in den Genossenschaften geeignet und welche Handlungsmöglichkeiten bieten sich dazu an?

Um diesen Fragen auf den Grund gehen zu können, wird im nachfolgenden Kapitel 2 die Relevanz der Thematik des Wohnens aufgezeigt sowie ein Überblick über die Veränderungen im Wohnbereich gegeben.

In Kapitel 3 werden die Hintergründe für den im vorhergehenden Kapitel beschriebenen Wohnwandel erläutert und theoretisch begründet. Es ist wichtig, dass die SKA über den Sozialen Wandel und seine Auswirkungen im Bereich des Wohnens informiert ist, um vorausschauend und nachhaltig intervenieren zu können.

In Kapitel 4 werden die beschriebenen Veränderungen anhand statistischer Daten und Studien am Beispiel der Stadt Zürich aufgezeigt.

Kapitel 5 vermittelt die Grundlagen in Bezug auf die Entstehung und Entwicklung der Genossenschaften. Anhand statistischer Daten wird die aktuelle Situation der Genossenschaften in Zürich aufgezeigt. Zudem werden am Beispiel der ABZ die Organisationsstrukturen einer Genossenschaft erläutert.

Kapitel 6 befasst sich mit den, durch den Sozialen Wandel entstandenen, Herausforderungen innerhalb der Genossenschaften und fasst diese in zwei für den sozialen Bereich relevanten Punkten zusammen.

In Kapitel 7 wird aufgezeigt, weshalb es für die Genossenschaften wie auch für die Gesamtgesellschaft wichtig ist, diese Herausforderungen zu bearbeiten. Zudem befasst sich das Kapitel mit den Veränderungen im gemeinschaftlichen Zusammenleben und es wird aufgezeigt, welche Schlüsse daraus für die Bearbeitung der Herausforderungen gezogen werden können.

Kapitel 8 beleuchtet das Berufsfeld der Soziokulturellen Animation und erläutert, weshalb die Profession der Soziokulturellen Animation für die Bearbeitung der Herausforderungen in den Genossenschaften geeignet ist.

In Kapitel 9 werden schliesslich Handlungsmöglichkeiten der SKA zur Bearbeitung der Herausforderungen der Genossenschaften aufgezeigt und mögliche Interventionen skizziert.

In Kapitel 10 werden alle Fragestellungen zusammenfassend beantwortet, die Autorinnen formulieren kritische Gedanken zur Arbeit und werfen weiterführende Fragen auf.

2. Wohnen als zentrales Thema für den Menschen

Im folgenden Kapitel wird erläutert weshalb das Wohnen für den Menschen ein zentrales Thema ist. Es wird aufgezeigt, welche Bedürfnisse durch das Wohnen beim Menschen abgedeckt werden, wie sich das Wohnen im 20. Jahrhundert entwickelt hat und welche Trends in der Gegenwart feststellbar sind.

2.1 Wohnen als Grundbedürfnis

Bereits im Jahre 1948 wird das Recht auf Wohnen in Artikel 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgeschrieben, im Wissen darum, dass eine sichere und gesunde Wohnung zu den menschlichen Grundbedürfnissen zählt (United Nations Human Rights, 1948). Auch in der für die Sozialrechte geltenden Europäischen Sozialcharta ist unter Artikel 31 das Recht auf Wohnung aufgeführt. Drei wichtige Punkte sind für die wirksame Umsetzung des Rechts auf Wohnung zu gewährleisten, nämlich den Zugang zu Wohnraum zu fördern, Obdachlosigkeit vorzubeugen und tragbare Wohnkosten sicher zu stellen (Council of Europe, 1999). Auch auf Schweizer Bundesebene findet sich das Thema Wohnen wieder. In der Bundesverfassung wird unter den Sozialzielen beschrieben, dass sich Bund und Kantone in Ergänzung zu privater Initiative dafür einsetzen, dass in der Schweiz angemessene Wohnungen zu tragbaren Bedingungen für alle Bevölkerungsschichten angeboten werden (Schweizerische Eidgenossenschaft, 1999). Diese Quellen zeigen auf, dass auf verschiedenen Ebenen verankert wurde, dass die Menschen über adäquaten Wohnraum verfügen müssen.

Wohnen kann laut Hans-Jürgen Teuteberg (1985) als „eine Form des soziokulturellen Handelns“ begriffen werden (zit. in André Odermatt, 1997, S. 55). Die hohe Relevanz des Wohnens zeigt Odermatt mittels einer Befragung der schweizerischen Bevölkerung auf, in welcher neben vier anderen wichtigen Komponenten (Gesundheit, Arbeit/Einkommen, Familie/Zuneigung, Unterhaltung/Kultur) das Wohnen als fünftwichtigster Bereich für das menschliche Wohlbefinden genannt wird. Zudem zeigt er auf, dass in der Schweiz rund ein Fünftel der Haushaltseinkommen für das Wohnen aufgewendet wird. (1997, S. 55) Nun stellt sich die Frage, weshalb das Wohnen eine solch hohe Bedeutung im Leben eines Menschen hat.

Antje Flade beschreibt in ihrem Buch „Wohnen psychologisch betrachtet“ die Wohnbedürfnisse der Menschen. Sie zeigt auf, dass durch das Wohnen drei Hauptbedürfnisse des Menschen abgedeckt werden können. Dies ist erstens das Bedürfnis nach Sicherheit, also dem Schutz vor äusseren Einflüssen und dem Vorhandensein von Beständigkeit und Vertrauen. Als Zweites nennt sie die sozialen Bedürfnisse, also den Wunsch nach dem Zusammensein mit anderen Menschen, dem Zusammengehörigkeitsgefühl und zwischenmenschlichen Kontakten. Als dritten und letzten Punkt nennt sie die „Ich-Bedürfnisse“, also den Wunsch nach persönlicher Anerkennung und Bestätigung mittels Selbstverwirklichung und Aneignung. (1987, S. 52-65)

Die Ausführungen zeigen auf, dass Wohnen einerseits eines der wichtigsten menschlichen Grundbedürfnisse darstellt, gleichzeitig aber auch dazu beiträgt, dass weitere wichtige Grundbedürfnisse des Menschen befriedigt werden können. Die Tatsache, ein Dach

über dem Kopf zu haben, deckt das menschliche Bedürfnis nach Sicherheit und Schutz ab. Neben der Verfügbarkeit eines adäquaten Wohnraumes müssen aber auch die soziokulturellen Bedürfnisse nach Zusammengehörigkeit und Kontakten abgedeckt werden. Beide Komponenten, der Zugang zu Wohnraum und die sozialen Bedürfnisse, sind für das menschliche Wohlbefinden relevant und werden im Verlauf der vorliegenden Arbeit weiter ausgeführt und vertieft betrachtet. Die Erfüllung dieser Bedürfnisse spielt eine grosse Rolle für den sozialen Frieden und den Zusammenhalt der Bevölkerung. Die Sicherung der gemeinsamen Wohlfahrt und des inneren Zusammenhalts sind ebenfalls in der Bundesverfassung, Artikel 2, verankert (Schweizerische Eidgenossenschaft, 1999). Während die Grundbedürfnisse der Menschen im Wohnbereich seit Jahrzehnten dieselben sind, veränderten sich die Wohnformen der Menschen im westlichen Raum in einem rasanten Tempo. Im folgenden Abschnitt wird aufgezeigt, wie sich der Wohnwandel im 20. Jahrhundert abzeichnet und welche Tendenzen in der Gegenwart feststellbar sind.

2.2 Wohnwandel

Hartmut Häussermann und Walter Siebel beschreiben in ihrem Buch „Soziologie des Wohnens“ welcher Wandel in den letzten sechzig Jahren im Wohnbereich stattgefunden hat. Während sich das vormoderne Wohnen durch eine Vielfalt unterschiedlicher Wohnformen auszeichnete, ist in den Sechzigerjahren eine Verengung der Wohnweisen auf einen einzigen Idealtypus festzustellen. Das erste wichtige Merkmal des modernen Wohnens ist die Trennung von Arbeit und Wohnen, also der Wandel von der Wohnung als Lebens- und Arbeitsort hin zu einem Ort, der ausschliesslich der Erholung und des Konsums dient. Das zweite Merkmal ist die Veränderung der sozialen Einheit des Wohnens. Es gab kaum noch Mehrgenerationenhäuser, sondern es war ein Wandel hin zu einer neuen Haushaltsform, zum Wohnen in der Kleinfamilie zu verzeichnen. Eine weitere Entwicklung ist das Auseintreten von Öffentlichkeit und Privatheit, Wohnen wurde zu einem Ort der Intimität und von der Öffentlichkeit abgeschirmt. Das vierte und letzte Merkmal des modernen Wohnens zeigte sich in der Entstehung des Wohnungsmarktes: die Wohnung wurde zur Ware, die gehandelt wurde. (1996, S. 15-43)

Ab den Siebzigerjahren zeichnete sich erneut ein Wandel im Wohnbereich ab. Alle vier Elemente, die den Idealtypus des modernen Wohnens kennzeichneten, veränderten sich erneut. So zeichnen sich seither Tendenzen ab, dass sich Wohnen und Arbeiten wieder stärker durchmischen. Es wird vermehrt wieder von zu Hause aus gearbeitet. Zudem lässt sich eine Verschiebung des Verhältnisses zwischen Öffentlichkeit und Privatheit feststellen. Die Grenzen zwischen dem privaten und öffentlichen Bereich verschieben sich teilweise in die Wohnung und werden zugleich nach Aussen hin, in der nächsten Nachbarschaft, durchlässiger. Auch die soziale Einheit des Wohnens befindet sich im Wandel. Anstelle des Familienhaushaltes entwickelten sich neue Haushaltstypen, die sehr heterogen sind; Einpersonenhaushalte, nichteheliche Lebensgemeinschaften, Einelternfamilien, Wohngemeinschaften und teilweise ist sogar wieder eine Tendenz zum generationenübergreifenden Wohnen feststellbar. Als vierter und letzter Punkt wird ein Rückgang des Trends nach Wohneigentum benannt; die ehemals hohe Attraktivität des Eigenheims sinkt wieder. (Häussermann & Siebel, 1996, S. 317-319) Betrachtet man also die Veränderungen

in den letzten 60 Jahren, so zeigt sich deutlich, dass sich die Wohnformen in einem ständigen Wandel befinden. Häussermann und Siebel beschreiben dieses Phänomen folgendermassen: „Wohnen ist ein soziales, historisch wandelbares Phänomen, geprägt von ökonomischen, kulturellen und sozialen Bedingungen, aber auch von Politik. Wenn dem so ist, wird sich das Wohnverhalten auch weiterhin wandeln“ (1996, S. 258). Dieser Wandel im Wohnbereich ist zentraler Ausgangspunkt für die vorliegende Arbeit.

Aufgrund der oben beschriebenen Veränderungen im Wohnbereich stellt sich nun die Frage, welche Ursachen diesem Wandel im Wohnbereich zugrunde liegen. Es kann davon ausgegangen werden, dass diese Veränderungen im Zusammenhang mit einem gesamtgesellschaftlichen Wandel stehen, beziehungsweise ein Ausdruck dessen darstellen. Im folgenden Kapitel werden die Ursachen des Wandels im Wohnbereich näher beleuchtet.

3. Sozialer Wandel als Ursache für den Wohnwandel

Wie in Kapitel 2 angesprochen, befinden sich das Wohnen und das Zusammenleben in einem ständigen Wandel. Dieser Wandel ist ein Teil des Sozialen Wandels, dessen Hintergründe im folgenden Kapitel erläutert und theoretisch begründet werden. Verschiedene Soziologen, die sich mit der Sozialstruktur einer Gesellschaft beschäftigt haben, versuchten den Sozialen Wandel zu erklären. Es herrscht keine Einigkeit darüber, welche genauen Ursachen und Folgen dieser Wandel hat, einzig sind sich die Autoren nur bezüglich einiger Tendenzen. In diesem Kapitel werden nur diejenigen Bereiche des Wandels genauer berücksichtigt, welche für den Wohnbereich und somit für die Fragestellungen der vorliegenden Arbeit zentral sind.

3.1 Sozialer Wandel und Modernisierung

Wolfgang Zapf (1984) definiert den Begriff des Sozialen Wandels folgendermassen: „Unter sozialem Wandel wird die Veränderung der Sozialstruktur einer Gesellschaft oder einzelner ihrer Bereiche in einem bestimmten Zeitraum verstanden.“ (zit. in Bernhard Schäfers, 2004, S. 10) In diesem Kapitel wird darunter meist der Zeitraum verstanden, den die Autoren Nina Degele und Christian Dries in ihrem Buch „Modernisierungstheorie“ mit dem Begriff der „Spätmoderne“ umschreiben. Er umfasst den Zeitraum zwischen den Siebzigerjahren bis heute, in welchem, so sind sich die Autoren grösstenteils einig, ein beschleunigter Wandel stattgefunden hat und immer noch stattfindet. Im Wohnbereich deckt sich dieser Ausschnitt mit der Zeitspanne, in welcher der Wandel vom modernen zum postmodernen Wohnen stattgefunden hat. (vgl. Kapitel 2.2)

Viel weiter fasst Bernhard Schäfers den Zeitraum für den Sozialen Wandel. Er nennt als dessen Beginn die industrielle Revolution. Schäfers bezeichnet folgende Trends als dominant für den Sozialen Wandel:

- Kapitalisierung der Eigentums- und Besitzverhältnisse
- Rationalisierung und Verwissenschaftlichung
- Demokratisierung
- Bürokratisierung
- steigende Erwartungen an den Lebensstandard
- Ersetzen der körperlichen Arbeit durch Mechanisierung und Automatisierung
- städtische Formen der Siedlungs- und Lebensweise und die damit verbundene Individualisierung
- fortschreitende Trennung von Arbeits- und Wohnort und damit die Entgegensetzung von Arbeit und Freizeit

Diese Trends können unter dem Begriff der Modernisierung zusammengefasst werden (2004, S. 12).

Laut Degele und Dries beinhaltet Modernisierung die folgenden Merkmale: Industrialisierung, Rationalisierung, Säkularisierung, Demokratisierung und Emanzipation, Pluralisierung der Lebensstile, Massenkonsum, Urbanisierung, Steigerung der sozialen Mobilität (2005, S. 17). Sie beziehen sich in ihrem Werk auf das Modell der Modernisierung nach Hans van der Loo und Willem van Reijen (1997), welches aus den vier Dimensionen:

Differenzierung, Rationalisierung, Domestizierung und Individualisierung besteht (zit. in Degele & Dries, 2005, S. 21). Sie erweitern dieses um die vier Faktoren: Beschleunigung, Globalisierung, Vergeschlechtlichung und Integration (Degele & Dries, 2005, S. 23).

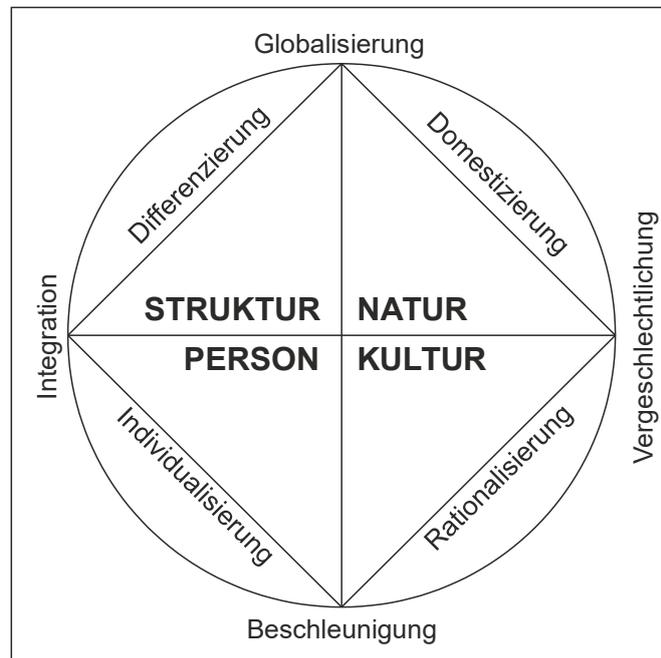


Abb. 1: Acht-Faktoren-Modell der Modernisierung (Degele & Dries, 2005, S. 27)

Im Folgenden werden zwei ausgewählte Faktoren des Modernisierungsprozesses näher beleuchtet, welche speziell das Wohnen und das Zusammenleben beeinflussen. Dies sind die Globalisierung und die Individualisierung, zwei Entwicklungen, die sich immer auch wechselseitig beeinflussen.

3.2 Globalisierung

Der erste Faktor, der das Wohnen und Zusammenleben stark beeinflusst, ist die Globalisierung. In diesem Kapitel geht es darum, die Ursachen der Entwicklungen im Wohnbereich zu erläutern, welche mit der Globalisierung zusammenhängen.

Degele und Dries bezeichnen die Globalisierung als „realgeschichtlicher und multidimensionaler oder komplexer Transformationsprozess, in dessen Verlauf die Welt als Ganze näher zusammenrückt, sich Staaten, Ökonomien, Kulturen und Individuen (...) miteinander verflechten (...)“ (2005, S. 183).

Ulrich Pfeifer-Schaupp teilt die Globalisierung in verschiedene Teilbereiche ein:

- *ökonomische*, insbesondere neoliberale Globalisierung, mit der dadurch entstehenden Ungleichheit der Akteure
- *politische*, von Staatspolitik hin zu weltweiter durch Ökonomisierung bestimmter Politik
- *technologische*, Vereinfachung und Beschleunigung von Kommunikation dank neuer Medien, sowie Vereinfachung und Verbilligung des Transportwesens, mit der Folge der erhöhten Mobilität von Gütern und Menschen

- *kulturelle*, durch technologische Fortschritte und den flexiblen Arbeitsmarkt Begünstigung der weltweiten Migration und damit verbundener weltweiter Kulturaustausch mit der Folge einer Kultur-Homogenisierung
- *ökologische*, mit globalen Folgen der industriellen Produktion wie der Klimawandel
- *zivilgesellschaftliche*, länderübergreifende zivilgesellschaftliche Entwicklung, zunehmende Bedeutung von Nichtregierungsorganisationen, Forderungen nach Globalisierung der Sozialen Gerechtigkeit und Einschränkungen für die Wirtschaft (2005, S. 17-19)

Für den Wohnbereich besonders zu beachten ist von diesen Teilbereichen der technologische, da vor allem dieser in den letzten 30 Jahren zur Beschleunigung des Wandels sowie zu einer neuen Form der Globalisierung geführt hat. Ulrich Beck (1997) spricht sogar von einer „digitalen Revolution“, durch welche eine neue Stufe der Globalisierung erreicht worden ist (zit. in Schäfers, 2004, S. 13). Zu Beginn des 20. Jahrhunderts beschränkte sich die Globalisierung auf den internationalen Handel mit Rohstoffen und Industrieprodukten, heute beinhaltet sie auch Dienstleistungs-, Kapital- und Finanzmärkte (Thomas Straubhaar, 2001, S. 133). Ermöglicht wird dies durch die virtuelle Übertragbarkeit von ökonomischen Leistungen. Die Digitalisierung ermöglicht die Mobilität der wirtschaftlichen Faktoren wie Kapital, Information und der menschlichen, qualifizierten Arbeitskraft. Die Schattenseiten dieser wirtschaftlichen Entwicklung zeigen sich unter anderem im Sozialen Bereich. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich ständig, insbesondere in der dritten Welt, aber auch in Europa (Pfeifer-Schaupp, 2005, S. 34). Im Folgenden werden die Aspekte der Globalisierung genauer erläutert, welche das Wohnen und das Zusammenleben, insbesondere in den Städten, beeinflussen und verändern.

3.2.1 Ökonomisierung

Der Trend zur Kapitalisierung der Eigentums- und Besitzverhältnisse, den Schäfers feststellt, zeigt sich auch auf dem Wohnungsmarkt (2004, S. 12). Wohnungen werden profitorientiert als Ware gehandelt und dienen als Investitions- oder Anlageobjekt (Odermatt, 1997, S. 65). Durch die hohen Produktionskosten des Wohnraums und dessen Knappheit können sich viele Leute keine Wohnung aus eigenen Mitteln kaufen und sind somit von anderen Akteuren abhängig (Urs Kiener, 1976, zit. in Odermatt, 1997, S. 67).

Aufgrund der starken Ökonomisierung des Wohnens und der dadurch entstehenden sozialen Ungleichheit hat sich immer wieder der Staat eingeschaltet, um das menschliche Grundbedürfnis nach Wohnraum (vgl. Kapitel 2.1) für alle Bevölkerungsteile zu sichern. Dies geschieht zum Beispiel durch die Förderung von gemeinnützigem Wohnraum. Der Staat ist dadurch mit der Zeit zu einem bedeutenden Akteur auf dem Wohnungsmarkt geworden. (Odermatt, 1997, S. 128) Denn laut Odermatt ist es aufgrund der einseitig verteilten Ressourcen nicht für alle Personen möglich, im gleichen Rahmen an diesem Wohnungsmarkt teilzunehmen. Sie sind somit in ihrem Handlungsspielraum eingeschränkt, über ihren Wohnraum zu bestimmen oder diesen auszugestalten. (1997, S. 149)

Die Ökonomisierung des Wohnraums in den Städten verstärkt sich durch den Standortwettbewerb. Durch die Globalisierung der Wirtschaft und die Mobilität der Menschen treten Städte als Wirtschaftsstandorte in Konkurrenz miteinander. Mobile Menschen, also

Arbeitskräfte, suchen die für sie attraktivsten immobilen Faktoren wie Arbeitsort, Infrastruktur, Steuersystem oder Wohnqualität. Immobile Faktoren müssen um mobile Faktoren werben. In diesem Wettbewerb der Städte spielen auch die sogenannten weichen Faktoren, sprich die Lebensqualität, eine grosse Rolle. Dazu gehören das Wohnungsangebot und das Wohnumfeld für hochqualifizierte Arbeitskräfte. Das heisst, dass das Wohnungsangebot nicht auf die reale Nachfrage, sondern auf diese Gruppe potentieller Mietenden oder Käufer/innen ausgerichtet wird. (Straubhaar, 2001, S. 137) Es wird jedoch immer Menschen geben, die in diesem globalen Wettbewerb nicht mithalten können. Wenn diese durch den Markt nicht mit adäquatem Wohnraum versorgt werden können, so muss dies der Staat übernehmen, um den sozialen Frieden zu sichern.

3.2.2 Urbanisierung

Nach Schäfers führen die Auswirkungen des Sozialen Wandels zu einem Trend nach städtischen Formen der Siedlungs- und Lebensweise. Urbanisierung bedeutet einerseits, dass die Städte wachsen, und andererseits, dass der Lebensstil allgemein städtischer und individualisierter wird. (Schäfers, 2004, S. 12)

Die Stadtentwicklung in der Schweiz bestätigt diesen Trend. Bis zur Industrialisierung wohnten in den Schweizer Städten relativ wenige Leute und die Wirtschaft funktionierte dezentral. Im 19. Jahrhundert, nach der industriellen Revolution, kam es zu einem rasanten Städtewachstum durch die Verlagerung der Produktion in die Städte. Die Landflucht führte zu einer extremen Wohndichte, und dadurch zu einer massiven Verschlechterung der Lebensqualität. Die Bedingungen waren derart schlecht, dass die Leute, vor allem Familien, die es sich leisten konnten, die Kernstädte verliessen. Die Suburbanisierung setzte ein. Die Menschen behielten zwar ihre Arbeitsplätze in der Stadt, zogen aber ins nahe Umland. Durch die Stadtflucht entwickelte sich die Agglomeration der Stadt. In der Kernstadt zurück blieb vor allem die sogenannte „A-Bevölkerung“: Alte, Arme, Auszubildende, Alleinstehende, Arbeitslose, Ausländer/innen. Auch bei der darauffolgenden Periurbanisierung wurde es den reichen Bevölkerungsschichten in der Agglomeration zu eng und sie bildeten ausserhalb der Stadt, auf ländlichem Gebiet, neue Siedlungsgebiete. Die „A-Bevölkerung“ rückte in die Agglomeration nach. Durch Aufwertungsmassnahmen in den Kernstädten werden diese als Wohnraum wieder attraktiv. Dadurch ziehen hochqualifizierte Arbeitskräfte wieder in die Kernstädte und verdrängen dort die weniger wohlhabenden Bevölkerungsschichten. (René L. Frey, 2008, S. 65)

Nach Peter Noller erhalten die Städte durch die Globalisierung eine neue Bedeutung. Sie werden auch „global cities“ genannt und dienen als Zentrum gesellschaftlicher Produktion, Konsumation und globaler Vernetzung. In der Stadt werden Waren und Informationen ausgetauscht, die Waren werden jedoch nicht mehr in den Städten hergestellt. Es gibt vor allem Arbeitsplätze im dritten Sektor und diese Dienstleistenden prägen die Stadt. Sie sind die sogenannten „Globalisierungsgewinner“, auf welche die Städte zugeschnitten werden. (1999, S. 30) Da die Stadt die Konsumbedürfnisse der Menschen abdeckt, kann davon ausgegangen werden, dass das Leben in der Stadt attraktiv bleiben wird und der Trend zur Verstädterung in den nächsten Jahren anhalten wird. Mit der hohen Attraktivität des Städtischen geht auch eine Verdichtung der Wohnverhältnisse einher.

3.2.3 Migration

Ein Aspekt der kulturellen Vielfalt, der sich in den Städten durch ständige Differenzierung und Pluralisierung der Lebensweisen zeigt, ist die ethnische Vielfalt (Stadt Zürich, Statistik, 2004, S. 5). Die durch die Globalisierung ermöglichte Mobilität führt grosse Ströme von Migrierenden auf der Flucht vor der Armut in reichere Gegenden der Welt (Pfeifer-Schaupp, 2005, S. 19). Sie ziehen vor allem in die grossen Städte, da sie sich dort bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhoffen. Dazu erleichtern schon vorhandene soziale Netze wie Familie oder Landsleute die soziale und kulturelle Einbindung in fremden Städten. (Pfeifer-Schaupp, 2005, S. 82)

Besser qualifizierte Arbeitkräfte wechseln ihren Wohn- und Arbeitsort ebenfalls zwischen den grossen Städten, da diese als globale Dienstleistungszentren funktionieren. Weltweit findet durch diesen kulturellen Austausch eine kulturelle Homogenisierung statt. Aus Verlustängsten und Unsicherheit folgen auch Nationalismus und (religiöser) Fundamentalismus sowie Rassismus. (Pfeifer-Schaupp, 2005, S. 19) Diese Ängste zeigen sich auch im nachbarschaftlichen Zusammenleben der Menschen. Die Migrationsbevölkerung ist in der Schweiz sozioökonomisch oft schlechter gestellt als die einheimische Bevölkerung.

Das Amt für Statistik der Stadt Zürich definiert den Begriff des sozioökonomischen Status folgendermassen: „Die Variable sozioökonomischer Status stellt ein Konstrukt der Variablen Einkommen, ausgeübter Beruf, berufliche Stellung und Bildung dar.“ (Statistik Stadt Zürich, 2004, S. 8). Das heisst, Personen mit einem tiefen sozioökonomischen Status können weniger für Wohnungen bezahlen. Sie können sich somit die Wohngegend nicht aussuchen, da an den bevorzugten Wohnlagen teure Wohnungen gebaut werden. Dadurch entsteht eine Konzentration gewisser Bevölkerungsgruppen in bestimmten Stadtteilen, die sogenannte Segregation.

3.2.4 Segregation

Eine Tendenz der Globalisierung in der Stadtentwicklung ist die verstärkte Segregation. Jens S. Dangschat definiert Segregation als: „(...) ungleichmässige Verteilung der (Wohn-) Standorte sozialer Gruppen in einer Stadttagglomeration“ (2007, S. 40). Dabei interessiert vor allem die Konzentration sozial benachteiligter Personen, weil angenommen wird, dass sich durch die Segregation deren Benachteiligung noch verstärkt. Segregationsmerkmale sind Ethnie oder Nationalität, sowie Einkommen, Vermögen und soziale Schicht, wobei sich diese Faktoren wechselseitig verstärken. Allgemein nimmt die Segregation in den Städten zu, insbesondere in Städten mit hohem Anteil an Eigentumswohnungen. Die Segregation wird dadurch verstärkt, dass wohlhabende Leute aus Gebieten wegziehen, in welchen sie die Konzentration von Personen mit tiefem sozioökonomischem Status als zu hoch empfinden. (Dangschat, 2007, S. 40-41)

Segregationsprozesse gab es schon immer, diese haben auch positive Aspekte: Homogenere Quartiere haben weniger Konfliktpotential aufgrund ähnlicher Lebensweisen. Segregation muss nicht zwingend zu sozialen Problemen führen. Entscheidend ist, ob deren Entstehung freiwillig oder erzwungen geschehen ist. Die Segregation der Oberschicht wird deshalb nicht als problematisch erachtet, weil sie freiwillig geschieht.

Langfristig wirken unfreiwillig segregierte Quartiere isolierend und ausgrenzend. Daraus ergibt sich die Gefahr, dass sogenannte Parallelgesellschaften entstehen können, mit den Folgen erheblicher sozialer Probleme in diesen Stadtteilen. (Siebel, 2001, S. 237-238)

3.2.5 Glokalisierung

Der Begriff „Glokalisierung“ beschreibt das Spannungsfeld zwischen der Globalisierung der Wirtschaft, der Lokalisierung der Politik und der Individualisierung der Gesellschaft. Die Wirtschaft funktioniert global. Die individualisierten, höher qualifizierten Menschen sind mobil und lassen sich dort nieder, wo die Umgebung ihren Wünschen am besten entspricht. Die Standorte müssen Menschen und Wirtschaft anziehen und dafür attraktiv sein. Auswirkungen der ökonomischen Globalisierung zeigen sich deshalb im Standortmarketing der Städte durch lokale Aufwertungsmassnahmen.

Da die Auswirkungen der Globalisierung schwer erfassbar sind, steigt das Bedürfnis nach politischer Mitsprache und gesellschaftlicher Mitgestaltung im Lokalen (Straubhaar, 2001, S. 137-138). Das Lokale und „soziale Mikrostrukturen“ werden wieder wichtiger für den Menschen. Denn neben der zunehmenden Globalisierung wächst das Bedürfnis nach kleinräumigen, überschaubaren Lebenswelten wie dem Wohnquartier. (Konrad Maier & Peter Sommerfeld, 2005, S. 11) Politische Kompetenz muss auf kleine, leicht überschaubare Gruppen übertragen werden, denn Nationalstaaten können diesem Bedürfnis nicht mehr gerecht werden. Funktionale Beziehungsnetze werden wichtiger als nationale Territorialität. (Straubhaar, 2001, S. 137-138) Somit erhält das Wohnumfeld eine neue Bedeutung.

3.3 Individualisierung

Der zweite Faktor der Modernisierung, welcher neben der Globalisierung erhebliche Veränderungen im Wohnbereich mit sich bringt, ist die Individualisierung. Die Aspekte der Individualisierung, welche das Zusammenleben im Wohnbereich betreffen, werden in diesem Kapitel genauer erklärt.

Matthias Junge definiert den Begriff der Individualisierung mit Fokus auf dem Individuum: „Individualisierung bedeutet, dass das Individuum zentraler Bezugspunkt für sich selbst und die Gesellschaft wird“ (2002, S. 7).

Degele und Dries bezeichnen Individualisierung als einen gesamtgesellschaftlichen Prozess der Ablösung von Menschen aus traditionellen Lebensformen und gesellschaftlichen Rollen. An Stelle von nahen, verwandtschaftlichen Bindungen oder nur sehr begrenzt wählbaren Gruppenbeziehungen treten anonymere, aber selbst geknüpfte soziale Netze. Als unmittelbare Folge lässt sich eine zunehmende Pluralisierung der Lebensstile und Lebensformen feststellen. An Stelle der alten Sicherheiten und Normen treten jedoch nicht nur Freiheiten, sondern neue Zwänge der Selbstbestimmung. (2005, S. 73)

Diese Veränderung der Sozialen Beziehungen durch die Individualisierung zeigt sich auch in der Wohnform und den Wohnbedürfnissen der Menschen.

3.3.1 Soziale Beziehungen

Die Zugehörigkeit zu einer Gruppe geschieht nicht mehr per Geburt, Familie oder Nationalität, sondern nach einzelnen Interessen und Tätigkeiten, und ändert sich nach Lebensabschnitten. Damit kommt es zur Auflösung traditioneller Bindungen. (Degele & Dries, 2005, S. 78-85) Gleichzeitig kommt es nach Kippele zu einer Vervielfältigung der sozialen Beziehungen. Die Menschen pflegen aufgrund der Bevölkerungszunahme und der sozialen Dichte grundsätzlich mehr soziale Kontakte. Die Beziehungen der Menschen werden jedoch oberflächlicher und zunehmend versachlicht, das heisst, sie werden nur aufgrund bestimmter Interessen geführt und werden „Mittel zum Zweck“. (1998, S. 202)

Degele und Dries nennen als Kehrseite der Individualisierung die soziale Desintegration und Überforderung der Menschen (2005, S. 234-235). Dadurch, dass die Menschen nicht mehr automatisch durch die Familie in Netzwerke eingebunden sind, müssen sie sich diese selbst bilden. Netzwerkbildung hängt mit dem sozioökonomischen Status zusammen und Personen mit niedrigem Status haben weniger Ressourcen, um Netzwerke zu bilden. (Keupp, 1996, S. 87)

Nach Keupp verschwinden in der Arbeitswelt die personalen Beziehungen mehr und mehr, da die Arbeitswelt immer flexibler und unverbindlicher wird. Dadurch erlangt das Wohnumfeld eine neue Bedeutung als Kompensation zur Arbeitswelt. Auch die sozialen Beziehungen im Wohnumfeld, die Beziehungen zur Nachbarschaft, verändern sich mit dem Wandel. (1996, S. 87) Es gibt einen Trend zu Hausgemeinschaften, Häusergruppen und „inszenierten Nachbarschaften“. Sie dienen als Zweckgemeinschaften um gemeinsame Aufgaben wie die Kinderbetreuung zu erledigen und das soziokulturelle Zusammenleben zu gestalten. Diese neuen Nachbarschaften übernehmen eine Rolle, welche früher der Verwandtschaft zukam. (Häussermann & Siebel, 1996, S. 320-321) In einer Studie zeigte sich, dass vor allem diejenigen Personen, die zu Freunden und Verwandten viele Kontakte haben, auch eher Kontakt zu ihrer Nachbarschaft haben. Es gibt also kontaktarme wie kontaktreiche Personen. Die Ungleichheit der Kontaktressourcen verstärkt sich so dauernd und betrifft auch andere Lebensbereiche, da der Zugang zu Netzwerken auch Zugang zu Status und Macht bedeutet. (Bergmann & Matter, 2004, S. 91) Schon vorhandene Ressourcen erleichtern also die Netzwerkbildung, Menschen mit wenig sozioökonomischen Ressourcen haben dagegen mehr Schwierigkeiten, Netzwerke zu bilden.

3.3.2 Haushaltsformen

Der Lebenslauf, eingeteilt in die drei Phasen Vorbereitung/Ausbildung, Erwerbsphase und Ruhephase, wird nach Martin Kohli (1985) immer flexibler. Die Ausbildungszeiten verlängern sich. Die Flexibilisierung dieser Phasen und die Pluralisierung der Lebensformen wirken sich auf die private Lebensführung aus. Die Emanzipation der Frauen verändert das Ehezusammenleben und führt zusammen mit der Veränderung des Bildungs- und Arbeitsmarkts zur späteren Familiengründung. (zit. in Junge, 2002, S. 66) Vor der Familiengründung findet eine Singularisierung statt, die sich ebenfalls mit der Rolle der Frau verändert hat: Frauen ziehen vom Elternhaus nicht mehr direkt in eine Ehe, sondern in einen eigenen Haushalt. Durch die Individualisierung ist der Singlehaushalt eine anzustrebende Lebensform geworden.

Es gibt Tendenzen, dass das Familienmodell als Haushaltsform abnimmt und sich wandelt zu Single-Haushalten, Einelternfamilien, Unverheirateten Paaren ohne Kindern und Wohngemeinschaften. (Häussermann & Siebel, 1996, S. 329) Die Haushaltsform gestaltet sich unterschiedlich nach Lebensabschnitten. Dank dem Ausbau der Sozialversicherungen können ältere Menschen allein leben und sind weniger auf die Familie angewiesen (Schweizerischer Verband für Wohnungswesen [SVW] & Stadt Zürich, 2008, S. 19).

Eine weitere Folge der Individualisierung und des Wohlstands zeigt sich im Flächenverbrauch pro Person. Immer weniger Menschen brauchen immer mehr Fläche, um ihre Wohnbedürfnisse zu befriedigen. Dass sich die Arbeit durch die Dienstleistungsgesellschaft wieder zurück in die Wohnung verschiebt, begünstigt den Flächenverbrauch zusätzlich, da Büros für Heimarbeit eingerichtet werden. (Häussermann & Siebel, 1996, S. 317)

3.4 Fazit

Der Soziale Wandel zeigt sich unter anderem in der Globalisierung und der Individualisierung der Gesellschaft.

Die Globalisierung bringt Veränderungen wie Ökonomisierung, verstärkte Migration und Urbanisierung mit sich. Die Städte verändern sich und erhalten im Kontext der globalen Wirtschaft und Kommunikation eine neue Bedeutung als globale Zentren. Die Bevölkerung wächst stetig und die Städte verdichten sich. Dieser Trend wird vermutlich in den nächsten Jahren anhalten. Dadurch entsteht Wohnungsnot und dies insbesondere für sozioökonomisch schwächere Leute, denn die Städte und der Wohnungsmarkt werden auf die hoch qualifizierten Arbeitskräfte ausgerichtet. Dieser Entwicklung wirkt der Staat entgegen, indem er gemeinnützigen Wohnraum für die einkommensschwächeren Schichten bereitstellt. Trotzdem kommt es in den Städten aufgrund des einseitigen Wohnungsmarktes zu unfreiwilliger Segregation. Die sozioökonomisch schwächeren Leute können sich ihren Wohnort nicht aussuchen, sie können sich nur Wohnungen in bestimmten Stadtteilen leisten. Oft sind diese Personen Migrantinnen und Migranten. Die Soziale Ungleichheit und die kulturellen Unterschiede werden durch räumliche Nähe erfahrbar und führen so zu sozialen Herausforderungen in den verdichteten Städten. Zudem nimmt die Bedeutung der Nationalstaaten ab, und das Lokale gewinnt an Bedeutung. Die Leute fordern Mitsprache auf lokaler Ebene, bei Themen, die sie direkt betreffen.

Die Individualisierung zeigt sich in der Flexibilisierung der Lebensläufe und der Pluralisierung der Lebensstile, was Auswirkungen auf die Art der sozialen Beziehungen und die Wohnbedürfnisse hat. Das Wohnumfeld muss zunehmend Ersatz bieten für abnehmende soziale Kontakte am Arbeitsplatz und in der Verwandtschaft. Die soziale Einheit des Wohnens verändert sich weg von der Familie hin zu Singlehaushalten oder Gemeinschaften. Die Menschen brauchen grundsätzlich mehr Wohnfläche pro Person, was zusätzlich zur Verdichtung des Wohnraumes in den Städten beiträgt.

Die beschriebenen Theorien zum Sozialen Wandel sowie die damit verbundenen Folgen bieten Erklärungsansätze für die Veränderungen in den Schweizer Städten. Im folgenden Kapitel wird anhand von Statistiken und Studien aufgezeigt, welche konkreten Auswirkungen die Globalisierung und die Individualisierung für die Menschen der Stadt Zürich haben.

4. Wohnsituation in der Stadt Zürich

Im folgenden Kapitel wird aufgezeigt, wie sich der in Kapitel 3 beschriebene Soziale Wandel und die beiden Komponenten Globalisierung und Individualisierung in der Stadt Zürich abbilden.

4.1 Wohnbevölkerung im Wandel

Die Stadt Zürich ist mit rund 380'500 Einwohnenden die grösste Schweizer Stadt. Durch ihre Grösse und Zentrumsfunktion nimmt die Stadt Zürich eine wichtige Stellung als Metropole ein. Die hohe Attraktivität zeigt sich daran, dass von allen im Kanton Zürich beschäftigten Personen 45 Prozent in der Stadt Zürich arbeiten. (Stadt Zürich Statistik, 2009a, S. 4) Gegenwärtig spricht die städtische Lebensform breite Bevölkerungsgruppen an, das Wohnen in der Stadt war jedoch nicht immer so attraktiv wie heute.

Innerhalb der letzten 100 Jahre sind starke Schwankungen der Bevölkerungszahlen zu beobachten. Ab 1907 stiegen die Einwohnerzahlen stetig, 1962 wurde der Höchststand mit 440'180 Personen erreicht. Es lebten also mehr Menschen in der Stadt Zürich als zum heutigen Zeitpunkt. Diese Bevölkerungszunahme lässt sich mit der in Kapitel 3.2.2 beschriebenen Entwicklung der Landflucht begründen. Seit 1962 ist wieder ein Rückgang der Bevölkerung feststellbar, die Menschen bevorzugten zunehmend das Leben auf dem Land.

Seit 2000 hat die Stadt wieder an Attraktivität gewonnen, so ist die Zürcher Bevölkerung innerhalb der letzten zehn Jahre um mehr als 20'000 Personen gewachsen. (Statistik Stadt Zürich, 2009b, S. 139) Laut Experten kann davon ausgegangen werden, dass die Stadt Zürich auch in naher Zukunft ein begehrter Lebensraum bleiben wird und die Schwelle von 400'000 Einwohnenden in wenigen Jahren erreichen wird (Statistik Stadt Zürich, 2004, S. 3).

Eine wichtige Komponente in Bezug auf den Bevölkerungszuwachs in der Stadt Zürich ist der Zuzug von ausländischen Personen. Dieser ist unter anderem durch die Globalisierung und daraus folgenden Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt bedingt (vgl. Kapitel 3.2.3). Während in den Sechzigerjahren viele Menschen aufs Land gezogen sind, konnte in der Stadt eine erste Welle von Gastarbeitern aus Italien und Spanien die hohen Abwanderungszahlen relativieren.

Ab 1980 kann eine zweite Einwanderungswelle von Personen aus den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens festgestellt werden. So stieg der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung in der Stadt Zürich zwischen 1970 und 2000 von 17.5 auf 29.3 Prozent. (Statistik Stadt Zürich, 2004, S. 7)

Seit dem Inkrafttreten des Freizügigkeitsabkommens mit der EU im Jahre 2002 kann von einer dritten Einwanderungswelle gesprochen werden. Die jährliche Zahl der Einwandernden aus Deutschland hat sich seither mehr als verdreifacht. Zurzeit stammen fast zwei Drittel der ausländischen Personen aus einem Mitgliedland der EU27 und der EFTA. (BFS, 2010) Heute beträgt der Ausländer/innenanteil in der Stadt Zürich 31 Prozent, was im Vergleich zur ganzen Schweiz (21.1%) ein überdurchschnittlich hoher Anteil darstellt (Statistik Stadt Zürich, 2009a, S. 4).

4.2 Rolle der öffentlichen Hand

Odermatt unterscheidet in seinem Buch „Eigentümerstrukturen des Wohnungsmarktes“ zwischen drei verschiedene Eigentumstypen:

- *selbstnutzende Eigentümer/innen*, Personen die eine Wohnung oder ein Haus besitzen und selbst darin wohnen
- *kommerziell orientierte Wohneigentümer/innen*, renditeorientierte Privatpersonen, Bau- und Immobiliengesellschaften, Versicherungen, Personalvorsorgestiftungen und Aktiengesellschaften
- *gemeinnützig orientierte Wohnungseigentümer/innen*, Öffentliche Hand, Wohnbaugenossenschaften sowie Stiftungen und Vereine

Der Teil des Immobilienmarktes, auf dem Mietobjekte gehandelt werden, wird praktisch vollständig durch die kommerziell orientierten Eigentümer/innen kontrolliert. Die Wohnungen der gemeinnützig orientierten Wohnungseigentümer/innen sind der Spekulation entzogen und funktionieren nach dem Prinzip der Kostenmiete. Im Zentrum steht der soziale Aspekt. Sie engagieren sich für die Sicherstellung preiswerter Mieten für die einkommensschwächeren Schichten. (1997, S. 178) In der Stadt Zürich sind etwa ein Viertel der Wohnungen gemeinnützig. Davon ist wiederum ein kleiner Anteil (ca. 10%) subventioniert und wird bestimmten benachteiligten Bevölkerungsgruppen vergünstigt zur Verfügung gestellt. (Stadt Zürich Finanzdepartement, 2010)

Durch die zunehmende Ökonomisierung des Wohnungsmarktes (vgl. Kapitel 3.2.1) ist es vor allem für Personen mit tiefem Einkommen schwierig, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Die kommerziell orientierten Anbieter/innen dominieren knapp 75 Prozent des Wohnungsmarktes der Stadt Zürich, während die städtischen Wohnungen einen Anteil von 12.7 Prozent und die der Baugenossenschaften 15.3 Prozent ausmachen (Statistik Stadt Zürich, 2009a, S. 21).

Betrachtet man die historischen Entwicklungen, so stellt man fest, dass die Entstehung gemeinnützig orientierter Wohnungseigentümer/innen eine Reaktion auf zunehmende soziale Spannungen aufgrund der unzureichenden Versorgung mit Wohnraum war. So waren die sozialen Unruhen in der Stadt Zürich nach den Krisenjahren des Ersten Weltkrieges gross und die Stadt musste aktiv intervenieren, um den sozialen Frieden zu sichern. Die Stadt kompensierte die Krise im Bausektor mit eigenen Investitionen und baute selbst städtische Siedlungen, gleichzeitig förderte sie das Engagement der gemeinnützigen Baugenossenschaften. 1924 wurden Richtlinien zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus erstellt, welche bis heute gültig sind. Darin festgehalten sind die Unterstützung durch Abgabe von Bauland, die Gewährung von Darlehen sowie die Übernahme von Anteilen am Genossenschafts- oder Aktienkapital. (Stadt Zürich, 1924, S. 1) Aufgrund dieser Massnahmen konnte zwischen 1928 und 1932 die grösste gemeinnützige Bautätigkeit in der Geschichte der Stadt Zürich verzeichnet werden. Während des Zweiten Weltkrieges stellten die privaten Investorinnen und Investoren ihre Bautätigkeit als Folge der Weltwirtschaftskrise ein. Aufgrund der Erfahrungen aus dem ersten Weltkrieg handelte die öffentliche Hand nun antizyklisch, sie unterstützte den Wohnungsbau zwischen 1942 und 1951 mit über 120 Millionen Franken. Dies führte zu einer zweiten grossen Welle der

Bautätigkeit durch die Baugenossenschaften. Nach dem Kriegsende wurden die grosszügigen Beiträge wieder eingestellt, die Wirtschaft erholte sich. Der private Wohnungsbau nahm enorm zu. Aufgrund der Erdölkrise stoppten dann ab 1976 auch die privaten Investorinnen und Investoren den Wohnungsbau. Dies führte zu einer grossen Wohnungsnot, welche seither anhält. (Statistik Stadt Zürich, 2009b, S. 10-82)

Die Krise auf dem Wohnungsmarkt der Stadt Zürich trifft vor allem Personen mit einem tiefen Einkommen, denn diese können aufgrund des beschränkten Budgets weniger flexibel auf die Entwicklungen reagieren. Gerade in Zeiten grosser Wohnungsnot zeigt sich die Abhängigkeit der Mietenden von den Eigentümer/innen deutlich. Die Personen, welche es sich finanziell leisten können, erwerben deshalb Eigentumswohnungen. So ist seit 1980 eine Abnahme der kommerziell orientierten Mietwohnungen um 13 Prozent zu verzeichnen und eine Zunahme bei Eigentumswohnungen und Eigentümshäusern (+ 6%). Die Anzahl der Genossenschaftswohnungen nahm ebenfalls zu (+ 5%). (Statistik Stadt Zürich, 2009b, S. 108-117)

4.3 Wohnungsangebot und Wohnzufriedenheit

Ein wichtiger Indikator, um die Situation des Wohnungsangebotes in einer Stadt aufzuzeigen, ist die Leerstandsquote. Die Stadt Zürich zeichnet sich seit Jahrzehnten durch eine sehr tiefe Leerwohnungsziffer aus. Nach der Wohnungsnot im Jahre 1919 (Leerwohnungsziffer von 0.05 %) erholte sich die Lage zweitweise wieder. Zwischen 1957 und 1982 schwankte die Leerwohnungsziffer zwischen 0.01 und 0.13 Prozent. 1997 wird immerhin eine Leerwohnungsziffer von 0.55 Prozent erreicht. Heute beträgt Leerwohnungsziffer jedoch gerade mal 0.03 Prozent. (Statistik Stadt Zürich, 2009b, S. 131) Vergleicht man diese Zahlen mit der gesamten Schweiz (0.97 %) oder mit Zahlen anderer Städte (Genf 0.18%, Bern 0.38%, Basel 1.2%), zeigt sich das drastische Ausmass der Wohnungsnot in Zürich (ibid., S. 4).

Trotz Wirtschaftskrise ist die Nachfrage nach Wohnraum ungebrochen und es kann längerfristig nicht von einer Entspannung auf dem Zürcher Wohnungsmarkt ausgegangen werden (Stadt Zürich Präsidialdepartement, 2010). Die öffentliche Hand wie auch kommerziell orientierte Investorinnen und Investoren versuchen der grossen Nachfrage mit erhöhter Bautätigkeit zu begegnen. Trotzdem bleibt die Leerwohnungsziffer tief.

Durch die tiefe Leerwohnungsziffer steigen die Mietpreise in der Stadt stetig, seit 2003 sind sie um 18.5 Prozent gestiegen. Der stärkste Preisanstieg ist bei grossen Wohnungen mit mehr als vier Zimmern zu verzeichnen, was für Familien eine grosse Herausforderung darstellt. (Stadt Zürich Stadtentwicklung, 2009, S. 32-34) Die höchsten Mietpreise befinden sich im Zentrum der Stadt, dort kann auch die grösste Abwanderung (-14%) verzeichnet werden. An der Peripherie zeichnet sich hingegen ein grosser Zuwachs ab, je nach Quartier bis zu 23 Prozent. (Statistik Stadt Zürich, 2009a, S. 3-16) Das heisst, die Aussenquartiere verdichten sich zum Teil enorm.

Betrachtet man das aktuelle Wohnungsangebot der Stadt Zürich nach Anzahl Zimmern, so zeigt sich, dass es viele Zwei-, Drei- und Vier-Zimmerwohnungen gibt, jedoch relativ wenige Ein- beziehungsweise Fünf- und mehr Zimmerwohnungen vorhanden sind.

Grosse Familien-Wohnungen sind also in Zürich rar. Wohnungen mit fünf und mehr Zimmern machen einen Anteil von nur 8.7 Prozent aus, etwa dreimal so viele sind es in der ganzen Schweiz (24.9%). (Statistik Stadt Zürich, 2009a, S. 4-21) Für Familien und Einpersonenhaushalte ist es also schwierig, in der Stadt Zürich Wohnungen zu finden. Nun stellt sich die Frage, wie sich diese Gegebenheiten auf die Zufriedenheit der Bevölkerung auswirken.

Die Stadt Zürich führt alle 2 Jahre eine Bevölkerungsbefragung durch, um Informationen zu Einstellung und Einschätzung der Bewohnenden zu erhalten. Die Bevölkerung hält die Stadt Zürich grundsätzlich für attraktiv und ein grosser Teil der Bewohnenden sind mit ihrer Wohnung zufrieden. In den letzten zwei Jahren ist jedoch eine Abnahme der Zufriedenheit mit der Wohnung festzustellen (- 7%).

Als eine der vordringlichsten Aufgaben für die Stadtentwicklung wurde das knappe Wohnungsangebot genannt, dies mit einem Plus von 11 Prozentpunkten im Vergleich zu 2007. Mit einer Note von 3.23 wird das Zürcher Wohnungsangebot von allen Bevölkerungsgruppen als deutlich ungenügend beurteilt. Besonders unzufrieden, mit einem Notendurchschnitt von 2.88, sind Personen zwischen 30 und 39 Jahren, Ausländer/innen sowie Personen, welche erst kürzlich nach Zürich gezogen sind.

Betrachtet man die Wohnzufriedenheit nach Quartier, lässt sich feststellen, dass die Befragten in wohlhabenden Quartieren zufriedener mit ihrer Wohnung sind als Personen in einkommensschwächeren Quartieren. (Stadt Zürich Stadtentwicklung, 2009, S. 15) Familien mit Kindern, speziell mit kleinen Kindern, sind mit ihrer Wohnung am wenigsten zufrieden. (ibid., S. 39)

4.4 Bevölkerung nach Stadtkreisen

Die Stadt Zürich ist in 12 Stadtkreise und 34 Stadtquartiere unterteilt. Wie bereits in Kapitel 4.1 erläutert, ist in der Stadt Zürich ein Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen, insbesondere bei der ausländischen Bevölkerung. Die ausländischen Personen sind aber keine homogene Gruppe.

Personen aus Italien und Spanien wohnen eher in den typischen Arbeiterquartieren in den Kreisen vier und fünf. Personen aus den Staaten des ehemaligen Jugoslawien wohnen vor allem in Quartieren mit günstigen Familienwohnungen wie in den Kreisen neun, elf und zwölf, da diese Gruppe meist über wenig finanzielle Ressourcen verfügt. Deutsche Staatsangehörige, die oftmals sehr gut ausgebildet sind, können es sich leisten, in den teureren Quartieren zu wohnen. (Statistik Stadt Zürich, 2004, S. 7) Es fällt auf, dass vor allem bei Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien eine räumliche Konzentration in den Aussenquartieren der Stadt festzustellen ist. (Statistik Stadt Zürich, 2010, S. 59) Im Jahr 2000 hat die Stadt eine sogenannte Clusteranalyse durchgeführt, wobei nicht nur der Faktor Ausländer/in oder Schweizer/in betrachtet wurde, sondern auch der sozioökonomische Status. Mittels dieser Analyse konnte festgestellt werden, dass ein Zusammenhang zwischen dem sozioökonomischen Status einer Person und dem Wohnort innerhalb der Stadt Zürich besteht. Die Bevölkerung der Stadt Zürich wurde in fünf Gruppen mit ähnlichen Merkmalen zusammengefasst, was eine Aufteilung der Stadtquartiere in fünf Cluster ergibt.

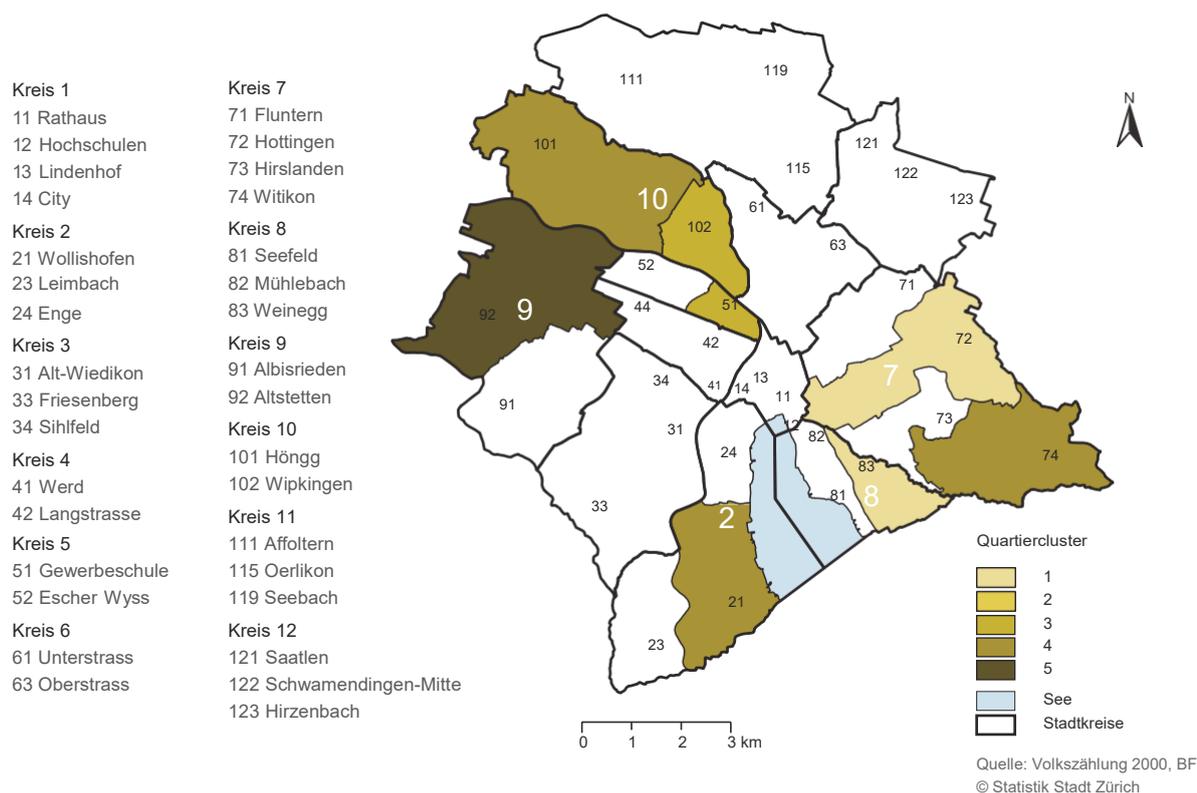


Abb. 2: Quartiercluster (Statistik Stadt Zürich, 2004, S. 17)

- Cluster 1: viele Personen mit guter Ausbildung und hohem sozioprofessionellen Status, tiefer Ausländer/innenanteil, geringer Anteil Familienwohnungen
- Cluster 2: hoher Anteil an jungen und gut gebildeten Personen, wenig Familien
- Cluster 3: multikulturelle Zusammensetzung der Bevölkerung, viele Personen mit tiefem sozioökonomischem Status, hoher Ausländer/innenanteil und viele Einpersonenhaushalte
- Cluster 4: viele Familien mit mittlerer Ausbildung, hoher Anteil älterer Personen
- Cluster 5: viele Familien, viele Personen ohne Ausbildung und mit tiefem sozioökonomischem Status, hoher Ausländer/innenanteil, hoher Erwerbslosenanteil (Statistik Stadt Zürich, 2004, S. 15-19)

Aufgrund dieser Clusteranalyse lässt sich feststellen, dass Personen mit einem tiefen sozioökonomischen Status vor allem in den Aussenquartieren der Stadt anzutreffen sind. Personen mit einem hohen sozioökonomischen Status wohnen dagegen hauptsächlich im Zentrum der Stadt. Diese Erkenntnisse decken sich mit der Segregationsforschung, welche besagt, dass die stärksten Segregationsmuster durch die Merkmale Ethnie/Nationalität/Rasse sowie Einkommen/Vermögen/soziale Schicht erzeugt werden. (Dangschat, 2007, S. 42)

Obwohl Zürich im Vergleich mit anderen europäischen Städten keine starke Segregation nach sozioökonomischem Status aufweist, zeigt die Clusteranalyse deutlich, dass auch in der Stadt Zürich eine räumliche Konzentration der Personen mit tiefem sozioökonomischem Status in den Randquartieren stattfindet. In anderen Ländern ist die räumliche Segregation in den Städten ausgeprägter als in der Schweiz; was unter anderem auf die aktive Wohnpolitik der Städte zurückgeführt werden kann. (Dangschat, 2007, S. 35)

Die Konzentration von Personen mit tiefem sozioökonomischen Status in einzelnen Quartieren hat Auswirkungen auf den Zusammenhalt der Quartierbewohnenden. Den Zusammenhalt von Mitgliedern einer Gruppe bezeichnet man als Soziale Kohäsion. So sagt Barbara Müller: „In Quartieren mit starker sozialer Kohäsion vertrauen sich die Nachbarn, sie fühlen sich miteinander verbunden und helfen einander.“ (2008, S. 3). Mit einer empirischen Analyse ist sie zum Ergebnis gekommen, dass die befragten Personen in Zürich ihre Nachbarschaft grundsätzlich als kohäsiv wahrnehmen. Zwischen den verschiedenen Quartieren sind jedoch Unterschiede feststellbar. Die Zusammensetzung der Quartierbevölkerung hat einen Einfluss auf das Kohäsionsniveau in einer Nachbarschaft. Die Analyse zeigt, dass Quartiere mit einer kulturell heterogenen Bevölkerung und einem durchschnittlich tiefen sozioökonomischen Status weniger kohäsiv sind. In Stadtteilen, die eine kulturell homogene Bevölkerung mit einem durchschnittlich hohen sozioökonomischen Status beherbergen, ist der Zusammenhalt hingegen stärker. (2008, S. 47-76) Vergleicht man diese Ergebnisse der detaillierten Resultate nach Quartieren mit der zuvor beschriebenen Einteilung in die fünf Cluster, so zeigt sich dass die Soziale Kohäsion vor allem in Cluster 1 sehr hoch ist. Hingegen ist die Bevölkerung in Cluster 5 wenig kohäsiv.

4.5 Haushalte und Wohnfläche

Betrachtet man die Entwicklung der Haushaltsformen in der Stadt Zürich seit 1970, zeigt sich, dass sich der Anteil in Einpersonenhaushalten lebenden Personen beinahe verdreifacht hat. Ebenfalls zugenommen haben die (Ehe-)Paare ohne Kinder, hingegen hat die klassische Familienform eher abgenommen. Seit kurzem ist wieder ein Zuwachs von Familien festzustellen. (Statistik Stadt Zürich, 2004, S. 15) Die Ursache dieser Veränderungen ist in der in Kapitel 3.3 beschriebenen Tendenz zur vermehrt individualisierten Bevölkerung zu finden. Aktuell leben 35 Prozent der Zürcher Bevölkerung in Familienhaushalten, 31 Prozent in Paarhaushalten, Einpersonenhaushalte machen einen Anteil von 27 Prozent aus und 6 Prozent der Bevölkerung lebt in Wohngemeinschaften. Junge Leute leben meistens in Wohngemeinschaften oder in Paarhaushalten. Mehr als die Hälfte der Frauen über 75 Jahren leben in Einpersonenhaushalten. (Stadt Zürich Stadtentwicklung, 2009, S. 29-30) Die Veränderungen der Haushaltsformen widerspiegeln die Veränderungen der sozialen Beziehungen und Netzwerke: Diese verschieben sich durch die Singularisierung tendenziell von der Wohnung ins lokale Umfeld.

Neben den Haushaltsformen hat sich auch die Grösse der Haushalte markant verändert. Lebten 1907 noch 4.92 Personen in einer Wohnung, so sind es 2007 gerade noch 1.85 Personen pro Wohnung. (Statistik Stadt Zürich, 2009b, S. 139) Bei der Entwicklung der Wohnflächen pro Person zeigt sich deutlich, dass die Menschen mehr Raum beanspruchen. Während die durchschnittliche Wohnfläche pro Person 1990 noch 37,3 Quadratmeter betrug, sind es zehn Jahre später bereits 39.9 Quadratmeter (Stadt Zürich Statistik, 2005, S. 14). In Stadtkreisen, die sich im Zentrum befinden, werden die Durchschnittswerte eher überschritten, in den Quartieren am Stadtrand eher unterschritten (ibid., S. 16). Im Bezug auf den Flächenverbrauch zeigen sich Unterschiede zwischen den verschiedenen Eigentumstypen. So geniessen Menschen in Haushalten, welche ihre Wohnung besitzen rund 40 Prozent mehr Fläche als der Gesamtdurchschnitt der Zürcher Bevölkerung.

(ibid., S. 14) Es kann also gesagt werden, dass Personen im Zentrum der Stadt sowie Personen mit Eigentumswohnungen über mehr Raum pro Person verfügen. Der steigende Flächenverbrauch pro Person erklärt unter anderem, warum trotz hoher Bautätigkeit die Wohnungsnot nicht eingedämmt werden kann.

4.6 Fazit

Die Herausforderungen, die sich in der Stadt Zürich im Wohnbereich stellen, können unter zwei Hauptthemen zusammengefasst werden. Dies ist einerseits die ungenügende Versorgung mit angemessenem Wohnraum, andererseits ergeben sich durch die unfreiwillige Segregation soziale Herausforderungen im Zusammenleben.

Die unzureichende Wohnraumversorgung zeigt sich anhand der tiefen Leerwohnungsziffer und wird durch die steigenden Mietpreise und das Fehlen von grossen Wohnungen zusätzlich verstärkt. Aus diesem Grund sind Familien und Personen mit wenig finanziellen Ressourcen besonders von der Wohnungsnot betroffen. Diese Erkenntnisse decken sich auch mit der Bevölkerungsbefragung; Familien und ausländische Personen sind besonders unzufrieden. Die Stadt muss durch eine aktive Wohnungspolitik als Gegengewicht zu den kommerziell ausgerichteten Eigentümerinnen und Eigentümern handeln und durch die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus für alle Bevölkerungsgruppen angemessenen Wohnraum bereitstellen.

Die unfreiwillige Segregation zeigt sich anhand der Konzentration von Personen mit tiefem sozioökonomischen Status in einzelnen Quartieren. Durch Ökonomisierung und die Aufwertung der Liegenschaften im Zentrum findet eine zunehmende Verdichtung in den benachteiligten Aussenquartieren statt und es entstehen soziale Brennpunkte. So zeigt auch die Studie zur Sozialen Kohäsion in der Nachbarschaft, dass Quartiere mit einer hohen Konzentration von Personen mit tiefem sozioökonomischem Status und starker kultureller Heterogenität weniger kohäsiv sind. Durch die Abnahme der klassischen Haushaltsmodelle und der damit verbundenen Verschiebung der sozialen Kontakte ins nahe Umfeld wäre es jedoch wichtig, dass ein sozialer Zusammenhalt in den Quartieren besteht. Ganz besonders betrifft dies Personen mit wenig sozioökonomischen Ressourcen, da es diesen (vgl. Kapitel 3.3.1) besonders schwer fällt, Netzwerke aufzubauen. Durch die Förderung genossenschaftlicher Wohnungen in allen Stadtteilen würde eine stärkere Durchmischung der Bevölkerung erreicht. Zudem kann die genossenschaftliche Wohnform das gemeinschaftliche Zusammenleben fördern, und so das gesamte Quartier stärken.

Durch den Wandel verändern sich die Wohnbedürfnisse und das Wohnverhalten der Bevölkerung. Dies erfordert eine ebenso flexible Wohnbaupolitik wie einen flexiblen Wohnungsbau. Warum der genossenschaftliche Wohnungsbau diesen Ansprüchen am ehesten gerecht werden kann, wird im nächsten Kapitel aufgezeigt.

5. Wohnbaugenossenschaften in der Stadt Zürich

Das folgende Kapitel zeigt die Entstehung und Entwicklung der Wohnbaugenossenschaften in Zürich und beschreibt, inwiefern diese vom Sozialen Wandel betroffen sind. Ein kurzer Abriss der Geschichte der Wohnbaugenossenschaften in der Schweiz und in der Stadt Zürich sowie statistische Daten geben Aufschluss über die Entwicklung und die aktuelle Situation. Zur detaillierten Erläuterung der Organisation einer Genossenschaft wird die Allgemeine Baugenossenschaft Zürich (ABZ) porträtiert.

Neben Wohnbaugenossenschaften gibt es auch eine Vielzahl von anderen Genossenschaften, zum Beispiel Handelsgenossenschaften. Mit der Bezeichnung „Genossenschaften“ sind in der vorliegenden Arbeit immer die Wohnbaugenossenschaften gemeint.

5.1 Entstehung und Entwicklung der Genossenschaften

Die Genossenschaftsidee entstand zur Zeit der industriellen Revolution und verbreitete sich zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Die Grundidee stammt von wirtschaftlich Schwächeren, die sich zur Selbsthilfe zusammenschlossen. Grundlage für diese Ideen boten die Werte der Bürgerbewegung der Französischen Revolution: Freiheit und Gleichheit. (wohn.plus, 2006, S. 2-3)

Erste Genossenschaftswohnungen wurden in der Schweiz zwischen 1860 und 1870 gebaut. Sie wurden aus der Arbeiterbewegung gegründet, um gegen die Wohnungsnot anzukämpfen, die während der Industrialisierung in den Städten herrschte. Nach dem Ersten Weltkrieg begannen auch der Bund und die Kantone Massnahmen gegen Wohnungsnot zu ergreifen, weshalb es in dieser Zeit zu vielen Neugründungen kam (vgl. Kapitel 4.2). Erst während und nach dem zweiten Weltkrieg entstanden Wohnbaugenossenschaften, die durch andere Kreise als die Sozialdemokratische Partei (SP) und die Gewerkschaften gegründet wurden. Aus dieser Zeit stammen über 80 Prozent der genossenschaftlichen Wohnungen in der Schweiz. In den Sechziger- und Siebzigerjahren bauten die Genossenschaften vor allem in der Agglomeration, da die Städte zu teuer waren und sie von der öffentlichen Hand keine Unterstützung mehr erhielten. In den Achtzigerjahren wurden viele kleine Genossenschaften gegründet, aus Idealen des gemeinschaftlichen Wohnens und der Selbstverwirklichung. Heute gibt es in der Schweiz 1700 Wohnbaugenossenschaften mit etwa 160 000 Wohnungen, was einem Marktanteil von 5% entspricht. (wohn.plus, 2006, S. 5)

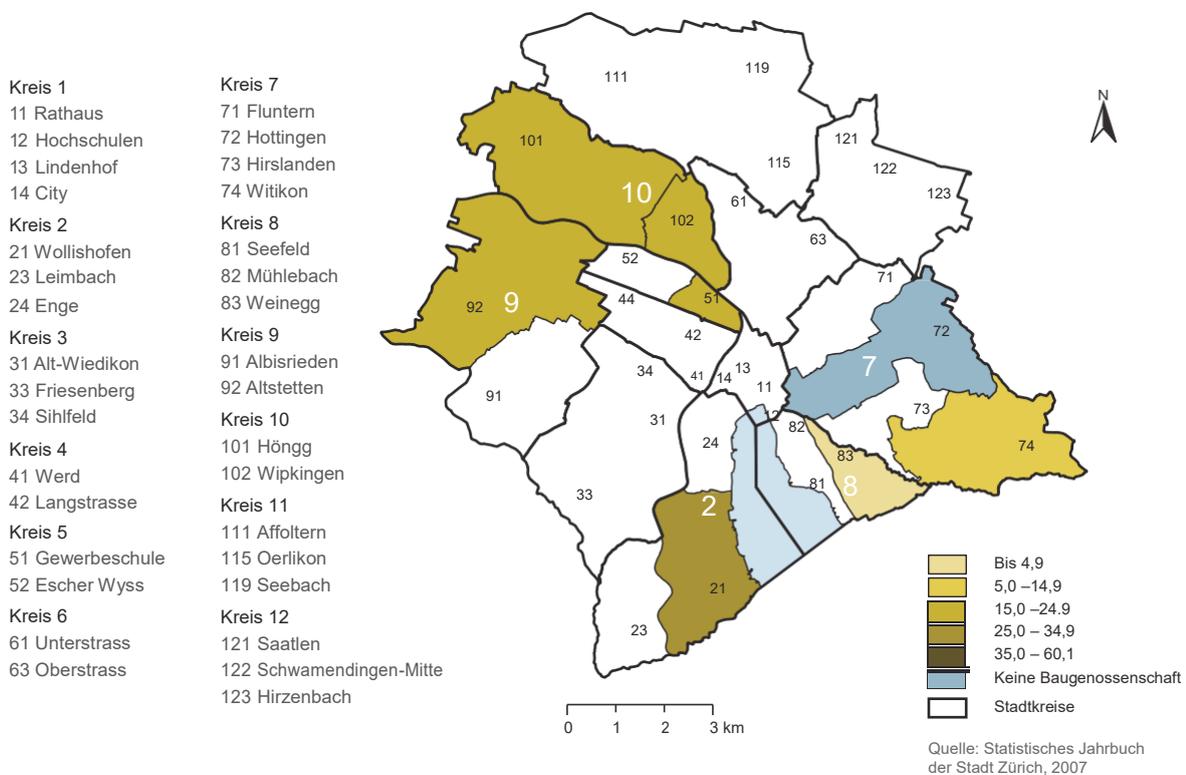
5.2 Situation der Genossenschaften in der Stadt Zürich

Die Entwicklung der Genossenschaften in der Stadt Zürich deckt sich grösstenteils mit der gesamtschweizerischen Genossenschaftsgeschichte. Die Stadt Zürich mit ihrer Zentrumsfunktion war jedoch besonders stark von den Auswirkungen der industriellen Revolution betroffen und durch die starke Verstädterung zeichneten sich so die sozialen Probleme innerhalb der Stadt besonders deutlich ab. Der Wohlstand verteilte sich sichtbar ungleich. Die Reichen bauten teure Häuser, während die Leute in den Arbeitervierteln in prekären Verhältnissen lebten. Durch die räumliche Nähe der Gegensätze radikalisierte sich die

Arbeiterbewegung, und die Linke sicherte sich die Mehrheit in Legislative und Exekutive. Die Stadtregierung entwickelte aufgrund der prekären sozialen Lage anfangs des 20. Jahrhunderts das Verständnis, dass sich das Gemeinwesen auf dem Wohnungsmarkt einmischen muss, um sozialen Spannungen entgegenzuwirken. Ab diesem Zeitpunkt wurde die Genossenschaftsidee durch die Stadt mit Nachdruck unterstützt. (SVW & Stadt Zürich, 2008, S. 14-19) Durch die positive Haltung und die damit verbundene starke Unterstützung der Genossenschaften durch die Regierung sind heute in der Stadt Zürich, im Gegensatz zu anderen Schweizer Städten, sehr viele Genossenschaften zu verzeichnen.

So gehören aktuell 15.3 Prozent des Gesamtgebäudebestands in Zürich den Genossenschaften (Statistik Stadt Zürich, 2009a, S. 21). In der Stadt Zürich gibt es 123 Wohnbaugenossenschaften, davon 11 sehr grosse mit über 1000 Wohnungen sowie 28 sehr kleine mit weniger als 20 Wohnungen (SVW, Sektion Zürich & Finanzdepartement der Stadt Zürich, 2007, S. 9). In den Genossenschaftssiedlungen der Stadt Zürich finden sich insgesamt 185 Gemeinschaftsräume und 106 aktive Siedlungskommissionen (ibid., S. 16). Es gibt jedoch viele Genossenschaften, die über keine Siedlungskommissionen oder Gemeinschaftsräume verfügen (ibid., S. 18).

Die Genossenschaften in der Stadt Zürich verfügen vor allem über Drei- und Vierzimmerwohnungen (Stadt Zürich Statistik, 2006, S. 17). Die Dreizimmerwohnungen wurden als Familienwohnungen konzipiert, eignen sich aber aufgrund der heutigen Wohnbedürfnisse nicht mehr optimal für Familien (SVW & Stadt Zürich, 2008, S. 132). Im Schnitt sind die Mietzinse ein Drittel günstiger als bei Wohnungen anderer Anbieter/innen (ibid., S. 131).



Die Quartiere mit den meisten Genossenschaftswohnungen sind Saatlen, Schwamendingen-Mitte, Hirzenbach sowie Leimbach, Wollishofen, Enge, Friesenberg und Albisrieden. Diese Quartiere haben einen Genossenschaftsanteil zwischen 25 und 60 Prozent. Zudem fällt auf, dass auch die Kreise neun, zehn und elf viele Genossenschaften aufweisen (15%-25%). (Stadt Zürich Statistik, 2009b, S. 149) Die Genossenschaften verteilen sich tendenziell auf einkommensschwächere, familienreichere Aussenquartiere. (ibid., S. 132).

In den Zürcher Genossenschaften leben durchschnittlich weniger 20–39-jährige, dafür mehr junge und mehr alte Personen, sowie mehr Familien als in klassischen Mietwohnungen (Stadt Zürich Statistik, 2006, S. 4-9). Auch in Neubausiedlungen ziehen vor allem Familien ein, diese Entwicklung deckt sich mit dem steigenden Kinderanteil in der gesamten Stadt (SVW & Stadt Zürich, 2008, S. 137). Es leben viele Personen ausländischer Herkunft in den Genossenschaften, sie stammen vor allem aus der ersten grossen Einwanderungswelle in den Sechzigerjahren (Stadt Zürich Statistik, 2006, S. 4-9). Insgesamt ist der Ausländer/innenanteil in den Genossenschaften steigend (Stadt Zürich Statistik, 2010, S. 55). In den Genossenschaften zeigen sich gesamtgesellschaftliche Tendenzen: Es gibt mehr Einpersonenhaushalte, mehr Alleinerziehende, mehr Alte, weniger Familien und mehr ausländische Personen (Statistisches Amt des Kantons Zürich, 2004, S. 23). Das Einkommen der Genossenschafter/innen ist in den meisten Stadtkreisen tiefer als jenes der klassischen Mietenden. Sehr tiefe und sehr hohe Einkommensschichten sind jedoch selten in Genossenschaftswohnungen vertreten. Die Wohnraumversorgung der einkommensschwächsten Personen übernimmt hauptsächlich die Stadt. (SVW & Stadt Zürich, 2008, S. 132) Die Genossenschafter/innen haben weniger Einkommen, jedoch mehr Vermögen als die Mietenden. Möglicherweise ist dies eine Folge der geringeren Mietzinsbelastung. (ibid., S. 136)

Grundsätzlich ist die Bewohnerschaft sehr heterogen im Bezug auf Alter, Herkunft und Haushaltsform, und sie wird in Zukunft noch heterogener werden. Die Hauptbewohnerschaft ist die untere Mittelschicht.

Laut Befragungen sind die Genossenschafter/innen im Durchschnitt um 8 Prozent zufriedener mit ihrer Wohnung und dem Wohnumfeld als die Mietenden (SVW & Stadt Zürich, 2008, S. 132). Die Mietpreise werden weniger häufig als zu hoch empfunden. Genossenschafter/innen wohnen im Durchschnitt längere Zeit am gleichen Ort als klassische Mietende, nämlich 16.7 Jahre statt 12.6 Jahre (Stadt Zürich Statistik, 2006, S. 4-9).

5.3 Grundwerte und Ziele

Die Wohnbaugenossenschaften wollten von Anfang an nie nur billigen Wohnraum anbieten, sondern verfolgten auch soziale Ziele (SVW & Stadt Zürich, 2008, S. 24). Genossenschaften sehen sich nicht nur als Modell wirtschaftlicher Selbsthilfe, sondern auch als Modell solidarischer Gemeinschaft und gemeinsamen Handelns (wohn. plus, 2006, S. 4). Um ihren sozialen Auftrag wahrnehmen zu können, haben die Genossenschaften Aufnahmekriterien für ihre Mieterschaft, insbesondere bezüglich des Verhältnisses von Einkommen und Mietzins sowie der Wohnfläche pro Person. Der

Schweizerische Verband für Wohnungswesen (SVW), Dachverband der Wohnbaugenossenschaften, fasst die Grundwerte der Genossenschaften in den sogenannten „6 S“ zusammen:

- *Selbsthilfe*: Gründung neuer Genossenschaften bei Bedarf an Wohnraum. Zudem soll in bestehenden Genossenschaften Selbsthilfe bei der Bewältigung des Alltags zum Tragen kommen, zum Beispiel in Form von Mittagstischen oder Nachbarschaftshilfe.
- *Selbstbestimmung*: Ein hohes Mass an Mitsprache und Mitbestimmung bringt Identifikation und Verantwortlichkeit. Selbstbestimmung gilt als Gegensatz zu Machtbestimmung nach Vermögen.
- *Selbstverantwortung*: Mietende sollen Miteigentümer/innen sein und Verantwortung tragen.
- *Selbstverwaltung*: Die Genossenschaften führen möglichst viele Arbeiten selber aus, um Geld zu sparen und die Mieten tief zu halten.
- *Solidarität*: Im gesamtgesellschaftlichen Kontext wird Solidarität im Sinne von Neugründungen von Genossenschaften verstanden, um bezahlbaren Wohnraum für alle zu ermöglichen. Deshalb stellen die Genossenschaften gemeinsam mit der Stadt subventionierte Wohnungen zur Verfügung. Innerhalb der Genossenschaft steht Solidarität für Gemeinschaftsförderung und gegenseitige Hilfe.
- *Spekulationsentzug*: Beim Spekulationsentzug geht es darum, mit dem Boden keine Spekulation zu betreiben, also durch die Mieten keine Rendite zu erzielen, sondern den Bewohnenden ausschliesslich die Kostenmiete zu berechnen. (wohn.plus, 2006, S. 4-5)

5.4 Allgemeine Baugenossenschaft Zürich (ABZ) als Beispiel

Zur Veranschaulichung der konkreten Umsetzung der Grundsätze wird das Beispiel der Allgemeinen Baugenossenschaft Zürich (ABZ) als Modell vorgestellt. Die ABZ ist fast 100-jährig und eine Genossenschaft der ersten Stunde. Sie ist die grösste Wohnbaugenossenschaft der Stadt Zürich wie auch der Schweiz. Sie verfügt über eine institutionalisierte Verwaltung, welcher seit kurzer Zeit auch eine Fachstelle Soziales angehört. Im Jahr 2009 wohnten über 10'000 Personen in Wohnungen der ABZ. Die ABZ besitzt 4688 Wohnungen und 718 Einfamilienhäuser in insgesamt 61 Siedlungen. (Hanspeter Rohrer, 2010, S. 11-17)

Die ABZ wurde während des Ersten Weltkriegs im Jahr 1916 durch die Arbeiterschaft des Eisenbahnmilieus gegründet. Es war eine Zeit der Verunsicherung und Wohnungsnot. Im Jahr 1920 konnten die ersten Wohnungen gebaut werden. Obwohl politische Neutralität propagiert wurde, verstand sich die ABZ als dritter Flügel der Arbeiterschaft, neben Partei und Gewerkschaft. Ein Grossteil des Vorstandes bestand aus Mitgliedern der SP. Die Erwartungen an die sozialen Verbesserungen durch die Genossenschaften waren hoch. Dies zeigt ein Zitat von Dora Staudinger, Klassenkämpferin und lange einzige Frau im Vorstand:

„Die Genossenschaft baut nicht nur Wohnungen, sie baut an einer neuen, besseren Menschengemeinschaft, in der einer den anderen nicht bekämpfen und übervorteilen muss, sondern hilft und fördert“. (zit. in Rohrer, 2010, S. 9-11)

Die Grundhaltungen und Ziele der ABZ basieren auf den „6 S“ der Genossenschaftsidee (vgl. 5.3) und zeigen sich in Statuten und Leitbild. Die Gemeinnützigkeit, der Solidaritätsgedanke und der Anspruch, das Zusammenleben verschiedener Gesellschaftsgruppen zu ermöglichen, sind in den Statuten der ABZ verankert: „Die Genossenschaft verfolgt den Zweck, in gemeinsamer Selbsthilfe und Mitverantwortung ihren Mitgliedern preiswerten und gesunden Wohnraum zu verschaffen, zu erhalten und die Genossenschaftsidee und somit das Zusammenleben verschiedener Gesellschaftsgruppen und Einzelpersonen im Sinne gesellschaftlicher Verantwortung und gegenseitiger Solidarität zu fördern“ (Allgemeine Baugenossenschaft Zürich [ABZ], 2008, S. 3).

Auch in ihrem Leitbild betont die ABZ mehrmals ihre sozialen Anliegen und ihren partizipativen, basisdemokratischen Charakter. Sie unterstreicht ihre Familienorientierung und ihre Bestrebungen, eine soziale Durchmischung nach allen Gesichtspunkten zu erreichen und so einen Beitrag zur Integration zu leisten. (ABZ, 2010a, S. 1) Die Genossenschaft unterhält einen Solidaritätsfonds um Mitgliedern, welche in bescheidenen finanziellen Verhältnissen leben, Mietzinszuschüsse zu gewähren. Alle Genossenschafter/innen beteiligen sich mit vier Franken pro Monat am Solidaritätsfonds. (ABZ, ohne Datum)

Am Beispiel der ABZ lassen sich die Organisation und die Gefässe für die Genossenschafter/innen exemplarisch aufzeigen. Diese unterscheiden sich in den verschiedenen Genossenschaften, haben jedoch alle die gleichen Grundzüge.

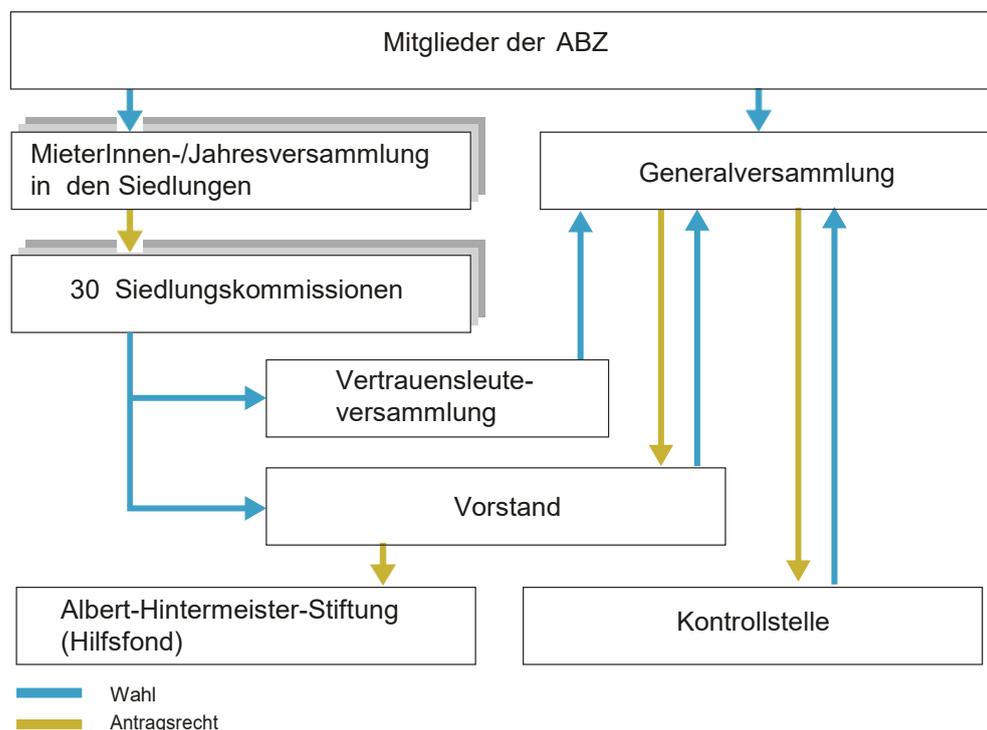


Abb. 4: Organe der ABZ (ABZ, ohne Datum)

- **Generalversammlung (GV):** oberstes Genossenschaftsorgan, zuständig für Annahme und Abänderung der Statuten und Wahl der Organe, jedes Genossenschaftsmitglied verfügt über eine Stimme
- **Vorstand:** alle drei Jahre durch GV gewählt, bestehend aus neun Mitgliedern, trägt Gesamtverantwortung und setzt sich für die Anliegen der Genossenschafter/innen ein,

delegiert Aufgaben an die Geschäftsstelle

- *Geschäftsstelle (Verwaltung)*: zuständig für die operative Führung, handelt nach den Vorgaben der GV und des Vorstandes
- *Vertrauensleuteversammlung*: bestehend aus Mitgliedern der Siedlungskommissionen, ABZ-Mitarbeitenden und Mitgliedern der Albert-Hintermeister-Stiftung, zuständig für die Genehmigung des ABZ-Leitbildes und der Reglemente, Diskussion von Grundsatzfragen, Antragsrecht gegenüber Vorstand und GV
- *Mieter/innenversammlungen*: durch den Vorstand einberufene und durch die Geschäftsstelle durchgeführte Versammlung zwecks Abstimmungen zu siedlungsspezifischen Projekten (Umbau, Renovation, Erneuerung)
- *Siedlungsversammlung*: jährliche Versammlung aller Siedlungsbewohnenden zur Behandlung von siedlungsrelevanten Fragen
- *Siedlungskommissionen (Siko)*: jährlich durch Siedlungsversammlung gewählte ehrenamtlich Tätige, zuständig für den soziokulturellen Auftrag und die Interessensvertretung der Siedlungen gegenüber Vorstand und Geschäftsstelle, Verwaltung der Gemeinschaftsräume, erhalten Unterstützung durch interne Fachstelle (ABZ, ohne Datum)
- In den 61 Siedlungen der ABZ gibt es 31 Siedlungskommissionen mit rund 200 freiwilligen Mitgliedern sowie 31 Gemeinschaftsräume. Das heisst, einige Siedlungen teilen sich die Gemeinschaftsräume und haben keine eigene Siedlungskommission. Die Siedlungskommissionen erhalten einen jährlichen finanziellen Beitrag der Bewohnenden sowie der Geschäftsstelle. (ABZ, ohne Datum)

Über die Organisation der ABZ lässt sich sagen, dass sie aufgrund ihrer Grösse sehr institutionalisiert ist. Die Beteiligungsmöglichkeiten sind vorhanden, jedoch eher hochschwellig angelegt.

Die ABZ vermietet ihre Wohnungen nach verschiedenen Kriterien. Ein Kriterium sind die finanziellen Verhältnisse. Auch die Dauer der Mitgliedschaft in der Genossenschaft spielt eine Rolle, ob jemand in der ABZ aufgewachsen ist oder anderweitig in deren Strukturen integriert ist. Weitere Kriterien sind die Integration in der Nachbarschaft sowie die Verständigung in deutscher Sprache. Es gibt einen Schlüssel über die Belegung der Wohnungen nach Fläche pro Person. Bei Unterbelegung werden auch ABZ-interne Wohnungswechsel vorgenommen. (ABZ, 2007, S. 2)

Die ABZ hat kein Bewohnendenprofil erhoben. Es können jedoch einige Vermutungen angestellt werden. Die ABZ ist eine der ältesten Genossenschaften. Dadurch wohnen verschiedene Mietendengenerationen in den Wohnungen, jedoch nicht mehr die Gründungsgeneration. So prallen verschiedene Werthaltungen aufeinander und die Werte vieler Bewohnender weichen ab von der Ideologie der Gründungsgeneration. Aufgrund der Grösse und Vielfalt der Siedlungen kann davon ausgegangen werden, dass die sozioökonomische Lage und Bewohnendendurchmischung in der ABZ ungefähr jener des Durchschnitts der Genossenschaftsmitglieder in Zürich entspricht. Das heisst, es ist eine niedrige Einkommenschicht mit einem grossen Anteil ausländischer Bevölkerung und grosser Generationenvielfalt. Aufgrund ihrer Grösse, Anonymität und der sehr heterogenen Bewohnerschaft ist die ABZ, im Vergleich zu anderen Genossenschaften, besonders stark mit gesellschaftlichen Veränderungen und Herausforderungen konfrontiert.

5.5 Sozialpolitische Relevanz

Aus den vorhergehenden Kapiteln, in welchen verschiedene Entwicklungen theoretisch beschrieben wie empirisch belegt wurden, können Schlüsse für die sozialpolitische Relevanz der Genossenschaften gezogen werden.

In einer Stadt wie Zürich, in welcher ein derart grosser Anteil an genossenschaftlichen Siedlungen besteht, sind diese ein wichtiger sozialpolitischer Akteur. Sie nehmen neben der Gemeinnützigkeit durch Spekulationsentzug und Kostenmiete auch einen sozialen Auftrag wahr. Dies äussert sich in den vielen sozialen Angeboten der Genossenschaften, welche die öffentliche Hand teilweise entlasten können. Zudem leisten die Genossenschaften in ökologischen und sozialen Bereichen einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung im Sinne der Agenda 21, welche auch die Schweiz unterzeichnet hat, und welche durch Städte und Gemeinden in lokalen Programmen umgesetzt wird. So fördern sie im sozialen Bereich die Mitwirkung der Personen bei Entscheidungen, welche ihr Wohn- und Lebensumfeld betrifft. (Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung UNCED, 1992, S. 276)

Wie sich in den vorhergehenden Kapiteln gezeigt hat, kann davon ausgegangen werden, dass die Bevölkerung der Stadt Zürich weiter wachsen und die Stadt sich verdichten wird. Schon heute zeigen sich Herausforderungen bei der angemessenen Wohnraumversorgung sowie im nachbarschaftlichen Zusammenleben. Die Genossenschaften sind zu einer Zeit der extremen Wohnungsnot als Bürgerinitiative entstanden. Sie haben sich schon mehrmals als Mittel zur Bekämpfung der Wohnungsnot bewährt, welche vor allem die sozioökonomisch schwächere Bevölkerung betrifft. Die Genossenschaften verhindern eine Unterbelegung der Wohnungen und vermindern dadurch die Wohnungsnot. Die Stadt Zürich befindet sich heute wieder in einer prekären Wohnungssituation und muss Lösungen finden. Die Förderung der Genossenschaften bietet sich dazu als Möglichkeit an.

Die unfreiwillige Segregation muss abgebaut werden, um den sozialen Frieden zu erhalten. Dazu wäre die Förderung von Genossenschaften in den Quartieren der Innenstadt geeignet. Es gibt dort immer noch Industriebrachen, die Stadt muss abwägen, ob diese – anstatt der Spekulation – dem gemeinnützigen Wohnungsbau übergeben werden können. Ausserdem können die im Zentrum schon vorhandenen Genossenschaftssiedlungen durch verdichtete Ersatzneubauten ersetzt werden.

Die Genossenschaften in Zürich befinden sich vor allem in den Aussenquartieren, welche stärker von Segregation betroffen sind. Deshalb spielen sie dort eine umso wichtigere sozialpolitische Rolle, denn die Genossenschaftssiedlungen können, wenn sie gut funktionieren, einen positiven Einfluss auf das gesamte Quartier haben.

Wie in Kapitel 3 erläutert wurde, ergeben sich durch den Sozialen Wandel neue Wohnbedürfnisse. Die Menschen möchten unabhängig und flexibel sein und ihren Wohnraum mitgestalten, sie können sich jedoch aus finanziellen Gründen oft kein Wohneigentum leisten. Die Genossenschaften bieten eine Möglichkeit, welche auch der Bevölkerung mit wenig Einkommen mehr Mitsprache bezüglich ihrem Wohnraum erlaubt. Sie könnten somit eine adäquate Form sein, um den Wandel im Wohnbereich erfolgreich zu gestalten. Auch Häussermann und Siebel sehen die Genossenschaften als Zukunftsmodell des

Wohnens, da sie flexibler auf wechselnde Wohnbedürfnisse und Haushaltsformen eingehen können (1996, S. 317). Da die Genossenschaften als Gemeinschaft organisiert sind, können zum Beispiel Wohnungen innerhalb der Genossenschaften nach wechselnden Bedürfnissen getauscht werden. Aus diesen Gedanken der Flexibilisierung versuchen die Genossenschaften auch, den Wohnraum flexibel zu bauen, zum Beispiel mit verschiebbaren Wänden oder mit zusätzlich mietbaren Einzelzimmern. Genossenschaften können die Durchmischung ihrer Bewohnerschaft in den Siedlungen nach anderen Kriterien steuern, als dies durch den profitorientierten Wohnungsmarkt geschieht.

5.6 Fazit

Die Genossenschaftsidee ist aufgrund der neuen Werte der Französischen Revolution entstanden. Die wirtschaftlich schwächere Arbeiterschaft schloss sich zusammen mit dem Gedanken solidarischer Selbsthilfe und Gemeinnützigkeit. Die Genossenschaften in Zürich haben sich schubweise entwickelt, meist im Zusammenhang mit Wirtschaftskrisen und dadurch begründeten Notlagen. Die Grundwerte der Genossenschaften sind in den „6 S“ (Selbstbestimmung, Selbstverantwortung, Selbstverwaltung, Selbsthilfe, Solidarität und Spekulationsentzug) verankert. In der Stadt Zürich sind die Genossenschaften stark vertreten und bieten einer heterogenen Bevölkerung mit tiefem sozioökonomischem Status günstigen Wohnraum, dies vor allem in den Quartieren am Stadtrand. Die Genossenschaften sind ein gutes Ausgleichsinstrument zum freien Markt, um eine soziale Durchmischung in der Stadt zu erreichen und somit sozialen Spannungen vorzubeugen. Die Genossenschaften übernehmen also eine wichtige sozialpolitische Funktion in der Stadt. Zudem haben sie durch ihre Flexibilität gute Voraussetzungen sich dem Sozialen Wandel anzupassen.

Die Genossenschaften können die lokale Gemeinschaft, das Quartier, stärken. Sie können diese Aufgabe zum heutigen Zeitpunkt jedoch nur beschränkt wahrnehmen, da sie in sich selbst Herausforderungen zu bewältigen haben, welche sich durch den Sozialen Wandel und die veränderte Bewohnerschaft ergeben. Die ABZ, welche hier als Modellgenossenschaft vorgestellt wird, wurde aus dem Arbeitermilieu gegründet, und zeigt ein typisches Beispiel einer Genossenschaft im Sozialen Wandel. In der ABZ wohnt nicht mehr die Gründungsgeneration, sondern verschiedene Nachfolgenerationen. So treffen unterschiedliche Wertvorstellungen aufeinander. Im nächsten Kapitel werden die Herausforderungen, die sich den Genossenschaften stellen, genauer beschrieben.

6. Herausforderungen in den Genossenschaften

In Kapitel 5 zeigte sich, dass die Genossenschaften ein geeignetes Modell sind, um den sich verändernden Ansprüchen der Stadtbevölkerung zu begegnen. Der Soziale Wandel stellt jedoch auch die Genossenschaften selbst vor neue Herausforderungen. In diesem Kapitel erläutern externe Stellen die Ergebnisse von Befragungen, welche mit Genossenschaftsvertretenden durchgeführt wurden. Die dabei erhobenen Herausforderungen werden auch durch die Genossenschaftsmitglieder der ABZ bestätigt.

6.1 Erhebungen durch externe Stellen

Das Bundesamt für Wohnungswesen (BWO) sowie der Schweizerische Verband für Wohnungswesen (SVW), der Dachverband der gemeinnützigen schweizerischen Baugenossenschaften, haben unabhängig voneinander Erhebungen in den Genossenschaften gemacht und stellen verschiedene Probleme und Herausforderungen fest.

Das Bundesamt für Wohnungswesen hat im Jahr 2004 eine schriftliche Erhebung in Auftrag gegeben bei welcher rund 700 Wohnbaugenossenschaften der Schweiz zu verschiedenen Themen befragt wurden. Der Fragebogen wurde von den Führungsorganen der Genossenschaften beantwortet. Im Fragebogen wurde ein Katalog an Problemen vorgegeben, aus welchem die Befragten aussuchen konnten, welche Probleme in ihrer Genossenschaft relevant sind und wie stark sie diese beschäftigen. Am häufigsten genannt wurden bei dieser Befragung Probleme bei der Rekrutierung von neuen Vorstandsmitgliedern (41%) sowie das fehlende Engagement der Mieterschaft für gemeinschaftliche Anliegen (38%). Ersteres Problem trifft vor allem mittelgrosse Genossenschaften, da diese schon sehr anonym sind, die Ämter jedoch mit wenig Prestige verbunden sind. Grosse Genossenschaften sind weniger auf das freiwillige Engagement ihrer Mitglieder angewiesen, da sie über institutionalisierte Verwaltungen mit ausreichend personellen Ressourcen verfügen. Die kleinen Genossenschaften, welche in den Achtzigerjahren gegründet wurden, äussern allgemein weniger Probleme. (Peter Farago, 2006, S. 3-15) Dadurch dass diese Bewohnenden der Gründungsgeneration angehören, identifizieren sie sich stark mit ihrer Genossenschaft und zeigen ein aktives Engagement.

Der Schweizerische Verband für Wohnungswesen (SVW) in Zusammenarbeit mit der Stadt Zürich erwähnt im Buch „Wohnen morgen“, dass die Genossenschaften sich an die Bewohnenden anpassen müssten. Herausforderungen werden in den Bereichen Integration, soziale Durchmischung und Nutzungsvielfalt ausgemacht. (2008, S. 48-58) Eine Fachperson äussert sich dazu, dass die historisch gewachsenen Genossenschaftsstrukturen sich verändern und dem Sozialen Wandel angepasst werden müssten. Die ursprünglichen Strukturen brächten eine Verbindlichkeit mit, die viele Menschen heutzutage nicht mehr eingehen könnten oder wollten. (SVW & Stadt Zürich, 2008, S. 94) Gemäss den Bevölkerungsbefragungen der letzten Jahre sind sich viele Mietende der Genossenschaftswohnungen gar nicht bewusst, in einer Genossenschaft zu leben. Daraus lässt sich ableiten, dass sie nicht für die Genossenschaftsidee und ihre Werte

sensibilisiert wurden. Allerdings stieg dieses Bewusstsein in den letzten Jahren, was sich der SVW auch mit dem 100-Jahre-Jubiläum und weiteren öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten erklärt. (SVW & Stadt Zürich, 2008, S. 130-131)

Um die genossenschaftliche Identität zu stärken, gründete der SVW das Projekt „wohn.plus“, welches zwischen den Jahren 2002 und 2008 durchgeführt wurde. Das Projekt unterstützt Wohnbaugenossenschaften bei der Förderung des sozialen und nachbarschaftlichen Engagements. (SVW & Stadt Zürich, 2008, S. 94) Zu Beginn von „wohn.plus“ wurde eine Bedürfnisabklärung durchgeführt, welche Probleme in den folgenden Bereichen aufgezeigt hat: Gemeinschaftsförderung, (Ausländer-)Integration, Nachbarschaftshilfe und Solidarität zwischen den Generationen. Die Befragten sprachen von Auflösungstendenzen der ehemaligen Genossenschaftsidee und von Problemen bei der Aktivierung von Genossenschaftsmitgliedern aufgrund der Individualisierung. (Farago, 2006, S. 11)

6.2 „Werteprozess“ der ABZ

Die Allgemeine Baugenossenschaft Zürich hat festgestellt, dass bezüglich der Definition und Verankerung der genossenschaftlichen Werte Handlungsbedarf besteht. Um diese Werte gemeinsam mit den Bewohnenden neu zu diskutieren und zeitgemäss zu interpretieren, hat die ABZ einen „Werteprozess“ lanciert. Dieses Beispiel wird hier aufgeführt, da diese Genossenschaft den Handlungsbedarf im Bezug auf die Herausforderungen des Sozialen Wandels erkannt hat und bereit ist, diese zu bearbeiten. Möglich ist eine solche Bearbeitung durch die ABZ dank einer institutionalisierten, professionellen Verwaltung.

6.2.1 Hintergründe und Vorgehen

In den schwierigen Zeiten der Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot anfangs des 20. Jahrhunderts, den Gründungsjahren der ABZ, verband die Genossenschaftsmitglieder ein solidarisches Klassenbewusstsein sowie die gesellschaftlichen Werte Fleiss, Bescheidenheit, Leistung, Pflichterfüllung und das Ideal der Kleinfamilie. Individuelle Werte stimmten mit den Genossenschaftswerten überein, weshalb sich die Bewohnenden stark mit der Genossenschaft identifizierten. In Folge des gesellschaftlichen Wandels und des damit einhergehenden Wertewandels wurde die genossenschaftliche Identität geschwächt. Das Streben nach Selbstverwirklichung hinderte die Leute, sich dem Kollektiv und seinen Werten unterzuordnen. So entstand zunehmend ein Spannungsfeld zwischen schwindendem Pflichtbewusstsein und solidarischem Handeln einerseits und der Forderung nach mehr Rechten und Partizipation andererseits. (Rohrer, 2010, S. 52–53)

In den nächsten Jahren plant die ABZ eine Erneuerungsphase. Bis zum Jahr 2019 sollen viele Wohnungen saniert werden. Peter Schmid (2008), Präsident der ABZ, bezeichnete den Renovationsbedarf als „[...] Chance zur Erneuerung der Genossenschaftsidee: Mit der Förderung von gemeinschaftlichem Leben und der Stärkung der Nachbarschaften könne sie soziales Kapital schaffen und damit zu einer nachhaltigen Gesellschaft beitragen“ (zit. in Rohrer, 2010, S. 51). Um diese Ziele zu erreichen, haben der Vorstand und die

Geschäftsleitung der ABZ im Jahr 2009 den nachfolgend ausgeführten „Werteprozess“ lanciert. Die Erneuerungsplanung könnte der Auslöser für eine neue Verankerung des Genossenschaftsbewusstseins sein.

Der Vorstand und die Geschäftsleitung der ABZ haben im Jahr 2009 mit der Durchführung des „Werteprozess“ begonnen, um die genossenschaftlichen Werte wieder stärker zu verankern und die Auseinandersetzung mit den Werten durch die Mitglieder zu fördern. Es geht darum, zusammen mit den Mitgliedern gemeinsam die Werte neu zu formulieren und zu interpretieren, und einen Grundstein für die Weiterbearbeitung einzelner Themen zu legen. So erhofft sich die ABZ, die Mitglieder zu aktivieren und ihre Mitverantwortung zu stärken. (ABZ, 2010b, S. 2)

Die Umsetzung des „Werteprozess“ erfolgte mittels verschiedener Workshops. Der Vorstand und die Geschäftsleitung, das Personal und eine durchmischte Gruppe von 70 Bewohnenden diskutierten je einen Tag gemeinsam über ihr Verständnis der Werte der ABZ. Eine Arbeitsgruppe hat die Resultate aus den Diskussionen zusammengestellt und in fünf Oberthemen gegliedert. Sie hat ein Wertepapier erstellt, welches an alle ABZ-Mitglieder versandt wurde. Die Genossenschafter/innen konnten Rückmeldungen geben, ob das Wertepapier ihren Vorstellungen entsprach. Diese Rückmeldungen waren meist positiv, und die antwortenden Genossenschafter/innen bestätigten die Wichtigkeit der im Wertepapier geäußerten Themen. Um die Nachhaltigkeit des „Werteprozess“ sicherzustellen, plant die ABZ jetzt konkrete Projekte umzusetzen, die in den Workshops vorgeschlagen wurden. (ABZ, 2010b, S. 2)

6.2.2 Resultate

In den Resultaten des „Werteprozess“ kamen verschiedene Aspekte des genossenschaftlichen Zusammenlebens zur Sprache. Davon werden hier nur die sozialen Aspekte bearbeitet, und diese wurden zur Vereinfachung der Weiterbehandlung in zwei Oberthemen gegliedert. Die Herausforderungen wurden im „Werteprozess“ positiv formuliert, im Hinblick darauf, was in Zukunft erreicht werden soll. In der Zusammenfassung der ABZ wurden zum Teil schon Vorschläge für Massnahmen zur Erreichung der Ziele formuliert.

Sozialer Zusammenhalt

Als eines von vier Hauptanliegen formuliert die ABZ den Übertitel „Solidarität, soziale Integration und Gleichbehandlung“. Darunter fallen Nennungen wie eine gute soziale und kulturelle Durchmischung, Förderung und Etablierung generationenübergreifender Wohnformen und Projekte, Förderung von Haus- und Wohngemeinschaften, Integration der Bewohnenden mit Migrationshintergrund, gegenseitiger Respekt, Toleranz und Wertschätzung. Weiter wünschen sich die Genossenschafter/innen die Förderung einer konstruktiven Dialog- und Konfliktkultur, Pflege einer attraktiven Siedlungskultur und selbstverantwortliches Verhalten. Auf der methodischen Ebene werden Deutschkurse, Integrationspatenschaften, generationenübergreifende Nachbarschaftshilfe, aktive Kulturvermittlung sowie Einführungskurse für neue Mitglieder, bei denen genossenschaftliche Werte, Rechte und Pflichten thematisiert werden, genannt. (ABZ, 2010b, S. 3-5)

Partizipation

Ein zweites Hauptanliegen der Genossenschafter/innen fasst die ABZ zusammen unter dem Thema „Mitverantwortung und Partizipation“. Genannt wurden Partizipationsmöglichkeiten und die Optimierung der Mitwirkungsgefäße, transparenter Informationsfluss und Kommunikation, bedürfnisgerechte partizipative Gestaltung von Begegnungsräumen, Mitbestimmung bei Aussenraumgestaltung, Einbezug aller Interessengruppen sowie Übernahme von Verantwortung. Die Genossenschafter/innen würden dazu kulturelle Anlässe zu Förderung von Begegnung und Austausch (z.B. Hausapéros) und Nachbarschaftshilfe organisieren. Von der Führung wünschen sie sich den Einbezug der Mitglieder bei der Planung und Umsetzung von gemeinschaftlich nutzbaren Räumen und Flächen und dass genügend Zeit für solche sozialen Prozesse zur Verfügung steht. (ibid., S. 3-5)

6.3 Fazit

In einer Erhebung des BWO nannten die Genossenschaften Themen der Partizipation und des freiwilligen Engagements als hauptsächliche Problembereiche. Der SVW nennt als Herausforderungen Integration, soziale Durchmischung und Nutzungsvielfalt. Weiter werden Probleme in den Bereichen Gemeinschaftsförderung, (Ausländer-)Integration, Nachbarschaftshilfe und Solidarität zwischen den Generationen genannt. Die Erneuerungsplanung der ABZ war der Auslöser für einen „Werteprozess“, der eine neue Verankerung des Genossenschaftsbewusstseins zum Ziel hat. Dafür wurden mit den Genossenschafter/innen Workshops durchgeführt, um gemeinsam über die Werte und Vorstellungen genossenschaftlichen Zusammenlebens zu diskutieren. Die Resultate des „Werteprozess“ im sozialen Bereich können unter den Stichworten Solidarität, sozialer Zusammenhalt und Partizipation zusammengefasst werden.

Diese Herausforderungen beschäftigen nicht nur die Genossenschaften, sie sind auch gesamtgesellschaftliche Herausforderungen, die sich aufgrund der Veränderungen durch den Sozialen Wandel stellen. Durch die Strukturen der Genossenschaften fallen solche Veränderungen im Zusammenleben jedoch schneller auf, da diese Faktoren für das Funktionieren der Genossenschaften zentral sind. Deshalb ist es notwendig, dass die erkannten Herausforderungen bearbeitet werden. Damit sie adäquat bearbeitet werden können, müssen die Hintergründe der Herausforderungen bekannt sein. Diese werden im nächsten Kapitel vertieft erläutert.

7. Vertiefung der Herausforderungen und Folgerungen für die Bearbeitung

In Kapitel 6 wurden die Herausforderungen des Wandels aus Sicht der Genossenschaften benannt. Dies sind einerseits der fehlende Zusammenhalt, die fehlende Solidarität innerhalb der Genossenschaften und andererseits das sinkende Engagement der Bewohnenden. Beide Herausforderungen lassen sich auch als Tendenz in der Gesellschaft erkennen. In diesem Kapitel werden zuerst die Begrifflichkeiten näher erläutert. Danach wird aufgezeigt, wie sich der soziale Zusammenhalt und die Beteiligung der Menschen in der Schweiz durch den Wandel verändert haben und welche Schlüsse daraus für die Bearbeitung der Herausforderungen in den Genossenschaften gezogen werden können.

7.1 Soziale Kohäsion und Solidarität

Eine durch den Sozialen Wandel entstandene Herausforderung ist die sinkende Soziale Kohäsion sowie die sinkende Solidarität unter den Genossenschafter/innen. In Kapitel 4.4 wurde der Begriff Soziale Kohäsion bereits im Zusammenhang mit dem Zusammenhalt in den Zürcher Quartieren eingeführt. Zwei Aspekte sind laut Joseph Chan (2006) für die Soziale Kohäsion in einer Gesellschaft zentral. Erstens muss das Vertrauen der Mitglieder einer Gesellschaft in ihr Umfeld vorhanden sein und zweitens benötigt es ein Gefühl von Zugehörigkeit zur Gesellschaft; die Menschen müssen sich mit ihrem Umfeld identifizieren können. (zit. in Müller, 2008, S. 7) Robert Sampson (1997) bricht diese Definition auf die Quartierebene herunter und beschreibt Soziale Kohäsion als das Vorhandensein von Solidarität unter Nachbarn (zit. in Müller, 2008, S. 7). Solidarisches Handeln ist also eine wichtige Grundlage Sozialer Kohäsion.

Was versteht man genau unter dem Begriff Solidarität? Friedrich Fürstenberg betont die Gegenseitigkeit von Solidarität: „Solidarität kann als wechselseitige Hilfsbereitschaft auf der Grundlage eines Zusammengehörigkeitsgefühls definiert werden“ (2003, S. 103). Er beschreibt, dass dieses Zusammengehörigkeitsgefühl dann entstehen kann, wenn die Individuen einer Gruppe gleiche oder ähnliche Herausforderungen zu bewältigen haben und sich dabei gegenseitig stützen und stärken (ibid., S. 103-104). Andere Autoren sehen nicht zwingend die Gleichheit der Lage als Grundlage von solidarischem Handeln. Andreas Wildt (1996) nennt folgende Verpflichtung: „Menschen, deren Lage man nicht teilt, dennoch bei der Verwirklichung derselben Chancen, Rechte und Ziele zu unterstützen, die man selbst genießt bzw. als wertvoll erachtet“ (zit. in Rainer Zoll, 2000, S. 17). Es soll trotz Ungleichheit eine Verbundenheit und dadurch eine Solidarität angestrebt werden. Weshalb aber benötigt die Gesellschaft das Vorhandensein von Sozialer Kohäsion und wieso müssen die Menschen gemeinschaftsfähig sein? Diese Frage wird im folgenden Abschnitt vertieft behandelt.

7.1.1 Relevanz von Kohäsion und Solidarität

In Kapitel 5 wurde gezeigt, dass Solidarität einen der Grundpfeiler der Genossenschaftsidee darstellt. Auch für die Gesellschaft ist Solidarität und der Zusammenhalt unter den Menschen wichtig. Um existieren zu können, ist der Mensch auf soziale Kontakte angewiesen.

Er braucht die Gemeinschaft, denn nur im Austausch mit anderen Menschen erhält er Unterstützung, Anerkennung und Orientierung. Soziale Beziehungen und die Gemeinschaftsorientierung sind also existentiell für den Menschen. (Bertelsmann Stiftung, 2002, S. 26) Die Kriterien des Zugehörigkeitsgefühls zur Gemeinschaft, der Orientierung am Wohl der Gemeinschaft sowie der Bereitschaft, sich für diese einzusetzen, müssen erfüllt sein, um eine Person als gemeinschaftsfähig zu bezeichnen (ibid., S. 32-37). Für die Identität eines Individuums ist das Zugehörigkeitsgefühl zu einer Gemeinschaft wichtig. Dies bedeutet aber, sich in einem ständigen Spannungsfeld zu befinden. Einerseits bestehen Ansprüche der Gemeinschaft, sich an deren Interessen zu orientieren und sich einzubinden. Andererseits bestehen auch eigene Interessen, und die individuelle Autonomie soll nicht ganz eingeschränkt werden. Ein gesunder Gemeinsinn kann nur durch eine gute Balance entstehen. (ibid., S. 30) Ist in einer Gesellschaft zu wenig Gemeinsinn vorhanden, besteht für einzelne Individuen das Risiko der sozialen Desintegration, der Exklusion sowie der Vereinsamung der Menschen (vgl. Kapitel 3.3.1).

Der Mensch ist also existentiell auf soziale Bindungen angewiesen; gleichzeitig ist auch die Gesellschaft auf die Gemeinschaftsfähigkeit der Menschen angewiesen. Nur wenn Soziale Kohäsion und Solidarität vorhanden sind, kann das Zusammenleben im Gemeinwesen gelingen und der soziale Frieden gewahrt bleiben.

Für die Gesamtgesellschaft wie auch für die Genossenschaften ist es wichtig, dass die Menschen gemeinschaftsfähig sind. Soziale Kohäsion und Solidarität sind wichtige Voraussetzungen für ein gelingendes Zusammenleben. Die Genossenschaften sind nicht nur als Modell wirtschaftlicher Selbsthilfe entstanden (vgl. Kapitel 5.3); die Idee der solidarischen Gemeinschaft und des gemeinsamen Handelns waren wichtige Aspekte der Gründung. So sind noch heute die beiden Grundsätze der Solidarität und der Selbsthilfe in den Leitbildern der Genossenschaften verankert und somit die Gemeinschaftsförderung, die gegenseitige Hilfe und das solidarische Handeln unter Nachbarn. Für die Umsetzung dieser Grundsätze ist der Gemeinsinn eine wichtige Voraussetzung.

7.1.2 Soziale Kohäsion und Solidarität im Wandel

Verschiedene Autoren zeigen auf, dass sich der soziale Zusammenhalt der Bevölkerung durch den Sozialen Wandel verändert hat. Jean-Claude Gillet zeigt diesen Sachverhalt anhand zahlreicher Daten auf und spricht von einer „Krise der sozialen Bindung“ (1998, S. 242). Als Ursache für den Zerfall des gesellschaftlichen Zusammenhalts nennen Meinhard Miegel und Stefanie Wahl (1994) die Individualisierung und das Streben nach Selbstverwirklichung (vgl. Kapitel 3.3). Der zunehmende Wohlstand in unserer Gesellschaft führt zu einer Unabhängigkeit gegenüber der Gemeinschaft, und es sind vermehrt egoistische Tendenzen festzustellen. (zit. in Junge, 2002, S. 81) Die Autoren gehen also davon aus, dass die zunehmende Individualisierung Auswirkungen auf die Soziale Kohäsion und damit auch auf die Solidarität innerhalb der Gesellschaft hat.

Auch Emile Durkheim (1992) geht der Frage nach, ob sich der Prozess der Individualisierung und die Erzeugung von Solidarität miteinander vereinbaren lassen (zit. in Zoll, 2000, S. 26). Dazu führt er die Unterscheidung zwischen mechanischer und organischer Solidarität, oder alter und neuer Solidarität ein.

Mechanische Solidarität entsteht laut Durkheim aufgrund von Ähnlichkeiten, also ähnlicher sozialer Lage der Menschen und dem Streben nach einer gemeinsamen Idee. So kann zum Beispiel die Arbeitersolidarität als mechanische Solidarität bezeichnet werden, denn sie geht von der Gleichheit der Lage der Arbeiterschaft sowie des gemeinsam angestrebten Ziels aus. Bei dieser Form der Solidarität ist die Gruppe jedoch nur solidarisch mit gleichgesinnten und wirkt dadurch automatisch auch ausschliessend. Zudem müssen individuelle Bedürfnisse dem Kollektiv untergeordnet werden. Der zentrale Ausgangspunkt mechanischer Solidarität ist also die Gleichheit der Menschen. Durch die Ausdifferenzierung der Arbeitsteilung besteht jedoch keine materielle Gleichheit mehr und es entsteht eine zunehmend komplexe Abhängigkeit der Individuen. Dadurch kommt dem solidarischen Handeln in der modernen Zeit eine neue wichtige Bedeutung zu.

Diese neue Form der Solidarität nennt Durkheim organische Solidarität. Sie beruht auf der Differenz der Menschen, hat aber trotzdem das Wohl aller zum Ziel. (ibid, S. 28-82) Der Soziale Wandel verändert also die Form der Solidarität. Der Begriff Solidarität muss neu interpretiert werden.

Laut Rainer Zoll darf Individualisierung nicht nur mit dem Verlust von Sozialen Bindungen gleichgesetzt werden, sondern muss auch als Gewinn von Handlungsoptionen verstanden werden. Sie bringt gegenüber den früheren Zwangsbindungen eine neue, freie Wahl der Beziehungen mit sich. (2000, S. 170) Die Entwicklung der Solidarität kann also auch optimistisch betrachtet werden; es findet nicht ein Rückgang der Solidarität statt, sondern eine Verschiebung. Heiner Keupp (1997) spricht von einem „Formwandel sozialer Beziehungen, von einem Strukturwandel der Solidarität. Es entsteht ein neuer Typus von Solidarität, die freiwillig erbracht wird und im Vergleich zu der traditionellen Form zwangloser, vielseitiger, zeitlich und sachlich eingegrenzt und beweglicher ist“ (zit. in Zoll, 2000, S. 170). Die Solidarität verschiebt sich also hin von einer übergreifenden Solidarität von Gleichgesinnten, zu einer kleinräumigen, situationsabhängigen Solidarität, bei welcher nicht zwingend gleiche Herausforderungen bestehen müssen, sondern in welcher auch Personen mit unterschiedlichen Hintergründen füreinander einstehen können. Nur wenn Solidarität direkt erfahrbar wird, kann sie wirklich sinnstiftend sein. (Zoll, 2000, S. 172) Gerade junge Menschen unterstützen sich vermehrt bei der Bewältigung von Alltagsproblemen und entwickeln neue Formen von Alltagssolidarität.

In der Praxis birgt diese neue Solidarität auch Herausforderungen. Dieter Filsinger nennt diese neue Solidarität „Solidarität unter Fremden“ und beschreibt, dass diese weitaus anspruchsvoller ist als das solidarische Handeln unter Freunden (2000, S. 67).

Die durch den Sozialen Wandel gestiegene Migration der Bevölkerung (vgl. Kapitel 3.2.3) verstärkt dieses Gefühl des „sich fremd seins“ zusätzlich. Laut Walter Pahl kann die verstärkte ethnische Differenz auf lokaler Ebene zu Spannungen in der Nachbarschaft führen und soziale Ausgrenzung zur Folge haben (2001, S. 244). Solidaritätsnetzwerke über die Grenzen des kulturellen, sozialen und ethnischen hinweg sind erstrebenswert, deren Umsetzung jedoch nicht einfach. Dass Quartiere mit starker kultureller Heterogenität weniger kohäsiv sind, wurde bereits in Kapitel 4.4 gezeigt. Gründe dafür sind jedoch nicht nur die kulturelle Heterogenität der Quartierbevölkerung, sondern auch die sozioökonomischen Ressourcen (Müller, 2008, S. 47). Es wäre also zu kurz gegriffen, den Faktor

der kulturellen Heterogenität als ausschlaggebend für den sozialen Zusammenhalt zu benennen. Grundsätzlich kann gesagt werden, dass die zunehmende Heterogenität der Gesellschaft zwar eine Herausforderung für die Soziale Kohäsion darstellt. Diese kann aber durch die Erweiterung der Vorstellung von einer Gemeinschaft, die auf Differenz basiert, überwunden werden. Wenn auch Personen mit unterschiedlichen Hintergründen füreinander eintreten, kann eine gelungene neue Solidarität gelebt werden. Wie genau soll nun aber diese neue, organische Solidarität in den Genossenschaften umgesetzt werden und wie kann die Soziale Kohäsion gestärkt werden? Dieser Frage wird im folgenden Kapitel nachgegangen.

7.1.3 Förderung der Sozialen Kohäsion durch neue Solidarität

Durch den Sozialen Wandel kann eine Lockerung der sozialen Bindungen sowie eine Verschiebung der Solidarität festgestellt werden. Diese Veränderungen in der Gesellschaft müssen aktiv angegangen werden. Junge nennt dies die „Suche nach Formen, die den sozialen Kitt reproduzieren können“ und beschreibt dazu Lösungsansätze wie die Entwicklung eines positiven Gemeinschaftsgefühls und den Aufbau neuer Gemeinschaften (2002, S. 85). Es benötigt also verstärkte Formen, die den Zusammenhalt in der Gesellschaft fördern.

Dazu ist der Aufbau von Vertrauen eine wichtige Grundvoraussetzung. Einerseits muss das Vertrauen in die eigenen Kompetenzen gestärkt werden, also der Aufbau von Selbstvertrauen. Gleichzeitig braucht es auch ein Vertrauen in die Umwelt. (Pasqualina Perrig-Chiello, 2004, S. 150)

Zudem ist es gerade bei einem heterogenen Umfeld wichtig, andere Lebenswelten kennen zu lernen und die Diversität der Menschen anzuerkennen. Filsinger sagt dazu: „Es geht darum unter Anerkennung von Differenz (...) Kooperation herzustellen“ (2000, S. 66). Die bestehende Differenz der einzelnen Individuen und Gruppen muss zuerst aktiv erkannt und sichtbar gemacht werden, um ein Verständnis für das Gegenüber zu entwickeln. Nur so kann die neue, organische Solidarität gefördert werden.

Solidarität muss auf lokaler Ebene zum Tragen kommen, denn dort wird sie direkt erfahrbar. Deshalb ist eine weitere Komponente zur Förderung der Sozialen Kohäsion die Stärkung von lokalen und informellen Netzwerken. So nennt Eckart Pankoke in seiner Arbeit „Netzwerke und Lernprozesse“ das Vorhandensein von sozialen Netzen und Netzwerkkompetenzen als lebensnotwendig für den modernen Menschen. Soziale Netze müssen jedoch zunehmend „künstlich“ verknüpft und vermittelt werden. (2003, S. 84-85) Es ist wichtig, dass Solidarität kleinräumig stattfindet, also auf Gemeinde-, Quartier- oder Siedlungsebene, denn dort begegnen sich die Menschen und können Netzwerke aufbauen und sich mittels gemeinsamer Aktivitäten mit einer Gemeinschaft identifizieren.

Es ist naheliegend, dass sich die Herausforderungen in Bezug auf die Soziale Kohäsion und die Solidarität der Gesamtgesellschaft auch in den Genossenschaften abzeichnen. Besonders wenn man beachtet, dass Genossenschaften auf dem Verständnis der mechanischen Solidarität gegründet wurden und aufgrund des Sozialen Wandels nun eine neue, organische Solidarität gefragt wäre. Die Genossenschaften weisen eine stark

heterogene Bewohnerschaft auf, und dies nicht nur in Bezug auf die unterschiedlichen Ethnien und Kulturen, sondern auch in Bezug auf Alter, Haushaltsformen und Identifikationsniveau. Es treffen verschiedene Generationen, „Alteingesessene“ und „Neuzugezogene“ aufeinander.

Gleichzeitig bieten die Genossenschaften zahlreiche Chancen, dem Sozialen Wandel und den damit verbundenen Herausforderungen zu begegnen. So ist zum Beispiel die Durchschnittswohndauer der Genossenschafter/innen höher als die von normalen Mietenden. Dies ermöglicht eine Beständigkeit der Siedlungszusammensetzung. Dadurch kann ein Verständnis für das Gegenüber entwickelt werden, was wiederum die Identifikation mit dem Umfeld stärkt. Auch die bereits bestehenden Strukturen innerhalb der Genossenschaften sind eine gute Voraussetzung, um den Herausforderungen des Wandels aktiv begegnen zu können. Da Genossenschaften stark auf die Solidarität der Mitglieder angewiesen sind, müssen die benannten Herausforderungen angegangen werden.

7.2 Demokratisierung, zivilgesellschaftliches Engagement und Partizipation

Die zweite, durch die Genossenschaften benannte Herausforderung, ist das sinkende Engagement der Genossenschafter/innen. Die Förderung der aktiven Mitarbeit und Mitbestimmung in unserer Gesellschaft kann unter dem Begriff Demokratisierung zusammengefasst werden. So sagt Fritz Vilmar (1973): „Demokratisierung ist (...) der Inbegriff aller Aktivitäten, deren Ziel es ist, autoritäre Herrschaftsstrukturen zu ersetzen durch Formen der Herrschaftskontrolle von „unten“, der gesellschaftlichen Mitbestimmung, Kooperation und - wo immer möglich - durch freie Selbstbestimmung“ (zit. in Heinz Moser, Emanuel Müller, Heinz Wettstein & Alex Willener, 1999, S. 114). Demokratisierung bedeutet also die Befähigung der Menschen, an der Gestaltung der Gesellschaft teilzuhaben und mitbestimmen zu können.

Diese Mitbestimmung setzt ein Engagement der Menschen voraus, sogenannte bürgerschaftliches Engagement, in der Schweiz eher bekannt unter zivilgesellschaftlichem Engagement, Milizarbeit oder Freiwilligenarbeit. Im weiteren Verlauf dieses Textes werden diese Begriffe synonym verwendet, obwohl es in der Theorie eine vielfältige und differenzierende Verwendung dieser Begriffe gibt.

(Bundesamt für Statistik [BFS], 2004, S. 19) Öffentliches und unbezahltes Engagement beinhaltet laut dem Bundesamt für Statistik folgende Tätigkeiten: „klassische und neue Formen des sozialen Engagements, der gemeinschaftsorientierten Eigenarbeit (z.B. Nachbarschaftshilfe, Genossenschaften), der gemeinschaftlichen Selbsthilfe und anderer gemeinschaftsbezogener Aktivitäten (z.B. Sportverein), politische Beteiligung“ (2004, S. 17). In der Schweiz kommt dem Milizgedanke ein hoher Stellenwert zu; so setzten sich zur Zeit rund 1.5 Millionen Menschen unentgeltlich für die Gemeinschaft ein. (BFS, 2008, S. 4) Dieses Engagement wird differenziert in Freiwilligen-, sowie Haus- und Familienarbeit. Zusätzlich wird unterschieden zwischen formeller und informeller Freiwilligenarbeit. Unter formeller Freiwilligenarbeit versteht man die unentgeltliche Tätigkeit für einen Verein, eine Organisation oder die Übernahme eines Amtes. Informelle Freiwilligenarbeit wird spontan und unorganisiert zugunsten eines Gegenübers geleistet, so zum Beispiel die unentgeltliche Nachbarschaftshilfe. (BFS, 2004, S. 8)

Nun stellt sich die Frage, weshalb die Demokratisierung der Gesellschaft, also die aktive Teilhabe und Mitbestimmung der Bevölkerung, so wichtig ist. Dieser Frage wird im folgenden Abschnitt vertieft nachgegangen.

7.2.1 Relevanz von Demokratisierung und Beteiligung für Gesellschaft und Genossenschaften

Bereits in den Bedürfnistheorien von Adam H. Maslow (1977) und Ronald Inglehart (1989) werden Selbstverwirklichung und Demokratie als die zentralen Bedürfnisse des modernen Menschen benannt. (zit. in Konrad Maier & Peter Sommerfeld, 2005, S. 68) Auch Maier und Sommerfeld betonen, dass die Mitwirkung und Mitbestimmung der Bewohnenden in einem Gemeinwesen mittlerweile von vielen Akteuren als wichtig angesehen wird (2005, S. 68).

Die Sachlagen der Politik werden durch die zunehmende internationale Verflechtung der politischen Entscheidungen immer komplexer. Dadurch haben die Nationalstaaten weniger Macht, und damit sinkt auch die Chance der Mitwirkung der Bevölkerung auf staatlicher Ebene. (Maier & Sommerfeld, 2005, S. 69) Laut Amitai Etzioni (1993) kann davon ausgegangen werden, dass mittels der staatlich verfassten Demokratie das Bedürfnis der Gesellschaft nach Mitbestimmung nicht genügend befriedigt werden kann und dass dafür zusätzliche Gefässe benötigt werden (zit. in Maier und Sommerfeld, 2005, S. 69). Aus diesem Grund nimmt die lokale Mitbestimmung, welche überschaubarer ist, eine zunehmend wichtige Bedeutung ein.

Es ist also wichtig, dass sich die Zivilgesellschaft in Vereinigungen, Gruppen oder Organisationen zusammenfindet, um ihre Meinung kund zu tun. Ludgera Vogt nennt die Artikulation der Problemlagen und Bedürfnisse der Gesellschaft nach Aussen als eine der zentralen Aufgaben zivilgesellschaftlicher Vereinigungen und Bewegungen. So können Themen benannt und im politischen Diskurs wahrgenommen werden, welche die Bevölkerung beschäftigen. (2005, S. 99) Das freiwillige Engagement bietet also zahlreiche Lernfelder, um sich politische Kompetenzen anzueignen. Die erworbenen Ressourcen können dann in andere Lebensbereiche transferiert werden.

Wie aufgezeigt wurde, kann die Demokratisierung der Menschen durch die Unterstützung von zivilgesellschaftlichem Engagement gefördert werden. Dieser Form der Partizipation können weitere wichtige Funktionen zugewiesen werden. René Schaffhauser (1978) nennt als erstes die Förderung der Integration der einzelnen Individuen in die Gesellschaft. Als zweites führt er die Selbstbestimmungsfunktion mit dem Ziel der Vergrößerung der Gleichheit unter den Menschen an. Als dritte Funktion nennt er die Innovationsfunktion von Partizipation, also die inhaltliche Qualitätsverbesserung von Entscheidungen durch die aktive Mitwirkung der Bevölkerung. (zit. in Moser et al., 1999, S. 113) Maria Lüttringhaus führt aus, dass durch Partizipation die soziale Gemeinschaftsbildung, also das kollektive Handeln der Menschen sowie der Auf- und Ausbau von Beziehungen, wie zum Beispiel in der Nachbarschaft, unterstützt wird. Zudem stärkt Partizipation das Selbstvertrauen der Menschen in ihre eigenen Fähigkeiten und wirkt identitätsbildend. (2000, S. 218-219) Die Partizipation von Gruppen und Individuen auf lokaler Ebene fördert also die Soziale Kohäsion und bildet somit die

Grundlage für das Gelingen eines Gemeinwesens. Damit ist die Demokratisierung der Gesellschaft eine wichtige Voraussetzung für das Funktionieren des demokratischen Systems der Schweiz.

Die Genossenschaften nennen das sinkende Engagement sowie die sinkende Beteiligung unter den Mitgliedern als Problem. Wie auch für die Gesamtgesellschaft ist es für die Genossenschaften wichtig, dass die Bewohnenden aktiv partizipieren. Denn wie in Kapitel 5.3 beschrieben, nennen die Genossenschaften die Mitbestimmung ihrer Mitglieder als eines ihrer wichtigsten Ziele. Die Genossenschaften entstanden als Gegenbewegung zur zunehmenden Abhängigkeit von Boden- und Immobilienbesitzer/innen und Spekulant/innen. Die Form des Zusammenschlusses in Genossenschaften gab den Mitgliedern die Möglichkeit, auf ihre Wohnsituation Einfluss zu nehmen und ein Mitspracherecht zu erlangen. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung sind wichtige Grundsätze des genossenschaftlichen Wohnens. Die Genossenschaft gibt den Mitgliedern Sicherheit in Bezug auf den Wohnungsmarkt und die tiefen Mietzinse. Sie stützt sich jedoch im Gegenzug auf das Engagement der Genossenschafter/innen. Es ist wichtig, dass möglichst viele Mitglieder Verantwortung übernehmen und die bestehenden Gefässe zur Mitbestimmung wie den Vorstand, die Generalversammlungen oder die Siedlungskommissionen wahrnehmen. Nur dann können Genossenschaften weiter bestehen.

7.2.2 Zivilgesellschaftliches Engagement im Wandel

Durch den Sozialen Wandel befindet sich auch das zivilgesellschaftliche Engagement im Wandel. Von verschiedenen Autoren wird in Verbindung mit der Abnahme der Solidarität und dem Vertrauen in die Gesellschaft auch von einer Krise des zivilgesellschaftlichen Engagements gesprochen. So sagt Gillet: „Der Niedergang der Solidarität wird auch begleitet von einer Krise der Partizipation“ (1998, S. 307). Die Ursache dieser Krise sieht Gisela Jakob (1993) in der Individualisierung und dem damit verbundenen zunehmenden Egoismus in der Gesellschaft (zit. in Eva Nadai, 1996, S. 65).

Besonders bei der Wahlbeteiligung, der Anzahl Parteimitglieder sowie dem Engagement in den Gewerkschaften ist ein Rückgang zu verzeichnen. Als Grund für diese Abnahme der Beteiligung wird ein Rückgang des Vertrauens in die moderne Gesellschaft genannt. (Bertelsmann Stiftung, 2002, S. 10) Die Zahlen zur Freiwilligenarbeit in der Schweiz zeigen vor allem einen Rückgang der institutionalisierten Freiwilligenarbeit. Gleichzeitig lässt sich jedoch eine leichte Zunahme bei der Beteiligung in Interessensvereinigungen feststellen (BFS, 2008, S. 9). Positive Entwicklungen im Bereich des zivilgesellschaftlichen Engagements sind beim Anstieg der informellen Freiwilligenarbeit und der steigende Anzahl der Freiwilligenagenturen auszumachen (Bertelsmann Stiftung, 2002, S. 10).

Das freiwillige Engagement sowie die Partizipation erleben einen Struktur- und Motivationswandel (Nadai, 1996, S. 12). Heiner Meulemann (1998) weist darauf hin, dass sich individualistische und gemeinschaftliche Werte nicht zwingend ausschliessen (zit. in Bertelsmann Stiftung, 2002, S. 19). Neben der Individualisierung steht die Selbstbestimmung vermehrt im Mittelpunkt, und gerade durch Beteiligung kann der Mensch verstärkt Subjekt des eigenen Handelns sein. So meint Helmut Klages (2000): „Der Wunsch nach Selbstentfaltung stärkt Bereitschaft zum Engagement“ (zit. in Bertelsmann Stiftung, 2002, S. 19).

Die Ausführungen zeigen also, dass eine Verschiebung des freiwilligen Engagements stattgefunden hat. Gillet spricht von einem neuen Typ von Ehrenamtlichen, welcher sich vor allem in informellen Netzwerken organisiert. Dies äussert sich zum Beispiel als Nachbarschaftssolidarität. (1998, S. 311) Gefragt sind also vermehrt informelle Strukturen. So stellt Wolfgang Vorkamp die berechnete Frage, ob die politische Organisation in Vereinen überhaupt noch zeitgemäss ist. Denn durch ihre Form haben Vereine einen ausschliessenden Charakter. Die Mitglieder bewegen sich in ähnlichen Milieus und reproduzieren ihre eigene Vereinskultur. Die neuen Sozialen Bewegungen, offenen Projekte und Bürgerinitiativen artikulieren vermehrt einen politischen Partizipationsanspruch und versuchen durch ihre Form auch eine Durchmischung der sozialen Milieus und Kulturen zu erreichen. (2008, S. 129-130) Für die neue Form der Partizipation müssen die Strukturen angepasst werden. Es benötigt neue Kanäle und Möglichkeiten zur Partizipation. Gefragt sind kurzfristige und weniger verbindliche Engagementsformen. Der bereits beschriebene Wandel in der Politik führt zu einer Veränderung des Verständnisses von politischem Handeln. Laut Junge sind vermehrt Formen der sogenannten Subpolitik zu beobachten. Die Menschen handeln aus den bestehenden Lebenslagen und aus eigenem Interesse heraus. (2002, S. 110)

Die Ausführungen zeigen, dass in gewissen Bereichen ein Rückgang des zivilgesellschaftlichen Engagements feststellbar ist, jedoch ein zunehmendes Interesse an informellem, kurzfristigem und themenspezifischem Engagement besteht. Es ist viel ungenutztes Potential vorhanden. Um dieses auszuschöpfen, müssen jedoch die Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement den Bedürfnissen der Menschen angepasst werden.

So weist Lüttringhaus zum Beispiel darauf hin, dass die ökonomische Lage sowie der Bildungsgrad eine wichtige Variable für die Aktionsbereitschaft der Menschen darstellt (2007, S. 69). Menschen mit weniger finanziellen Ressourcen haben oft auch weniger Zeit, sich ehrenamtlich zu engagieren. Zudem sind bildungsfernere Personen weniger geübt in Mitsprache und Mitwirkungsprozessen. Der Zugang zu Partizipationsgefässen fällt also nicht allen Menschen leicht. Personen mit einem tiefen sozioökonomischen Status benötigen zusätzliche Unterstützung, um ihre Interessen artikulieren zu können. Findet jedoch Partizipation statt, so trägt dies einerseits zur Stärkung der Handlungsfähigkeit der einzelnen Individuen bei und stärkt gleichzeitig auch die Sozialen Kohäsion und Solidarität in einer Gruppe.

In den Genossenschaften wohnt durch die tiefen Mietpreise eine grosse Anzahl von Personen mit tiefem sozioökonomischen Status, was das Finden von Personen, welche sich freiwillig engagieren, zusätzlich erschwert.

Wie nun diese neuen Formen von Teilhabe und Beteiligung gefördert werden können und welche Methoden und Gefässe sich als Lernfelder für Engagement eignen, wird im folgenden Abschnitt näher erläutert.

7.23 Stärkung der Identifikation durch neue Beteiligungsformen

Wie bereits beschrieben, kann Partizipation einerseits als Ziel definiert werden, als Erweiterung der Demokratie; Partizipation ist zugleich aber auch als Methode einsetzbar. Sie kann in offener, parlamentarischer oder projektorientierter Form stattfinden. (Moser et al., 1999, S. 115-116)

Durch den Wandel des zivilgesellschaftlichen Engagements muss vor allem den offenen und projektorientierten Formen von Partizipation vermehrt Bedeutung zugemessen werden. Durch den Wandel hin zu einem Engagement aus dem Motiv der Betroffenheit und der eigenen Interessensvertretung soll vor allem beim lokalen Engagement angesetzt werden. So sagt auch Filsinger: „Die Idee der Bürger-/Zivilgesellschaft muss sich in erster Linie im lokalen Raum als mittlere Aggregatebene von Vergesellschaftung bewähren. Gesamtgesellschaftliche Wirkungszusammenhänge werden – etwa in Form von Prozessen sozialer Desintegration, Segregation bzw. sozialen Problemen – im Raum sichtbar und sind dort zu bearbeiten“. (2000, S. 60) Annette Hug nennt das Anknüpfen von Partizipation an den alltäglichen, lokalen Begebenheiten der Menschen die „Praxis der alltäglichen Demokratie“. Dadurch, dass auf lokaler Ebene Beziehungen geschaffen werden, können sich die Menschen in Gruppen organisieren und aktiv an der Gestaltung ihres Umfeldes mitwirken. (2010, S. 8) Dieses gemeinsame Engagement auf lokaler Ebene fördert die Identifikation mit dem Umfeld sowie die Gemeinschaftsentwicklung unter den Bewohnenden. Hug betont, dass Orte, Momente und Gruppen geschaffen werden müssen, in welchen die Menschen partizipieren und dadurch erleben können, dass Mitwirkung eine Wirkung hat. (2010, S. 7)

Es ist also wichtig, dass Partizipation im Kleinen beginnt und gefördert wird. Die lokalen Lernfelder können als niederschwelliger Zugang genutzt werden, denn dort kann durch Begegnung Engagement entstehen, und es besteht die Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung des Umfelds. Die Formen des freiwilligen Engagements müssen angepasst werden. Siegfried Hörrmann nennt als Bedingungen für bürgerschaftliches Engagement einerseits die Bedeutung des Nutzens für die engagierte Person. Das freiwillige Engagement muss sich für die Beteiligten zumindest teilweise lohnen und auf ihre Bedürfnisse abgestimmt sein. Andererseits betont er den Wunsch der Ehrenamtlichen, Verantwortung zu übernehmen. Gerade weil die Menschen flexibel bleiben und das Engagement nach einer gewissen Zeit wieder beenden wollen, sollen die übernommenen Aufgaben jedoch überschaubar und zeitlich begrenzt sein. (1996, S. 116-117)

Manfred Messmer bestätigt, dass Gruppen nicht dazu bewegt werden müssten, sich möglichst langfristig zu treffen. Es soll den Engagierten überlassen werden, eigene Kriterien für ihr Engagement zu entwickeln. So kann eines der Bedürfnisse sein, lediglich situativ, zufällig und ungeplant politisches Engagement zu betreiben. Deshalb fordert er auf, Raum und Möglichkeiten für eigene Ziele zu lassen und diese auch wertzuschätzen. (2004, S. 209) Auch Gillet betont die Verschiebung hin zu punktuellen Engagement, wobei meist eine persönliche Betroffenheit die Motivation für eine aktive Beteiligung darstellt (1998, S. 312).

Durch den Sozialen Wandel sind also vermehrt kurzfristige, nicht zu stark verbindliche Beteiligungsgefäße gefragt, die nicht mit einer Wahl oder einem jahrelangen Engagement verbunden sind. Sie müssen den aktuellen Lebenslagen der Beteiligten entsprechen und den Engagierten Raum für eigene Ziele lassen und Möglichkeiten geben, eigene Fähigkeiten einbringen zu können. Es ist also wichtig, dass die Beteiligungsgefäße den neuen Begebenheiten angepasst werden. Dies bestätigt auch Filsinger: „Für eine Sozialraumentwicklung „von unten“ bedarf es entgegenkommende Strukturen“ (2000, S. 62). Rausch

weist darauf hin, dass abgestufte Mitwirkungs- und Mitbestimmungsformen angeboten werden müssen, damit sich alle Menschen, auch die sozial benachteiligten, engagieren können. (2004, S. 102-103) Die Zugangsschwellen dürfen nicht zu hoch angesiedelt sein, denn nicht alle Menschen besitzen die gleichen Voraussetzungen und Fähigkeiten, um an partizipativen Prozessen teil zu nehmen (vgl. Kapitel 7.2.2).

Die Veränderung des bürgerschaftlichen Engagements zeichnet sich auch in den Genossenschaften ab. Die Genossenschaften haben die Mitbestimmung der Genossenschaftler/innen in ihren Statuten verankert. Sie haben jedoch Schwierigkeiten, Personen aus den Siedlungen zu finden, welche sich aktiv engagieren. Beteiligung und Identifikation bedingen sich gegenseitig. Wenn sich die Leute nicht genügend mit der Genossenschaft und deren Grundsätzen identifizieren, ist es schwierig, freiwilliges Engagement zu erzeugen. Umgekehrt würde die aktive Beteiligung innerhalb der Genossenschaft die Identifikation der einzelnen Individuen mit der Gruppe wieder stärken. So ist es wichtig, dass Räume und Gefässe zur Begegnung vorhanden sind. Aufgrund des Wandels lässt sich ein Trend hin zu informellem und kurzfristigem Engagement erkennen. Dies ist eine wichtige Erkenntnis für das freiwillige Engagement in den Genossenschaften. Nur wenn es genügend niederschwellige Beteiligungsmöglichkeiten gibt, wo Partizipation eingeübt werden kann, finden sich Personen, die bereit sind, ein längerfristiges Amt einzunehmen. Um neues freiwilliges Engagement zu generieren, ist es nun wichtig, Begegnung und damit auch eine Vernetzung unter den Mitgliedern zu ermöglichen.

7.3 Fazit

Die Ausführungen haben gezeigt, dass die Gesellschaft auf die Soziale Kohäsion und Solidarität sowie auf das zivilgesellschaftliche Engagement der Bevölkerung angewiesen ist. Eine Gesellschaft braucht gemeinschaftsfähige und solidarische Individuen, um Desintegration zu verhindern und somit im weiteren Sinne den sozialen Frieden zu sichern. Damit demokratische Systeme funktionieren können, sind diese darauf angewiesen, dass die Menschen sich beteiligen. Zudem hat sich gezeigt, dass sich die lokale Ebene besonders eignet, um das Vertrauen und die Identifikation mit dem Umfeld durch Partizipation zu stärken. Die Genossenschaften wären aufgrund ihrer Zielsetzungen eine Möglichkeit für ein solches lokales Lernfeld, wo Partizipation geübt werden kann. Die bereits bestehenden Strukturen der Genossenschaften können dazu genutzt werden, durch die Stärkung der Sozialen Kohäsion und der Solidarität im Kleinen auch einen Beitrag zum gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt zu leisten. Dadurch kann ein wichtiger Beitrag zur Demokratisierung der Gesellschaft geleistet werden .

Durch den Sozialen Wandel hat eine Verschiebung der Solidarität und eine Veränderung des zivilgesellschaftlichen Engagements stattgefunden. Die neue Solidarität basiert nicht mehr ausschliesslich auf Gleichheit sondern zunehmend auch auf Differenz. Beim zivilgesellschaftlichen Engagement ist eine Verschiebung von formeller zu informeller Beteiligung feststellbar. Zudem stehen nicht mehr die altruistische Motivation im Vordergrund, sondern das Engagement muss zunehmend zur Umsetzung der eigenen

Interessen dienen und einen persönlichen Nutzen hervorbringen. Durch diese Veränderungen stehen die Genossenschaften vor der Herausforderung, ihre Grundwerte zeitgemäss umzusetzen.

Daraus können folgende Schlüsse für die Bearbeitung gezogen werden. Der Begriff der Solidarität muss neu interpretiert werden. Durch die Heterogenität der Bewohnenden muss eine neue Solidarität entstehen, die auf Differenz basiert. Dazu ist es wichtig, dass das Vertrauen unter den Bewohnenden gestärkt und die Entwicklung eines positiven Gemeinschaftsgefühls gefördert wird. Es müssen neue lokale Netzwerke entstehen, in welchen Alltagssolidarität direkt erfahrbar wird. Durch eine höhere Identifikation mit dem Umfeld wird der Zusammenhalt unter den Bewohnenden verstärkt. Wenn sich die Leute mit ihrem Umfeld identifizieren, sind sie auch bereit, sich für die Genossenschaft zu engagieren. Es muss vermehrt möglich sein, sich kurzfristig, themenspezifisch und aus eigenem Interesse heraus für eine Sache innerhalb der Genossenschaft einzusetzen. Durch den grossen Anteil von Personen mit tiefem sozioökonomischem Status innerhalb der Genossenschaften ist es besonders wichtig, dass vermehrt niederschwellige und offene Formen von Partizipation entstehen.

Es ist einerseits für das Bestehen der Genossenschaften, aber auch für die gesamte Gesellschaft und für das Gemeinwesen von Bedeutung, dass diese Herausforderungen bearbeitet werden. Damit diese Bearbeitung nachhaltige Wirkung zeigt, macht es Sinn, dass die Genossenschaften die Unterstützung von Professionellen beziehen. Dazu bietet sich die Soziokulturelle Animation an. Was unter diesem Berufsfeld genau zu verstehen ist, und warum sich dieses für die Bearbeitung der Herausforderungen eignet, wird im folgenden Kapitel erläutert.

8. Profession der Soziokulturelle Animation

Im folgenden Kapitel wird aufgezeigt, durch welche Kernkompetenzen sich die Soziokulturelle Animation auszeichnet, und es wird begründet, warum es Sinn macht, dass die Soziokulturelle Animation die Genossenschaften bei der Bewältigung der Herausforderungen unterstützt.

Die Profession der Soziokulturellen Animation wird in Folge mit SKA abgekürzt.

8.1 Grundlagen

Die SKA ist aus verschiedenen Quellen an verschiedenen Orten gewachsen und verändert sich ständig. So gibt es keine einheitliche, abgeschlossene Definition für dieses Berufsfeld. Es gibt aber einige Grundzüge, die sich in allen Diskussionen durchziehen. (Moser et al., 1999, S. 24)

Joachim Schulze (1993) definiert die SKA wie folgt:

„Für die Soziokultur sind heute nach allgemeinem Verständnis sparten- und generationenübergreifende Aktivitäten mit sozialen Bezügen kennzeichnend, die vorrangig den kommunikativen Prozess fördern sollen. Soziokultur ist geprägt von einer breiten Vielfalt sich überschneidender Kultur-, Bildungs- und Sozialarbeit, die insbesondere auch politisch aktuelle und gesellschaftlich relevante Themen und Probleme umfasst sowie auch gesellschaftskritische Ansätze kennt“. (zit. in Moser et al., 1999, S. 100)

Das heisst also, die SKA bewegt sich stets in verschiedenen Feldern und fungiert zwischen Systemen, Gruppen, Fachrichtungen und Individuen. Sie hat dabei eine intermediäre Funktion und beschränkt sich nicht auf eine bestimmte Zielgruppe. Ausgangspunkt sind aktuelle gesellschaftliche Themen, und im Zentrum stehen kommunikative Prozesse. Was das nun für die soziokulturelle Arbeit genauer heisst, soll in diesem Kapitel verdeutlicht werden.

Moser et al. schreiben der SKA folgende Ziele zu:

- Förderung der Kommunikation und Mitbeteiligung von Einzelnen, Gruppen und Gemeinschaften, Vernetzung als Beitrag zur Integration, Partizipation, Selbstaktivität und Selbstorganisation
- Artikulation von Bedürfnissen und Interessen durch Betroffene, Realisierung von Veränderungen
- Voraussetzungen schaffen für eigenständige soziale, kulturelle und politische Ausdrucksformen
- Konfliktlösung
- Unterstützung und Beratung bei Initiativen und Projekten
- Erschliessung brachliegender soziokultureller Kompetenzen und Ressourcen. (1999, S. 21-23)

Marcel Spierts nennt zusätzlich „die Emanzipation benachteiligter Bevölkerungsgruppen, gekoppelt an die Demokratisierung der Gesellschaft“ als wichtige Zielsetzung der SKA (1998, S. 23). Wie in Kapitel 7.2.3 beschrieben, braucht es für die Demokratisierung der Gesellschaft Lernmöglichkeiten im kleinen Rahmen und im lokalen Umfeld, um Partizipation zu üben. Die SKA kann Unterstützung bieten, um solche Lernmöglichkeiten zu schaffen.

Die SKA handelt in ihrer Arbeit mit folgenden vier Grundhaltungen:

- Bedürfnisorientierung
- Niederschwelligkeit
- Partizipation
- Integraler Ansatz

Unter der Bedürfnisorientierung versteht Spierts die Orientierung der Professionellen an den vorhandenen Ressourcen und Bedürfnissen der Menschen (1998, S. 224-225). Wichtig ist dabei zu berücksichtigen, dass die Bedürfnisorientierung, obwohl ein Grundsatz der SKA, nicht grenzenlos ist. Die SKA hat durchaus eine eigene Haltung und vertritt eigene Werte und Prinzipien, welche sie auch gegenüber ihren Adressatinnen und Adressaten vertritt. (ibid., S. 114) Diese Werte sind auch im Berufskodex festgehalten in der Aufforderung zur Achtung der Würde der Menschen und der Nichtdiskriminierung (AvenirSocial, 2006, S. 2). Ein zweiter Grundsatz der SKA ist die Niederschwelligkeit, die Spierts als einen der zentralen Ausgangspunkte der SKA benennt (1998, S. 113). Damit ist gemeint, dass der Zugang zum gesellschaftlichen Leben und zu soziokulturellen Einrichtungen für alle Bevölkerungsschichten ermöglicht werden soll.

Die SKA verfolgt zudem, wenn immer möglich einen partizipativen Ansatz. Gillet nennt die Partizipation als einen zwingenden Bestandteil der Animation (1998, S. 54). Die SKA stützt sich dazu auf das „Stufenmodell der Partizipation“ nach Lüttringhaus. In diesem Modell nimmt Lüttringhaus eine Abstufung unterschiedlicher Formen von Partizipation vor. Diese aufeinander aufbauenden Stufen gehen von den Fähigkeiten der Adressatinnen und Adressaten aus und müssen bei Projekten stets berücksichtigt werden. (2007, S. 67)

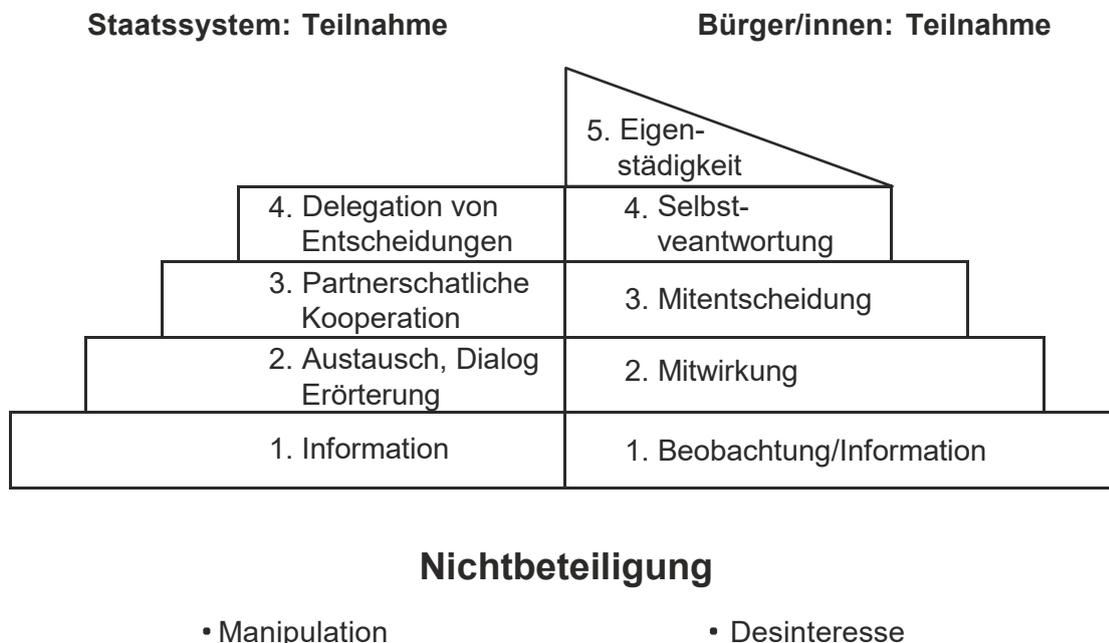


Abb. 5: Stufenmodell der Partizipation (Maria Lüttringhaus, 2007, S. 67)

Ein weiterer, für die SKA charakterisierender Ansatz, ist die integrale Arbeitsweise. Die SKA sieht ihre Tätigkeiten immer im gesamtgesellschaftlichen Kontext und bezieht möglichst alle Akteure und Gegebenheiten in ihre Überlegungen mit ein. Spierts spricht von

der Notwendigkeit des integralen Ansatzes für die soziokulturelle Arbeit. (1998, S. 263) Alle diese Grundhaltungen haben zum Ziel, keine Lösungen von Oben nach Unten zu entwickeln, sondern die Beteiligten selbst zu Betroffenen zu machen, mit dem Ziel, eine nachhaltige Wirkung zu erreichen. Gerade für die Bearbeitung der Herausforderungen innerhalb der Genossenschaften sind diese Grundhaltungen eine wichtige Voraussetzung.

Neben den beschriebenen Grundhaltungen stützt sich die SKA auf das durch Moser et al. entwickelte Modell der vier Interventionspositionen.

Interventionsposition	Mittel	Zweck	Ziel
Animator/Animatorin	beteiligen animieren erleichtern	Aktivierung	Selbsttätigkeit
Konzeptor/Konzeptorin	erforschen	Konzeption Transformation	Selbstvergewisserung
Organisator/ Organisatorin	unterstützen	Produktion und Aktion	Selbstorganisation
Mediator/Mediatorin	vermitteln	Mediation Mediaktion	Selbstständigkeit

Abb. 6: Interventionspositionen (Moser et al., 1999, S. 123)

Die Interventionspositionen können als Haltung verstanden werden, aus welcher heraus die SKA arbeitet. Die Interventionsposition Animator/Animatorin muss für die Arbeit der SKA stets berücksichtigt werden, da sie in allen anderen enthalten ist. Das Ziel dieser Funktion ist es, mittels animieren, beteiligen und erleichtern Aktivierung und somit Selbsttätigkeit zu erreichen.

Für die vorliegende Arbeit ist zudem die Interventionsposition Mediator/Mediatorin, im Sinne der Präventionsfunktion wichtig, um Herausforderungen, die sich durch den Sozialen Wandel ergeben, zu thematisieren. Hier fügen die Autoren das Modell der erweiterten Mediation an, welches zwischen Mediation im engeren Sinne (Konfliktlösung und Vermitteln als Interessensausgleich) und der Mediation im weiteren Sinne (Vermitteln als Problematisieren und als Übersetzen) unterscheidet. Das Ziel der SKA ist es, möglichst früh Mediation im weiteren Sinne vorzunehmen, damit Konflikte gar nicht erst entstehen. (1999, S. 147-152)

Aus der Interventionsposition Organisator/Organisatorin kann die SKA in konkreten Interventionen zum Beispiel mit dem Konsum-Transfermodell nach Gillet arbeiten. Das Konsum-Transfermodell geht davon aus, dass für die Aktivierung der Adressatinnen und Adressaten anfänglich durch die SKA ein niederschwelliger Zugang durch Konsumangebote geschaffen werden muss. So können erste Begegnungen und Kontakte gefördert und eine positive Atmosphäre geschaffen werden. Dadurch entsteht eine Basis, auf welche später zurückgegriffen werden kann, um partizipative Projekte und Interessengruppen aufzubauen und die Leute zu aktivieren. Mit dem Sozialen Wandel werden die

Menschen zunehmend konsumorientiert. Manchmal braucht es ein seitens der SKA initiiertes Konsumangebot, um die Bevölkerung überhaupt zu erreichen. Das Konsumangebot kann als Arrangement betrachtet werden, das zur Herstellung von Kontakten dient. Oft können die Leute erst in späteren Schritten langsam von einer passiven in eine aktive Rolle kommen, wenn ein gewisses Vertrauen aufgebaut ist. (1998, S. 100)

8.2 Positionierung und Abgrenzung zu anderen Disziplinen

Die SKA ist ein Teilgebiet der Sozialen Arbeit und untersteht in der Schweiz wie die anderen Disziplinen der Sozialen Arbeit dem „Berufskodex der Professionellen Sozialer Arbeit“. Dieser basiert unter anderem auf der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der europäischen Sozialcharta und der Schweizerischen Bundesverfassung. In Artikel 12 des Berufskodex ist der Auftrag der Sozialen Arbeit gegenüber Staat und Gesellschaft formuliert: „Die Professionellen der Sozialen Arbeit setzen sich ein (...) für die Teilhabe [aller] an den grundlegenden Ressourcen und Dienstleistungen, deren sie bedürfen, sowie für die Einführung oder Änderung von Massnahmen und Gesetzen im Hinblick auf mehr soziale Gerechtigkeit“ (AvenirSocial, 2006, S. 3). Daraus lässt sich ein Auftrag der Sozialen Arbeit in Bezug auf die Versorgung mit angemessenem Wohnraum und Wohnumfeld ableiten. Die drei Grundlegendokumente des Berufskodex beinhalten alle drei, wie in Kapitel 2.1 erwähnt, ebenfalls das Recht auf angemessenen Wohnraum. Das Wohnen deckt wichtige menschliche soziale Grundbedürfnisse ab. Die Soziale Arbeit ist insbesondere für die Unterstützung der sozioökonomisch schwächeren Bevölkerung in diesem Bereich zuständig, da diese nicht selbst über die nötigen Ressourcen verfügen. Den Wohnraum für diese Bevölkerungsgruppe stellen in der Stadt Zürich Stiftungen, Genossenschaften sowie die Stadt selbst bereit.

In Abgrenzung zu anderen Disziplinen, wie der Sozialarbeit, der Sozialpädagogik und anderen Grundlagenwissenschaften, positioniert sich die SKA vorwiegend im präventiven Bereich. Sie arbeitet mit den Leuten hauptsächlich in deren Freizeit, weshalb sie darauf angewiesen ist, dass die Mitarbeit der Menschen auf freiwilliger Basis geschieht. (Moser et al., 1999, S. 68)

	Sozialarbeit	Sozialpädagogik	Animation
Beziehung zum Zielpublikum	KlientIn, Klientensystem	Zu Erziehender	PartnerIn, BürgerIn
Ausgangspunkt	Soziale Probleme und daraus sich ergebende Defizite	Sozialisationsprobleme und daraus sich ergebende Schwierigkeiten	Sozialer Wandel und daraus sich ergebende Bewältigungsaufgaben
Hauptziel	Defizitausgleich	Lebensfähig machen	Partizipation Selbstorganisation

Abb. 7: Positionierung der Soziokulturellen Animation (Moser et al., 1999, S. 38)

Die SKA sieht sich als Präventionsdisziplin, welche die Menschen und Systeme darin unterstützt, den Sozialen Wandel aktiv mit zu gestalten. Die SKA kann also als die Wandelprofession schlechthin bezeichnet werden und eignet sich deshalb, um gemeinsam mit den Genossenschaften den Herausforderungen des Sozialen Wandels zu begegnen.

8.3 Arbeitsfelder, Fokussierungsgebiete und Funktionen

Diverse Autoren haben der SKA verschiedene Funktionen zugeschrieben. Sie nennen diese zwar unterschiedlich, jedoch enthalten alle ähnliche Grundelemente. Hier wird nur auf die für die vorliegende Arbeit wichtigen Funktionen eingegangen.

Funktion der Kritik und der Solidarität

Die SKA unterstützt die Bevölkerung darin, gesellschaftliche Missstände zu artikulieren und aktiviert somit die Solidarität in der Gesellschaft (Moser et al., 1999, S. 97). Spierts weist auf die neue Notwendigkeit des Aufbaus von Gemeinschaften aufgrund der negativen Folgen der Individualisierung hin (1998, S. 74). Die SKA soll diese Gemeinschaften und soziale Bewegungen aus einer unabhängigen Position unterstützen, um sie an der öffentlichen Debatte zu beteiligen und kollektiv auf die Risiken der Modernisierung hinzuweisen. (ibid., S. 90-91)

Präventionsfunktion

Die SKA erkennt gesellschaftliche Problemlagen früh, kommuniziert sie und leistet Beiträge zu deren Bearbeitung (Moser et al., 1999, S. 97). Wie oben erwähnt, geht die SKA vom Sozialen Wandel aus und unterstützt die Bevölkerung bei der Bewältigung der daraus entstehenden Herausforderungen, um soziale Missstände zu verhindern. Martin Hafen sieht die SKA als Präventionsdisziplin, die dazu beitragen soll, dass die sozialen Probleme gar nicht erst entstehen, welche die Sozialarbeit behandelt. Prävention und Behandlung ergänzen sich dabei gegenseitig, und beide Disziplinen übernehmen automatisch einen Teil der anderen. Die Präventionsfunktion beschränkt sich nicht nur auf Individuen, sie bezieht sich auch auf soziale Systeme wie das Gemeinwesen. (2010, S. 17) Die SKA ist auf die Gestaltung sozialer Systeme ausgerichtet. Sie kann Veränderungen von Strukturen initiieren, um die Systemkultur zu beeinflussen. (ibid., S. 26-28)

Partizipationsfunktion

Indem bestehende Beteiligungsformen aktiviert oder neue kreiert werden, wird Partizipation gefördert. (Moser et al., 1999, S. 97) Dadurch wird die Identifikation mit dem Wohnumfeld erhöht und zusätzliche Ressourcen können mobilisiert werden. Wie in Kapitel 7.2.1 bereits erwähnt, fördert Partizipation die soziale Gemeinschaftsbildung, kollektives Handeln und die gesellschaftliche Integration. Sie stärkt das Selbstvertrauen und fördert somit höherschwellige Partizipation. (Lüttringhaus, 2000, S. 217-219)

Integrationsfunktion

Die SKA ermöglicht die Kommunikation zwischen Individuen, Gruppen und Kulturen (Moser et al., 1999, S. 97). Durch Kommunikation lernen die Beteiligten einander und die Lebenswelt der Anderen kennen. Dies ist wichtig für das gegenseitige Verständnis und Interesse, was wiederum die Integration fördert. Durch Kommunikation kann die Basis für Aktivierung geschaffen werden.

Begegnungsfunktion

Die Begegnungsfunktion dient dazu, Kommunikation, Sicherheit und Zusammengehörigkeit zu fördern (Spierts, 1998, S. 185). Sie entspricht in etwa der Integrationsfunktion nach Müller, welche oben beschrieben wurde. Um die Begegnungsfunktion wahrzunehmen, muss die SKA die richtigen Arrangements herstellen, das heisst, niederschwellige Orte und Möglichkeiten für Begegnung schaffen (ibid., S. 184).

Aktivierungsfunktion

Aus der Begegnungsfunktion folgt die Aktivierungsfunktion, welche zur Förderung gesellschaftlicher Partizipation dient. Mit der Aktivierungsfunktion werden die Adressatinnen und Adressaten dazu motiviert und befähigt, selbst die Initiative zur Verbesserung ihrer Wohn- und Lebenssituation zu ergreifen. Dazu arbeitet die SKA mit Empowerment (Ermächtigung) als Förderung der Selbsthilfe und Selbstorganisation. (Spierts, 1998, S. 55) Bei der Aktivierung der Menschen im Wohnumfeld betont Spierts die Wichtigkeit eines integralen Ansatzes. Das heisst, dass die SKA davon ausgehen muss, dass viele Probleme in der Nachbarschaft und im Quartier eng miteinander verknüpft sind und einander somit beeinflussen. Mit diesem Ansatz kann durch die Arbeit an einer spezifischen Herausforderung im Kleinen, das Zusammenleben im gesamten Quartier positiv beeinflusst und eine positivere Wahrnehmung des Wohnumfelds gefördert werden. (1998, S. 223-225)

Vernetzungsfunktion

Die SKA fördert, unterstützt und begleitet Soziale Netzwerke und fördert den Aufbau neuer Netzwerke (Moser et al., 1999, S. 97). Auch Spierts betont das Netzwerkdenken der Soziokulturellen Arbeit. Dabei geht es einerseits um die eigene Vernetzung, andererseits um die Vernetzung der Adressatinnen und Adressaten untereinander sowie mit anderen Gruppen, Organisationen und Institutionen. Bei den Netzwerken der Adressatinnen und Adressaten untereinander wird zusätzlich zwischen formellen und informellen sowie zwischen zielgerichteten und funktionellen Netzwerken unterschieden. (1998, S. 247-248)

Ressourcenerschliessende Ausgleichsfunktion

Durch Vernetzung der Adressatinnen und Adressaten durch die SKA kann der Zugang zu neuen Ressourcen erschlossen und ein Ressourcenausgleich ermöglicht werden (Moser et al., 1999, S. 97). Damit können neue Formen der Solidarität aktiviert werden (vgl. Kapitel 7.1.3). Die SKA kann somit die individuellen wie auch die kollektiven Ressourcen stärken.

Intermediäre Position

Wolfgang Hinte versteht unter der intermediären Position eine vermittelnde Instanz zwischen verschiedenen Lebenswelten, beziehungsweise zwischen der Lebenswelt der Adressatinnen und Adressaten und dem System. Die intermediäre Position zeichnet sich dadurch aus, dass sie selbst nicht nach Macht strebt, über ausgesprochen gute kommunikative Fähigkeiten verfügt und den Dialog zwischen den Parteien fördert und unterstützt. (2001, S. 156-158)

Moser et al. teilen die Funktionen der SKA verschiedenen gesellschaftlichen Teilsystemen zu, welche Spierts als Fokussierungsgebiete bezeichnet. (1999, S. 96)

Freizeitbereich

Gesellschaftliche Systeme	Fokussierungsgebiete *	Funktionen
Politik	Gemeinwesenaufbau	Partizipative Funktion Funktion der Kritik und Solidarität
Bildung	Erziehung und Bildung	Edukative Funktion Ressourcenerschliessende und Vernetzungsfunktion
Kultur	Kunst & Kultur	Enkultorative Funktion Integrative Funktion Ressourcenerschliessende und Vernetzungsfunktion
Soziales		Präventive Funktion Integrative Funktion
Freizeitbereich	Erholung/Freizeit	Erholungs- und Rekreativfunktion Funktion des Zeitmanagements

(* In der von Marcel Spierts (1998, S. 71) erarbeiteten Matrix werden diese gesellschaftlichen Systeme als «Fokussierungsgebiete» bezeichnet.)

Abb. 8: Funktionen und Fokussierungsgebiete (Moser et al. 1999, S. 96)

Von den Fokussierungsgebieten ist für die vorliegende Arbeit insbesondere der Gemeinwesenaufbau von Bedeutung. Das Gemeinwesen ist ein wichtiges Arbeitsfeld der SKA. So positioniert Spierts die Arbeit der SKA direkt im Wohnumfeld der Menschen, wo sie durch soziokulturelle Einrichtungen möglichst fest in der Nachbarschaft verankert sein sollte, um an dortige Veränderungen und Entwicklungen anzuknüpfen. (1998, S. 113) Er nennt in diesem Zusammenhang auch die Baugenossenschaften als Arbeitsfeld für die SKA (ibid., S. 71).

Fokussierungs- gebiete	Arbeitsweisen/Strategien			
	Begegnung und Auffang	Aktivierung und Personen- vermittlung	Auskunft und Dienstleistung	Koordination und Abstimmung
Gemeinwesen- aufbau	<ul style="list-style-type: none"> • Aufbau von sozialen Netzwerken • Das Erkunden gemeinsamer Interessen 	<ul style="list-style-type: none"> • gesellschaftliche Aktivierung 	<ul style="list-style-type: none"> • Sitzungsräume • Informations- und Beratungsladen • Informationen über das Funktionieren der Lokalverwaltung 	<ul style="list-style-type: none"> • Baugenossen-schaft • Gemeinde • Arbeitsamt • Gesundheits-fürsorge

Abb. 9: Gemeinwesen aufbau (Spierts, 1998, S. 71)

Unter Gemeinwesen aufbau versteht Spierts die Aufgabe der SKA, die Bürger/innen zu unterstützen bei eigenen Initiativen zur Beseitigung von Ungleichheit und Ungerechtigkeit durch die Interessenvertretung und die Unterstützung der Selbstorganisation. Obwohl die Initiative für Veränderungsprozesse möglichst von den Bewohnenden kommen sollte, übernimmt die SKA in diesem Bereich selbst eine aktive Rolle. Sie wartet nicht, bis die Bevölkerung anklopft, sondern macht auch selbst Defizite im Gemeinwesen ausfindig. Dafür braucht es jedoch permanentes Monitoring und langfristigen Kontakt und Beziehungsaufbau zur Bevölkerung. (1998, S. 211- 216)

Die SKA geht davon aus, dass die Gemeinschaften selbst die Ressourcen haben, um ihre Probleme zu lösen. Diese müssen durch die SKA nur noch aktiviert werden. Somit knüpft sie möglichst an bereits bestehende Gemeinschaften und Strukturen an. Die Genossenschaften würden solche Strukturen als Anknüpfungspunkte bieten.

Eine weitere Aufgabe der SKA im Gemeinwesen ist die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements (Maier & Sommerfeld, 2005, S. 36). Als Arbeitsziele der SKA im Gemeinwesen nennt Wil van der Leur (1991) die individuelle Positionsverbesserung. Weiter erwähnt er die Verbesserung der Verhältnisse zwischen Menschen oder Gruppen und zwischen diesen und höheren Instanzen, Betrieben und Einrichtungen. Als drittes Ziel führt er die allgemeine Vergrößerung der Einflussmöglichkeiten der Bevölkerung auf, im Sinne von mehr Entscheidungskompetenzen und Mitspracherecht. (zit. in Spierts, 1998, S. 213) Innerhalb der Genossenschaften könnten die Leute lernen, dieses Mitspracherecht wieder einzufordern und so eine positive Ausstrahlung auf das Quartier zu haben. Die SKA kann sie dazu aktivieren und begleiten.

8.4 Akteure in Zürich

In diesem Kapitel wird aufgezeigt, welche soziokulturellen Institutionen in der Stadt Zürich bereits im Gemeinwesen tätig sind und in ihrer Arbeit mit den genossenschaftlichen Siedlungen in Berührung kommen. Dazu werden hier die wichtigsten soziokulturellen Einrichtungen der Stadt genannt, wobei diese Aufzählung nicht den Anspruch der Vollständigkeit hat. Es sind noch zahlreiche weitere Akteure vorhanden.

Quartierkoordination

Die Quartierkoordination ist eine Einrichtung der Stadt und arbeitet in fünf Stadtteilen, die sich jeweils aus mehreren Kreisen zusammensetzen. Sie versteht sich als Anlaufstelle für die Bevölkerung bezüglich dem Zusammenleben im Quartier. Sie vernetzt sich mit den verschiedenen Akteuren im Quartier und arbeitet nach den Grundsätzen der Gemeinwesenarbeit. Das heisst, die Quartierkoordination versucht die Lebensbedingungen der Bevölkerung, insbesondere sozial benachteiligter Gruppen, zu verbessern. Die Quartierkoordination betreibt unter anderem Siedlungsarbeit. (Stadt Zürich Sozialdepartement, 2010b)

Soziokulturelle Treffpunkte: Gemeinschaftszentren und Quartiertreffs

Neben den privat organisierten Gemeinschaftszentren, welche finanziell von der Stadt unterstützt werden, betreibt die Stadt selbst mehrere Quartiertreffs. Diese soziokulturellen Treffpunkte dienen als Orte der Begegnung und des Austauschs. Sie organisieren zusammen mit der Bevölkerung soziokulturelle Angebote für verschiedene Zielgruppen, die das Zusammenleben und das soziale Netz im Quartier fördern. (Stadt Zürich Sozialdepartement, 2010c)

Zielgruppenspezifische Angebote

Zusätzlich zu den bereits genannten Angeboten unterstützt die Stadt Zürich zielgruppenspezifische Angebote, wie zum Beispiel die OJA (Offene Jugendarbeit Zürich) oder die Spielanimation der Stadt Zürich.

Die OJA ist ein Verein, welcher im Auftrag der Stadt Zürich Leistungen im Bereich von soziokulturellen Einrichtungen wie Angeboten für Jugendliche in den Quartieren erbringt. Sie vernetzt sich mit Schulen, anderen Quartierorganisationen sowie Jugendarbeit von Kirchen, Vereinen oder Verbänden. (OJA, ohne Datum)

Die Spielanimation richtet sich an die Kinder der Stadt Zürich und bietet verschiedene Angebote im Freizeitbereich an. Zudem setzt sie sich für die Partizipation der Kinder im Gemeinwesen ein und fördert die Meinungsbildung und Mitsprache der Kinder. (Stadt Zürich Sozialdepartement, 2010a)

In einigen Stadtkreisen stehen die Akteure mit einzelnen Genossenschaften schon in Kontakt. Sie können jedoch aufgrund beschränkter personeller Ressourcen und eines breiten Auftrags nur punktuell in den Genossenschaftssiedlungen aktiv sein, wobei sich diese Aktivität meist auf eine Zielgruppe oder ein konkretes Projekt beschränkt. Dies bestätigte auf Anfrage auch Ursula Rüttimann, Quartierkordinatorin und Mitglied des SVW Vorstandes Zürich.

8.5 Fazit

Die Soziale Arbeit hat laut Berufskodex einen sozialpolitischen Auftrag, welcher auch den Wohnbereich betrifft. Sie ist mit dafür zuständig, die Versorgung aller Bevölkerungsschichten mit angemessenem Wohnraum sicherzustellen und bei einem Mangel Gegenmassnahmen zu fordern. Im Sinne der Präventionsfunktion soll die SKA auch hier vorausschauend handeln, um den sozialen Frieden in der Stadt Zürich zu wahren. Aus

Sicht der SKA bietet sich dazu die genossenschaftliche Form an, da sie einen emanzipatorischen, partizipativen Ansatz verfolgt, der vom Gedanken ausgeht, dass die Bevölkerung sich selbst helfen kann (vgl. Kapitel 5.3). Genossenschaften wären somit eine geeignete Form, um den Sozialen Wandel im Wohnbereich erfolgreich zu gestalten. Deshalb soll sich die SKA (z.B. mit Unterstützung des Berufsverbands Avenir Social) auf sozialpolitischer Ebene für die Förderung von gemeinnützigen Genossenschaften einsetzen.

Aufgrund des Sozialen Wandels ergeben sich jedoch in der Umsetzung des sozialen Auftrags innerhalb der Genossenschaften Schwierigkeiten. Die Genossenschaften haben zum Teil Mühe, den partizipativen Ansatz umzusetzen und genügend engagierte Mitglieder zu finden. Die Kernkompetenz der SKA ist es, gemeinsam mit den Menschen den Sozialen Wandel zu gestalten. Sie kann die Genossenschaften professionell darin unterstützen, die genannten Herausforderungen aktiv anzugehen. Aufgrund ihrer Grundsätze und Methoden eignet sich die SKA besonders gut dafür, denn sie zeigt nicht ausgearbeitete Lösungen auf, sondern besitzt die Fähigkeit, diese gemeinsam mit den Genossenschaftsmitgliedern zu entwickeln. Die SKA kann auf ein breites Spektrum an Methoden zurückgreifen, um die Soziale Kohäsion und somit die Identifikation der Bewohnenden mit der Genossenschaft nachhaltig zu stärken. Zudem kann sie die Genossenschaften darin unterstützen, eine Basis für neue, auf die Bedürfnisse der Bewohnenden angepasste, partizipative Strukturen herzustellen. Als intermediäre Instanz könnte die SKA sowohl innerhalb der Genossenschaften als auch zwischen der Stadtverwaltung, den Genossenschaften sowie weiteren Akteuren im Gemeinwesen vermittelnd tätig sein.

9. Handlungsmöglichkeiten für die Soziokulturelle Animation

In diesem Kapitel wird aufgezeigt, mit welchen Interventionen die SKA die Genossenschaften unterstützen kann, die durch den Sozialen Wandel entstandenen Herausforderungen zu bewältigen. Dieses Kapitel ist nicht als Handlungskatalog zu verstehen, es gibt lediglich Anstöße zur Bearbeitung der Herausforderungen und bezieht sich dabei auf Erfahrungen aus bestehenden Projekten. Für die adäquate Bearbeitung in einer konkreten Genossenschaft müsste eine genaue Situationsanalyse gemacht werden. Die Genossenschaften selbst sowie die Siedlungen und deren Bewohnerschaft unterscheiden sich in vielen Merkmalen und erfordern so unterschiedliche Strategien zur Bearbeitung.

Die Abnahme des sozialen Zusammenhalts und der Beteiligung sind gesamtgesellschaftliche Herausforderungen für das Zusammenleben. Wie in Kapitel 7 erläutert wurde, sind die Genossenschaften für ihre Funktionsfähigkeit darauf angewiesen, dass ein sozialer Zusammenhalt zwischen den Bewohnenden besteht und dass sich diese gegenseitig unterstützen. Für die Bewältigung dieser Herausforderungen sind die Genossenschaften auf professionelle Unterstützung angewiesen. Dies bestätigt Fred Gresens, ein Vertreter einer gemeinnützigen Genossenschaft in Deutschland:

„Aufgrund der grundsätzlichen gesellschaftlichen Veränderungen wird immer deutlicher, dass die damit verbundenen sozialen Probleme von den kommunalen Wohnungsunternehmen nur begrenzt gelöst werden können. (...) Eine Verbesserung der (...) sozialen Spannungen kann nur erreicht werden, wenn diese Prozesse durch fachlich qualifizierte Kompetenzen unter aktiver Beteiligung der Bewohner strukturiert und begleitet werden“.

(2004, S. 166) Die SKA als Expertin für die Gestaltung des Wandels sowie das Zusammenleben kann diesen Auftrag wahrnehmen und die Genossenschaften bei der Bewältigung der Herausforderungen unterstützen. Die Hauptursache der bestehenden Herausforderungen ist die im Vergleich zu früher starke Heterogenität der Bewohnenden sowie die Abnahme ihrer Identifikation mit der Genossenschaft.

Zur Bearbeitung der Herausforderungen in den Genossenschaften haben die Autorinnen ein Handlungsmodell entwickelt. Der Aufbau einer tragfähigen Alltagskultur und die Stärkung der Identifikation sind dabei die anzustrebenden langfristigen Ziele. Das Modell soll aufzeigen, mit welchen möglichen Schritten diese Ziele erreicht werden können.

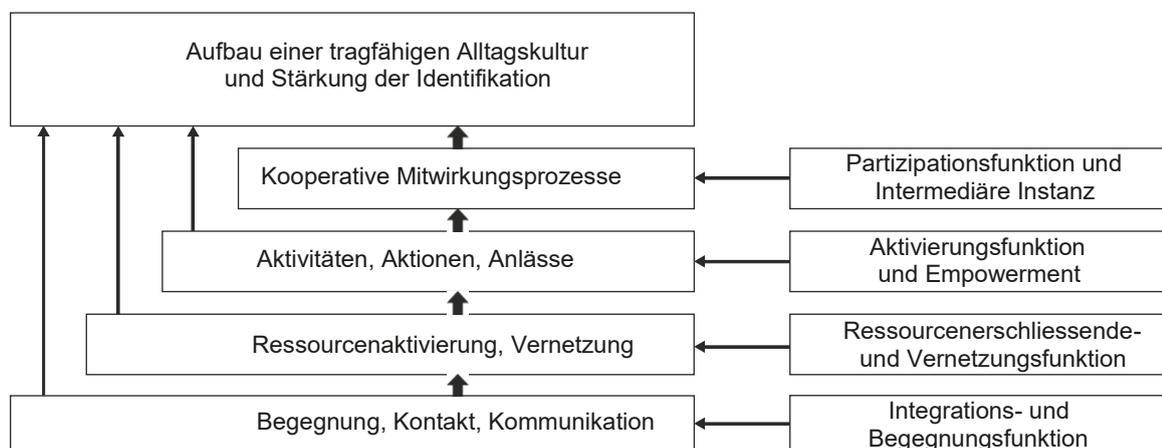


Abb. 10: Handlungsmodell (eigene Darstellung)

In den folgenden Unterkapiteln werden die Fernziele sowie die Schritte zur Erreichung derselben beschrieben und mit Beispielen aus der Praxis veranschaulicht.

9.1 Aufbau einer tragfähigen Alltagskultur und Stärkung der Identifikation

Eine der wichtigsten Grundlagen, um den Herausforderungen aktiv begegnen zu können, ist der Aufbau einer „tragfähigen Alltagskultur“. Laut Maier und Sommerfeld ist eine tragfähige Alltagskultur dadurch gekennzeichnet, dass sie „ein Gemeinwesen in die Lage versetzt, unterschiedliche soziale Bedürfnisse zu befriedigen und soziale Problemlagen mindestens teilweise autonom zu bearbeiten, und dass sich im Zuge der Bearbeitung sozialer Problemlagen soziale Strukturierungen bilden, die sich auf Dauer alltagskulturell verdichten und verfestigen“ (2005, S. 55). Es geht also nicht darum, dass die SKA die Probleme der Genossenschaft löst, sondern darum, die Menschen in den Genossenschaften zu befähigen, die Herausforderungen zu erkennen und mittels der Unterstützung der SKA zu bearbeiten. Das oberste Ziel bleibt, dass Herausforderungen in Zukunft möglichst autonom bearbeitet werden können. Der Aufbau einer tragfähigen Alltagsstruktur bedeutet also, eine in sich gut funktionierende, sich möglichst selbst tragende Gemeinschaft zu initiieren.

Maier und Sommerfeld empfehlen dazu, auf die Methode der „Inszenierung des Sozialen“ zurückzugreifen. Das bedeutet, dass die SKA Kommunikations-, Begegnungs-, Beteiligungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten sowie soziokulturelle Aktivitäten inszeniert, welche durch die Bewohnenden der Genossenschaften selbst gestaltet und mit Inhalt gefüllt werden. (2005, S. 57) Die SKA zieht sich mit der Zeit zurück und die Genossenschaftler/innen führen die Alltagskultur auf ihre Weise weiter. Die SKA initiiert und begleitet diese Prozesse solange, bis sie nachhaltig verankert sind.

Das Hauptziel, welches durch die SKA mittels der Inszenierung des Sozialen verfolgt wird, ist die Stärkung der Identifikation der Bewohnenden mit der Genossenschaft beziehungsweise der Siedlung und den darin lebenden Personen. Verschiedene Untersuchungen belegen, dass durch die Erhöhung der Identifikation mit der Nachbarschaft ein Gefühl von Zugehörigkeit entsteht und dadurch das Wohlbefinden und der soziale Zusammenhalt der Menschen gefördert wird (Maier und Sommerfeld, 2005, S. 69). Zudem unterstützt das Gefühl von Zugehörigkeit die Entstehung von partizipierenden Gemeinschaften, denn nur wer sich mit seinem Wohnumfeld identifiziert, ist auch bereit, sich aktiv dafür einzusetzen.

Laut Maier und Sommerfeld passiert Identifikation über vier aufbauende Stufen. Als erste Stufe muss eine positive Einschätzung des Umfeldes erreicht werden. Dadurch entwickelt sich als zweiter Schritt ein Interesse an der Entwicklung und den Geschehnissen um einen herum, woraus als dritte Stufe die Annahme des Raumes, der Siedlung oder des Quartiers als Teil der eigenen Identität folgt. Erst als vierte und letzte Stufe kann dann die Übernahme von Verantwortung für das eigene Umfeld erfolgen. (2005, S. 70-71)

Für eine positive Einschätzung des Wohnumfelds durch die Bewohnenden ist es wichtig, dass die in den Siedlungen oftmals vorherrschende Anonymität aufgebrochen wird und sich die Leute in den Genossenschaften persönlich kennen lernen.

9.1.1 Begegnung, Kontakt und Kommunikation

Die wichtigsten Schlüsselbegriffe für die Entstehung von Identifikation sind Begegnung, Kontakt und Kommunikation unter den Bewohnenden. Eine positive Einschätzung des Umfeldes fördert die Soziale Kohäsion der Genossenschafter/innen. Die SKA kann mittels der bereits in Kapitel 8.3 beschriebenen Integrations- und Begegnungsfunktion die Kommunikation unter den Bewohnenden fördern sowie diese darin unterstützen, sich gegenseitig kennen zu lernen und ins Gespräch zu kommen.

So meint auch Spierts: „Das Anbieten von Orten, wo Individuen und Gruppen sich in gleichwertiger Art und Weise begegnen können, ist eine wichtige Zielsetzung der soziokulturellen Arbeit“ (1998, S. 184). Er führt weiter aus, dass das Herstellen von Arrangements eine wichtige Aufgabe der SKA darstellt (vgl. Kapitel 8.3). Mittels dieser methodischen Inszenierung können optimale Situationen, in diesem Fall für die Begegnung unter den Genossenschaftsmitgliedern, hergestellt werden. Erst dann kommt die zweite wichtige Aufgabe, das Animieren, zum Tragen, und die SKA lädt die Leute ein, die Arrangements zu benutzen. (1998, S. 122) Moser et al. nennen dies das „Herstellen von Bedingungen und Möglichkeiten“ zur Kommunikation (1999, S. 131). Die SKA zeichnet sich dadurch aus, dass sie auf unkonventionelle und kreative Methoden zurückgreifen kann, ja es ihr sogar erlaubt ist, provozierende Aktionen zu initiieren, damit Diskussionen angeregt werden können.

Für die Professionellen ist es zu Beginn ihrer Arbeit, wenn das Vertrauen und die Beziehung zwischen den Bewohnenden und der SKA noch nicht vorhanden sind, eine Herausforderung, mit der Zielgruppe in Kontakt zu kommen. Eine mögliche Vorgehensweise kann das Zurückgreifen auf das in Kapitel 8.3 beschriebene Konsum-Transfermodell sein. So ist es gerade zu Beginn der Arbeit in einer Genossenschaftssiedlung hilfreich, wenn die SKA selbst oder in Zusammenarbeit mit einzelnen interessierten Personen eine Aktivität organisiert, also ein Konsumangebot bereitstellt, welches durch die Bewohnenden ohne weitere Verpflichtungen besucht werden kann. (Gillet, 1998, S. 135) Mittels dieses Angebots können auch Personen erreicht werden, welche den Zugang zu gemeinsamen Aktivitäten nur schwer finden und (noch) nicht bereit sind, selbst aktiv zu werden.

Wichtig dabei ist, dass die SKA beim Arrangieren der Aktivität an die alltägliche Lebenswelt der Menschen anknüpft und auf möglichst niederschwellige Räumlichkeiten innerhalb der Siedlung zurück greift. An diesen Orten können die Bewohnenden auch anwesend sein, ohne an der Aktivität teilzunehmen, und einfach nur zuschauen. Es ist also die Aufgabe der SKA, mögliche Begegnungsräume ausfindig zu machen und diese durch ihre Präsenz und Aktionen vor Ort zu beleben und attraktiv zu machen.

Besonders eignen sich dafür öffentlich zugängliche Räume wie zum Beispiel Siedlungsspielplätze, Parkanlagen innerhalb der Siedlungen oder auch einfach eine Bank vor den Hauseingängen. Durch die Anwesenheit und erste kleine Interventionen der SKA entstehen Gespräche mit den Bewohnenden, und auch die Leute untereinander kommen ins Gespräch. So kann die SKA zum Beispiel auf dem Spielplatz präsent sein, Spielmöglichkeiten für die Kinder zur Verfügung stellen und somit mit den Betreuungspersonen ins Gespräch kommen. Auf dieser persönlichen Ebene bestehen gute Chancen, die Bewohnenden zu einem zukünftigen Engagement zu ermuntern. Ein Konsum-Angebot kann also

als erste Intervention durchaus legitim sein (zu Vergleichen mit der Stufe 1 des Partizipationsmodells von Lüttringhaus: Beobachtung/Information). Ziel muss jedoch stets eine Transferleistung sein, welche über die Konsumation zur Selbsttätigkeit und schliesslich zur Selbstorganisation der Menschen führt.

Für die Arbeit der SKA ist es von grosser Bedeutung, mit den Menschen ins Gespräch zu kommen und Beziehungsarbeit zu leisten. So nennt auch Spierts das Knüpfen und Pflegen von Kontakten als Kernaufgabe der SKA (1998, S. 79). Denn nur so entsteht eine Vertrauensbasis, auf welcher für den weiteren Verlauf der Arbeit aufgebaut werden kann. Dies zeigen auch Erfahrungen von bereits erfolgreich durchgeführten Projekten im Gemeinwesen aufbau.

Sibylle Mani, Projektleiterin des Kooperationsprojekts „... ich bin auch einE OerlikerIn“, nennt das Führen von Gesprächen mit den Leuten als wichtige Grundlage, um die Zielgruppe zu erreichen. Für das Gelingen des Projektes war es von hoher Bedeutung, immer wieder bei gemütlicher Atmosphäre mit den Leuten ins Gespräch zu kommen. Mittels dieser Vorarbeit wurde eine Basis für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit geschaffen. Doch Sibylle Mani betont auch, dass diese Beziehungsarbeit zeitintensiv ist und dass das Vertrauen nur langsam wächst. Es benötigt regelmässige gemeinsame Aktivitäten und Begegnungen. Ein einzelner Anlass reicht nicht aus, um das Vertrauen aufzubauen. (2010, S. 36)

Die wichtigste Grundlage, um mit den Leuten zu arbeiten, ist also das Aufbauen einer Vertrauensbasis. Dazu ist es wichtig, mit den Leuten über die Rolle der SKA innerhalb der Genossenschaft zu sprechen, deren Funktion zu erklären und auf persönlicher Ebene über die Ziele der Arbeit zu informieren.

9.1.2 Ressourcenaktivierung, Ressourcenausgleich und Vernetzung

Die Genossenschaften nennen als Herausforderung die sinkende Solidarität unter den Bewohnenden. Wie bereits in Kapitel 7.1.3 beschrieben, muss Solidarität aufgrund des Wandels neu interpretiert werden. Es geht darum, eine Solidarität zu erreichen, welche nicht ausschliesslich auf Gleichheit basiert, sondern auch die Differenz der einzelnen Individuen berücksichtigt.

Dazu muss die Unterschiedlichkeit der Menschen zuerst von den Bewohnenden anerkannt werden. Gerade die Genossenschaften zeichnen sich durch eine grosse Vielfalt von Menschen mit unterschiedlichen Lebenswelten aus. Dies soll vermehrt sichtbar gemacht werden, indem zum Beispiel kulturelle Feste öffentlich gemacht und gemeinsam mit Personen aus anderen Kulturkreisen gefeiert werden. Auch Spierts nennt die Kenntnisnahme und das Kennenlernen der Lebenswelt der Anderen als wichtige Aufgabe der soziokulturellen Arbeit (1998, S. 135). Durch das Kennenlernen dieser neuen, unbekannteren Lebenswelten soll eine positive Einschätzung gegenüber dem Anderen, dem Fremden entstehen. Dazu muss zuerst das Bewusstsein für die eigene Identität und die eigenen Ressourcen gestärkt werden. Danach können Gemeinsamkeiten entdeckt werden, und erst dann ist es möglich, auch komplementäre Ressourcen zu erkennen und zu nutzen. Norbert Herrieger differenziert zwischen zwei verschiedenen Formen der Ressourcenaktivierung durch

die SKA. Er nennt einerseits Stärkung des Bewusstseins über die bereits vorhandenen individuellen Ressourcen und die Förderung von neuen personalen Ressourcen. So kann das Selbstwertgefühl und die Identität einer Person gestärkt werden. Als zweiten Punkt nennt er die Förderung der kollektiven Ressourcen, also das Erkennen und Stärken von gemeinsamen Fähigkeiten und die Unterstützung bei kooperativem Handeln zum Beispiel in Hausgemeinschaften oder Nachbarschaften. (2005, S. 64-78)

Es ist also eine zentrale Aufgabe der SKA, die Menschen darin zu unterstützen, die eigenen Ressourcen zu erkennen und zu stärken. Sie kann Personen mit ähnlichen Ressourcen zusammen bringen sowie komplementäre Ressourcen aufzeigen. Dazu stützt sich die SKA auf die in Kapitel 8.3 beschriebene Ressourcenerschliessende Ausgleichsfunktion und unterstützt die Menschen, mittels Vernetzung unter den Bewohnenden vorhandene Ressourcen zu erschliessen.

Dem Aufbauen und Stärken von Netzwerken kommt dabei eine grosse Bedeutung zu. So sagt Norbert Herriger, das Ziel sei es, ein „buntes Patchwork von Netzwerken zu stimulieren, die von Vertrauen und Vertrautheit, von Solidarität und wechselseitiger Anerkennung getragen sind (...)“ (2005, S. 5).

Für die SKA bedeutet dies, ihre in Kapitel 8.3 beschriebene Vernetzungsfunktion wahrzunehmen und den Aufbau von sozialen und kulturellen Netzwerken zu unterstützen und zu begleiten. Es geht also darum, dass die SKA Siedlungsbewohnende mit ähnlichen Lebenslagen und Fähigkeiten zusammenbringt, so dass diese sich gegenseitig austauschen und unterstützen können. Durch die Initiierung und Stärkung informeller Netzwerke wird der Aufbau neuer Gemeinschaften gefördert, es entsteht ein neues Gemeinschaftsgefühl und konkrete Formen der Alltagssolidarität werden sichtbar.

Die SKA kann zum Beispiel auf Personen aus dem gleichen Kulturkreis oder mit Kenntnissen der gleichen Sprache aufmerksam machen und diese zusammenführen, um einander bei Sprachschwierigkeiten zu unterstützen. Oder sie vernetzt alleinerziehende Elternteile miteinander, damit sich diese bei der Kinderbetreuung ergänzen können.

Die SKA muss aber den Fokus auch vermehrt auch auf die komplementären Ressourcen richten. Welche Fähigkeiten der Bewohnenden liegen brach und könnten für eine bestehende Problemlage ergänzend genutzt werden? Es können zum Beispiel ältere Personen in den Siedlungen, welche viel Zeit, aber wenig Kontakte zu anderen Menschen haben, eine Betreuungsfunktion übernehmen. Oder vielleicht sind Personen mit einem hohen Bildungsniveau bereit, ein Bildungsangebot anzubieten. Vielleicht bestehen Bedürfnisse nach einem Tauschnetz oder einer Plattform für Nachbarschaftshilfe. Die Genossenschaftler/innen müssen sich ihrer Bedürfnisse bewusst werden.

In welcher Form die Vernetzung und Ressourcenerschliessung konkret stattfinden soll, wird hier bewusst offen gelassen, denn die SKA soll lediglich hinsehen, nachfragen, ermutigen und bei der Umsetzung unterstützen.

Auch die Erfahrungen der Gemeinwesenarbeit im Wiener Stadtteilzentrum „Bassena“ zeigen, wie wichtig das Anerkennen von Differenz für die Entstehung einer neuen, organischen Solidarität ist. Renate Schnee erläutert, dass es gerade in städtischen Grosswohnanlagen wichtig ist, die gesamte Diversität der Bewohnerschaft im Blickfeld zu haben und den Reichtum der vielen Unterschiedlichkeiten der Bewohnenden aktiv wahrzunehmen.

So eröffnen sich neue Perspektiven für die vorhandenen Ressourcen, und die Menschen können dann durch die SKA darin bestärkt werden, sich gegenseitig mittels horizontaler Netzwerke in ihren Anliegen zu unterstützen. (2010, S. 17-19)

9.1.3 Aktivitäten, Aktionen und Anlässe

Wenn neue Bekanntschaften und Netzwerke entstehen, fördert dies die Identifikation der Menschen mit ihrem Umfeld, denn die Bewohnenden werden ein aktiver Teil dieser Gemeinschaft. Diese Entwicklung entspricht der von Maier und Sommerfeld beschriebenen dritten Stufe der Identifikation, der Annahme der Siedlung als Teil der eigenen Identität (vgl. 9.1). Durch diese neue Zusammengehörigkeit sowie die Anerkennung von eigenen Fähigkeiten und Bedürfnissen können bei den Bewohnenden weiterführende Ideen zur Verbesserung des Zusammenlebens entstehen.

Diese Ideen sollen durch die SKA aufgenommen und die Bewohnenden mittels der in Kapitel 8.3 beschriebenen Aktivierungsfunktion ermutigt werden, die Initiative zur Umsetzung zu ergreifen. Dazu handelt die SKA aus der Interventionsposition Animator/Animatorin heraus und greift auf die Methode des Empowerments zurück. Sie animiert und aktiviert die Leute, ihre eigenen Fähigkeiten freizusetzen und ihre bestehenden Ressourcen anzuwenden. So sagen Moser et al.: „Animieren vollzieht sich im Dreischritt von anregen, ermutigen und befähigen und wird unterstützt durch ein entsprechendes Arrangement (...)“ (1999, S. 129).

Gleichzeitig handelt die SKA aus der Interventionsposition Organisator/Organisatorin, welche zum Ziel hat, den Gruppen und Gemeinschaften mittels unterstützender Interventionen das Durchführen von gemeinsamen Aktivitäten zu ermöglichen. (Moser et al., 1999, S. 136) Dies können kurzfristige oder einmalige Aktionen wie zum Beispiel das Organisieren eines Tischtennis-Turniers im Innenhof sein, aber auch Feste oder Anlässe, wie zum Beispiel ein Flohmarkt oder ein Siedlungsfest, welche in regelmässigen Abständen wiederholt werden. Das Ziel der Interventionsposition Organisator/Organisatorin ist es, mit entsprechenden Interventionen die Selbsttätigkeit der Personen zu erhöhen und somit dem Ziel der Selbstorganisation der Bewohnenden einen Schritt näher zu kommen (ibid., S. 128-129).

Das Durchführen von Aktivitäten, Aktionen und Anlässen durch die Bewohnenden kann als Lernfeld für Beteiligung gesehen werden. Es geht also darum, aus der in Kapitel 8.3 beschriebenen Partizipationsfunktion heraus Lernfelder zu ermöglichen, wo Partizipation im Kleinen geübt werden kann. Dazu eignet sich die zweite Stufe nach dem Partizipationsmodell nach Lüttringhaus, die Mitwirkung, denn durch die Mitarbeit in Projekten erfahren die Menschen, dass Mitwirkung eine Wirkung erzielen kann. Durch das Vorhandensein von niederschweligen Partizipationsmöglichkeiten steigt auch die Bereitschaft der Leute für höherschwellige Partizipation. (2000, S. 219) Lüttringhaus weist darauf hin, dass bei Partizipationsprojekten immer zu überlegen ist, welche Gruppen auf welchen Stufen beteiligt sind und welche Anstrengungen unternommen werden müssen, um die Zugangsschwellen anzupassen (2007, S. 66). Es gilt also zu beachten, dass auch Personen mit einem tiefen sozioökonomischen Status Zugang zu diesen Lernfeldern erhalten.

Die Genossenschaften nennen das sinkende Engagement der Mitglieder als Problem, denn obwohl sie bemüht sind, Partizipation zu ermöglichen, ist es schwierig, die Genossenschaftler/innen zu aktivieren (SVW & Stadt Zürich, 2008, S. 64). Gerade Genossenschaften zeichnen sich durch eine Kumulation von Personen mit einem tiefen sozioökonomischen Status aus. Diesen Leuten fällt es erfahrungsgemäss schwer, Partizipationsmöglichkeiten wahrzunehmen (vgl. Kapitel 7.2.2). Die SKA kann durch die Gestaltung der Zugangsvoraussetzungen die Beteiligungsquote erheblich beeinflussen.

Laut Lüttringhaus ist es wichtig, dass erste Partizipationserfahrungen in kleinen, überschaubaren und niederschweligen Lernfeldern gemacht werden können (2007, S. 70). Die Aussagen von Lüttringhaus decken sich mit den Erkenntnissen zum Wandel des zivilgesellschaftlichen Engagements in Kapitel 7.2.2. Diese weisen darauf hin, dass vor allem kurzfristige und weniger verbindliche Engagementsformen gefragt sind. Es geht also darum, die Beteiligungsformen den Bedürfnissen der Adressatinnen und Adressaten anzupassen.

Wie man in Kapitel 5.4 gesehen hat, ist die Siedlungskommission das Gremium, wo basisnahe Partizipation stattfinden soll. Die Mitwirkung in der Siedlungskommission setzt jedoch voraus, dass sich die Bewohnenden für ein Jahr wählen lassen, was an fehlendem Selbstvertrauen der Siedlungsbewohnenden scheitern kann. Es braucht vermehrt offene und projektorientierte Formen von Partizipation, in welchen die Aufgaben überschaubar sind und die Leute ihre Ideen direkt umsetzen können. Zudem ist es wichtig, dass neben stark strukturierten Gremien auch vermehrt die Entstehung von Interessengruppen oder so genannten Ad-hoc-Arbeitsgruppen gefördert wird, also Gruppen, die spontan aus einer Situation heraus entstehen, um sich aus Interesse oder Betroffenheit eines Themas anzunehmen.

Die Aufgabe der SKA liegt darin, die Bewohnenden zu ermutigen, sich aktiv für die Gestaltung des Zusammenlebens innerhalb der Siedlung einzusetzen. Sie muss diese bei der Vorbereitung, Planung und Durchführung von Aktionen und Anlässen unterstützen und begleiten. Zentraler Ausgangspunkt des Partizipationsansatzes ist immer der Wunsch der Bewohnenden, ein neues Angebot zu generieren, dieses mitzutragen und selbst zu organisieren. Nur so kann die Aktivität nachhaltig sein.

Moser et al. weisen darauf hin, dass die SKA dafür verantwortlich ist, eine gute Balance der Struktur zu finden. Zu wenig Struktur kann die Leute überfordern und die Selbsttätigkeit hemmen, gleichzeitig verhindert zu viel Struktur jedoch die Selbstorganisation der Leute. So schreiben die Autoren: „Die Fertigkeit liegt darin, dass der soziokulturelle Arbeiter spürt, wann er aktiv intervenieren und wann er den Teilnehmern Spielraum und Chancen gewähren muss“. (1999, S. 141)

Eveline Althaus ist durch die Stiftung für Kinderreiche Familien als Gemeinwesenarbeiterin in der Siedlung Brunnenhof in Zürich angestellt. Sie beschreibt die positiven Erfahrungen, welche mit der Schaffung von Angeboten durch und für die Bewohnenden gemacht wurden. So entstand aufgrund der Initiative mehrerer Bewohnerinnen ein Café Brunnenhof, in welchem sich vor allem Frauen zum Kaffeetrinken und zum gegenseitigen Austausch treffen. Zudem initiierten die Bewohnenden einen Babysitting-Pool mit Jugendlichen aus der Siedlung, eine Tauschbörse für Kinderkleider, Nachhilfestunden und Englischunterricht,

regelmässige Kinoabende sowie einen arabischen „Femmes-Tisch“. Die Projektleiterin betont, dass es jeweils eine Schlüsselfigur benötigt, welche als Multiplikatorin für weitere interessierte Personen fungiert und das Projekt anstösst. Die unterstützende Rolle der Fachperson der sozialen Arbeit ist besonders bei der Lancierung des Projektes von grosser Bedeutung, danach soll sie sich sukzessive zurückziehen. (2010, S. 44-45)

9.1.4 Kooperative Mitwirkungsprozesse

Um eine aktive Partizipationskultur zu entwickeln, ist es wichtig, dass Partizipation auf allen vier Stufen stattfindet. Das Sammeln von Erfahrungen in niederschweligen Lernfeldern ist eine wichtige Voraussetzung für höherschwellige Partizipation.

Das oberste Ziel, einen möglichst hohen Grad an Selbstverwaltung innerhalb der Genossenschaft zu erreichen, bedingt auch die Partizipation der Genossenschaftler/innen an höherschweligen Prozessen. Dazu gehören kooperative Mitwirkungsprozesse auf Siedlungsebene oder sogar auf der Ebene der gesamten Genossenschaft, also all diejenigen Prozesse, welche dadurch gekennzeichnet sind, dass den Genossenschaftsmitgliedern zusätzliche Kompetenzen und damit verbundene finanzielle Ressourcen zugesprochen werden und wo Kooperationen mit hierarchisch höher angesiedelten Gremien stattfindet. Maier und Sommerfeld nennen als Beispiele der Mitbestimmung auf Siedlungsebene die Ausgestaltung der halböffentlichen Räume, also die Gestaltung der Treppenhäuser und des Eingangsbereichs durch die Bewohnenden. Auch bei der Gestaltung der Innenhöfe, der Spielplätze, der öffentlichen Grünflächen sowie der Gemeinschaftseinrichtungen soll eine grösstmögliche Mitbestimmung durch die Genossenschaftler/innen stattfinden. (2005, S. 137) Nur so können die Bedürfnisse der Bewohnenden miteinbezogen werden und es kann eine Identifikation mit dem Wohnumfeld erreicht werden.

In vielen Genossenschaften der Stadt Zürich bestehen bereits Gemeinschaftsräume. Damit die Bewohnenden diese jedoch gerne benutzen und den Räumlichkeiten Sorge tragen, müssen diese den Bedürfnissen der Bewohnenden entsprechen und eine Identifikation mit dem Raum muss bestehen. Dazu kann die SKA mittels der gemeinsamen Ausstattung, Gestaltung und Einrichtung der Räume durch die Bewohnenden einen Rauman eignungsprozess initiieren, wobei eben gerade das „selber Machen“ der Bewohnenden im Zentrum steht, und nicht das zur Verfügung Stellen einer teuren Ausstattung. (Jürgen Bärsch & Angelika Simbriger, 2001, S. 338-350) Durch die breite Abstützung des Prozesses und die Übernahme der Vermietung und Pflege des Raumes durch die Bewohnenden wird potentiellen Konflikten wie zum Beispiel Lärmreklamationen entgegen gewirkt.

Durch die Heterogenität der Bewohnenden sind auch die Bedürfnisse und Erwartungen unterschiedlich. Hier kann die SKA mittels der Interventionsposition Mediator/Mediatorin dazu beitragen, zwischen den Beteiligten zu vermitteln und wenn nötig bei Konflikten als neutrale Drittinstantz mittels Mediation gemeinsam mit den Betroffenen eine einvernehmliche Lösung erarbeiten. (Moser et al., 1999, S. 147)

Wenn nun eine Gruppe von Personen diesen Aneignungsprozess eines Raumes angehen möchte, benötigt sie dazu die erforderlichen Kompetenzen (z.B. eine Bewilligung) sowie ein kleines Budget. Dafür ist eine Zusammenarbeit mit den zuständigen Personen, Instanzen

oder Gremien (also der Verwaltung, dem Vorstand oder den Siedlungskommissionen) nötig, wozu das Projekt meist legitimiert und die wechselseitige Angewiesenheit aufgezeigt werden muss. Auch hier kann die SKA als Bindeglied zwischen der Lebenswelt der Bewohnenden und dem System (Verwaltung etc.) fungieren, denn sie verfügt einerseits über Kenntnisse der Wünsche und Vorstellungen der Leute an der Basis, kennt sich aber auch mit den Abläufen und dem Vorgehen auf Verwaltungsebene aus.

Diese Funktion der SKA nennt Wolfgang Hinte (1995) „intermediäre Instanz“ (vgl. Kapitel 8.3). Sie kann als Mediation im weiteren Sinne verstanden werden. So ist es die Aufgabe der SKA, durch „Vermitteln als Übersetzen“ Brücken zu schlagen und gar mittels „Vermitteln als Interessensausgleich“ den Interessen der Bewohnenden Nachdruck zu verleihen. (zit. in Moser et al. 1999, S. 146-151) Besonders wichtig ist die intermediäre Position der SKA bei grösseren Veränderungsprozessen wie zum Beispiel der Neugestaltung eines Siedlungsspielplatzes oder der Planung von Ersatzneubauten. Denn gerade bei solchen Prozessen ist es wichtig, dass eine echte Beteiligung aller Bewohnenden möglich ist und alle Gruppen erreicht werden. Hier ist die Basisarbeit der SKA gefragt, welche durch den persönlichen Beziehungsaufbau einen leichteren Zugang zu den Bewohnenden findet und die Leute ermutigen kann, aktiv zu werden.

Der Trend zu kurzfristigem Engagement erschwert zudem das Finden von Personen, welche sich über mehrere Jahre an einem Prozess beteiligen wollen. Um trotzdem am Verwaltungshandeln sowie am Vorgehen der Planenden und Architektinnen und Architekten anknüpfen zu können, braucht es auf beiden Seiten Übersetzungsleistungen durch die SKA, damit trotzdem Kooperation stattfinden kann. (Messmer, 2004, S. 209)

Esther Diethelm arbeitet in der Quartierkoordination in Neu-Oerlikon, und auch sie zeigt aufgrund ihrer Erfahrungen bei sozialen Quartierentwicklungsprozessen auf, wie wichtig die intermediäre Arbeit ist. So bezeichnet sie den Kommunikations- und Koordinationsauftrag und das Initiieren von Dialogprozessen zwischen den verschiedenen Akteuren als wichtigen Auftrag der Professionellen der Sozialen Arbeit. Zudem erläutert sie, dass die Bewohnenden bereits zu einem frühen Zeitpunkt zu Beteiligten werden müssen und dass es zur Erhöhung der Identifikation einen breit abgestützten Mitwirkungsprozess benötigt. (2010, S. 24-25)

Die SKA muss also als vermittelnde Instanz alle beteiligten Akteure vernetzen und kooperative Mitwirkungsprozesse professionell begleiten.

9.2 Vernetzung im Gemeinwesen

Die Genossenschaften können nicht als ein in sich abgeschlossenes System betrachtet werden, denn sie befinden sich immer in Interaktion mit dem gesamten Gemeinwesen. Wie bereits in Kapitel 8.3 beschrieben, sind viele Probleme im Gemeinwesen eng miteinander verknüpft und benötigen eine Bearbeitung mit einem integralen Ansatz. Daneben gilt es auch im Gemeinwesen gegenseitige Ressourcen zu erkennen und zu nutzen. Dafür ist eine Vernetzung der Akteure nötig, wobei die SKA als intermediäre Instanz tätig sein kann. Spierts nennt das „Netzwerken“ zwischen allen Einrichtungen im Quartier als eine wichtige Aufgabe der SKA (1998, S. 248).

Die SKA kann zwischen der Lebenswelt der Bewohnenden und dem System vermitteln. Damit ist zum Beispiel die Vermittlung zwischen erziehungsberechtigten Personen und der Schule oder der Schulsozialarbeit gemeint, oder zwischen Bewohnenden und Behörden, wie dem Sozialamt. Durch die Nähe der SKA zur Lebenswelt der Bewohnenden und ihre Kenntnisse des Auftrags der Behörden kann sie auf beiden Seiten Übersetzungsarbeit leisten. Wenn die Fachperson der SKA durch die Genossenschaft angestellt ist, ist es ihr durch ihre Unabhängigkeit gegenüber dem Staat zudem möglich, sich auch parteilich für die Interessen der Bewohnenden einzusetzen und sie bei der Artikulation ihrer Interessen zu unterstützen.

Das Gemeinwesen kann durch die Vernetzung mit den Genossenschaftssiedlungen von deren Ressourcen profitieren. Durch die Struktur der Genossenschaften entstehen Arbeits- und Interessengruppen, welche auch für Aussenstehende sichtbar werden. Durch diese Arbeitsgruppen ergeben sich neue Schlüsselpersonen. Bestehende Organisationen finden leichter Zugang zu ihren spezifischen Zielgruppen, wenn die Kontaktaufnahme über diese Schlüsselpersonen (Multiplikatoren) der Genossenschaft vorgenommen werden kann, da diese innerhalb der Siedlung gut vernetzt sind. Vereine (zum Beispiel der Quartierverein) oder Arbeitsgruppen im Quartier können sich mit diesen in Verbindung setzen, um gemeinsam an einem Ziel zu arbeiten. Konkrete Anliegen erhalten dadurch mehr Gewicht. Die bestehenden Angebote innerhalb einer Genossenschaftssiedlung, wie zum Beispiel das Durchführen von Hausaufgabenhilfe, das Angebot eines Mittagstischs oder eines kleinen Cafés, können auch durch Personen ausserhalb der Siedlung genutzt werden.

Die Akteure im Gemeinwesen können auf die räumlichen Ressourcen der Genossenschaften, wie zum Beispiel die Gemeinschaftsräume oder die Spielplätze, zurückgreifen. Viele Siedlungen besitzen keine Begegnungsräume, und ihre Bewohnerschaft kann davon profitieren, wenn sie die bestehenden Räume im Quartier günstig mieten oder gratis besuchen kann. Genossenschaftssiedlungen können eine Vorbildfunktion für das gemeinschaftliche Zusammenleben im Quartier übernehmen und so die positive Wahrnehmung des Quartiers fördern.

Auch für die Bewohnenden der Genossenschaften bringt eine Vernetzung im Quartier Vorteile. So können, wie in Kapitel 8.3 erklärt, durch Vernetzung gegenseitig Ressourcen erschlossen werden. Durch die gemeinsame Nutzung von Angeboten und Räumlichkeiten verdichtet sich das Netz innerhalb des Gemeinwesens, und die gegenseitigen Unterstützungssysteme werden gestärkt. Ein bestehendes Netzwerk zwischen den verschiedenen Akteuren stärkt zudem die Soziale Kohäsion und unterstützt den Aufbau einer tragfähigen Alltagskultur. Die Anonymität im Quartier kann verringert werden.

Durch die Vernetzung der Genossenschaften und ihrer Bewohnenden im Gemeinwesen können also zahlreiche positive Effekte erreicht werden. Durch aktiven Gemeinwesenaufbau kann eine tragfähige Alltagskultur im gesamten Gemeinwesen erreicht werden. Damit verändert sich nicht nur die Wahrnehmung des Quartiers durch die Bewohnenden. Mit der Zeit kann sich auch das Image eines Quartiers positiv verändern, was sich wiederum positiv auf die Bewohnenden auswirkt und Stigmatisierung verringert.

9.3 Fazit

Die SKA kann mit ihren Methoden den zwei Herausforderungen der fehlenden Sozialen Kohäsion und Solidarität sowie der sinkenden Partizipation innerhalb der Genossenschaften aktiv begegnen. Die Autorinnen haben dazu ein Handlungsmodell entwickelt, welches durch das Anstreben zweier Fernziele und mittels konkreter Interventionen die Genossenschaften dabei unterstützen kann, die Herausforderungen zu bewältigen. Diese Ziele sind einerseits der Aufbau einer tragfähigen Alltagskultur sowie andererseits die Stärkung der Identifikation. Das Handlungsmodell besteht aus vier Stufen, welche nebeneinander sowie auch aufeinander aufbauend zur Erreichung der Ziele führen können:

Begegnung, Kontakt und Kommunikation: Die SKA kann durch niederschwellige und bedürfnisorientierte Arrangements, wie Begegnungsmöglichkeiten und gemeinsame Aktivitäten, Kontakt und Kommunikation fördern. Somit kann Vertrauen geschaffen werden, was die Basis für die Identifikation mit dem Umfeld bildet. Die SKA kann so durch ihre intensive Basisarbeit den sozialen Zusammenhalt in der Genossenschaft stärken.

Ressourcenaktivierung, Ressourcenausgleich und Vernetzung: Damit die Heterogenität der Bewohnenden durch diese positiv wahrgenommen werden kann, muss die SKA Differenz aufzeigen und diese erlebbar machen. So kann Verständnis füreinander und ein Bewusstsein für die eigene Identität geschaffen werden. Durch Mitwirkung an solchen durch die SKA initiierten Anlässen kann das Selbstvertrauen der Bewohnenden gestärkt und Ressourcen können bewusst gemacht und aktiviert werden. Durch Vernetzung kann die SKA Bewohnende zusammenbringen, welche sich austauschen und sich gegenseitig mit komplementären Ressourcen unterstützen können. Durch das Vermitteln und Ausgleichen der Ressourcen kann die neue Solidarität gefördert werden.

Aktivitäten, Aktionen und Anlässe: Durch Empowerment animiert die SKA die Bewohnenden dazu, die vorhandenen Ressourcen zu nutzen. Sie unterstützt diese bei der Organisation von kleineren Aktivitäten, Aktionen und Anlässen. Sie sieht diese als Lernfelder für Partizipation und achtet darauf, dass die Zugangsschwellen niedrig sind, um möglichst viele Bewohnende zu aktivieren. Die SKA bemüht sich, vielfältige Möglichkeiten der Partizipation zu eröffnen. Sie versucht dazu für jede Form die richtige Balance an Struktur zu finden und die Strukturen mit den Bewohnenden nach ihren Bedürfnissen zu entwickeln. So kann die Partizipation gefördert werden.

Kooperative Mitwirkungsprozesse: Wenn es der SKA gelingt, die Bewohnenden zu niederschwelliger Partizipation zu animieren, und somit Lernfelder zur Verfügung stehen, sind diese später auch eher zu höherschwelliger Partizipation bereit. Durch die Mediationsfunktion im Sinne von „Vermitteln als Übersetzen“ kann die SKA den Bewohnenden Zugang zu komplexeren Mitwirkungsprozessen ermöglichen. So kann Partizipation auf höherer Ebene stattfinden, wenn es darum geht, bei Veränderungen auf Siedlungs- oder sogar Genossenschaftsebene das Mitspracherecht wahrzunehmen.

Die Genossenschaftssiedlungen können nicht als abgeschlossenes System betrachtet werden können, da sie in Interaktion mit dem gesamten Gemeinwesen stehen. Um den integralen Ansatz durch die Arbeit in den Genossenschaften nicht zu verlieren, ist es wichtig, dass nicht nur innerhalb der Genossenschaften vernetzt wird. Vernetzung ist auch mit den anderen Akteuren im Gemeinwesen wichtig. So kann das ganze Gemeinwesen gestärkt werden, was sich auch wieder positiv auf die Genossenschaftssiedlung und die Wahrnehmung des Wohnumfeldes auswirkt.

In Kapitel 8.4 wurde beschrieben, dass bereits zahlreiche Akteure der SKA in den Quartieren der Stadt Zürich aktiv sind. Auch diese bereits vorhandenen Institutionen besitzen die Grundlage, um die Genossenschaften bei ihrem Prozess zu unterstützen. Ihnen fehlen jedoch die personellen Ressourcen, um sich intensiv auf eine Arbeit in den Genossenschaften einzulassen und diese über längere Zeit aktiv zu begleiten. Die Ausführungen in Kapitel 9.1.1. haben gezeigt, wie wichtig und zeitintensiv der Beziehungsaufbau sowie der damit verbundene Aufbau von Vertrauen zwischen den Bewohnenden und der SKA ist. Aus diesem Grund macht es Sinn, dass die Genossenschaften selbst Professionelle der SKA anstellen. Denn nur wenn diese wirklich in der Lebenswelt der Bewohnenden Fuss fassen können, besteht die Möglichkeit, die Herausforderungen nachhaltig anzugehen.

In der Stadt Zürich bestehen innerhalb von Wohnsiedlungen bereits Anstellungen von Sozialarbeitenden. Im Vergleich zur Sozialen Arbeit setzt die SKA jedoch präventiv an, bevor die Probleme zu eskalieren drohen, und sie arbeitet ressourcen- anstatt problemorientiert. In zwei Pilotprojekten hat die Stiftung für Kinderreiche Familien bereits sehr gute Erfahrungen mit der Anstellung einer Professionellen der SKA innerhalb einer Wohnsiedlung gemacht (vgl. Kapitel 9.1.3). So wird die Tätigkeit der Gemeinwesenarbeiterin in der Siedlung Brunnenhof auch für weitere Siedlungen derselben Stiftung übernommen werden. Den Autorinnen sind in Zürich keine Genossenschaften bekannt, welche Professionelle der SKA angestellt haben. Sie sehen darin jedoch ein enormes Potential, welches unbedingt durch die Genossenschaften genutzt werden müsste.

10. Schlusswort

Die in der Einleitung beschriebene, übergeordnete Fragestellung besteht aus drei Unterfragen. Diese werden nun wieder aufgegriffen und in diesem Kapitel zusammenfassend beantwortet. Zudem beinhaltet dieses Kapitel weiterführende Fragen, welche in dieser Arbeit nicht beantwortet werden konnten sowie einige kritische Gedanken.

Die erste Unterfrage wurde in den Kapiteln 2, 3 und 4 behandelt. Sie lautet:

- Welche Bedürfnisse deckt das Wohnen für den Menschen ab, welche Ursachen hat der Wandel im Wohnbereich und wie zeigt sich dieser am Beispiel der Stadt Zürich?

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Verfügbarkeit von adäquatem Wohnraum eines der wichtigsten menschlichen Grundbedürfnisse ist. Wohnen deckt das Bedürfnis des Menschen nach Sicherheit und Schutz ab. Zudem können auch weitere wichtige soziale Bedürfnisse nach Kontakt und Zusammengehörigkeit befriedigt werden.

Die Ursachen des Wohnwandels sind auf den Sozialen Wandel zurück zu führen. Für den Wohnbereich besonders relevant ist die Globalisierung sowie die damit verbundene Ökonomisierung und die zunehmende Migration. Der zweite relevante Aspekt ist die Individualisierung und die damit verbundene Flexibilisierung der Lebensläufe sowie die Pluralisierung der Lebensstile.

Die Folgen des Sozialen Wandels bilden sich in der Stadt Zürich einerseits durch die unzureichende Versorgung mit Wohnraum, besonders für sozioökonomisch schwächere Personen, ab. Andererseits zeigen sie sich in der Verdichtung und der damit verbundenen unfreiwilligen Segregation von Personen mit tiefem sozioökonomischen Status in den Aussenquartieren.

Die zweite Unterfrage legt den Fokus auf die Genossenschaften und wurde in den Kapiteln 5, 6 und 7 behandelt:

- Wie haben sich die Genossenschaften verändert, welche Herausforderungen stellen sich ihnen durch den Sozialen Wandel und welche Schlüsse können für die Bearbeitung in den Genossenschaften gezogen werden?

Die Genossenschaften wurden durch die Arbeiterschaft gegründet, welche sich mit den Grundwerten der solidarischen Selbsthilfe und Gemeinnützigkeit identifizierten. Heute wohnen verschiedene heterogene Nachfolgenerationen mit unterschiedlichen Wertvorstellungen in den Genossenschaften.

Der Soziale Wandel führt in den Genossenschaften zu Herausforderungen. Die für den sozialen Bereich relevanten Probleme können in zwei Punkten zusammengefasst werden. Dies ist einerseits die fehlende Soziale Kohäsion und Solidarität und andererseits das sinkende Engagement in den Genossenschaften.

Zur Förderung der Sozialen Kohäsion sowie zur Vermeidung von sozialer Desintegration ist das Vorhandensein von Gemeinsinn und Solidarität von hoher Bedeutung. Zudem sind demokratische Systeme für ihre Funktionsfähigkeit auf die Beteiligung und das Engagement der Menschen angewiesen. Durch den Sozialen Wandel lassen sich Veränderungen im Verhalten der Menschen feststellen. Aus diesen Erkenntnissen lassen sich Schlüsse

für die Bearbeitung der Herausforderungen in den Genossenschaften ziehen.

Zur Stärkung der Sozialen Kohäsion muss das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten sowie ins nachbarschaftliche Umfeld aufgebaut werden. Die vorhandene Diversität und damit verbundene Differenz der Bewohnenden muss anerkannt und erfahrbar gemacht werden. Zudem müssen die lokalen Nachbarschaftsnetzwerke gestärkt werden. Zur Förderung der Beteiligung muss vermehrt an den Bedürfnissen der Bewohnenden angeknüpft werden. Der Nutzen der Betroffenen muss berücksichtigt werden und es benötigt die Förderung von lokalem Engagement, denn dort kann Mitsprache eine direkt erfahrbare Wirkung erzeugen. Auch müssen die Partizipationsgefässe der Genossenschaften an die Bedürfnisse der Bewohnenden angepasst werden. Es benötigt vermehrt niederschwellige und kurzfristige Beteiligungsmöglichkeiten.

Die dritte Unterfrage beschäftigt sich mit der Soziokulturellen Animation und wurde in den Kapiteln 8 und 9 behandelt:

- Weshalb ist die SKA für die Bearbeitung der Herausforderungen in den Genossenschaften geeignet und welche Handlungsmöglichkeiten bieten sich dazu an?

Aus dem Berufskodex der Professionellen der Sozialen Arbeit kann ein Auftrag für die Arbeit im Wohnbereich abgeleitet werden und in den Theorien zur SKA wird der Gemeinwesenenaufbau und darin das Arbeitsfeld der Genossenschaften als Fokussierungsgebiet der SKA aufgeführt. Zudem ist der Soziale Wandel der Ausgangspunkt der Arbeit der SKA und diese ist dafür zuständig, die Menschen bei der aktiven Gestaltung des Wandels zu unterstützen. Durch die Grundsätze und Methoden der SKA ist diese Profession besonders geeignet, um gemeinsam mit den Bewohnenden nachhaltige Lösungen zu erarbeiten.

Die SKA kann durch die Schaffung von niederschweligen und bedürfnisorientierten Arrangements Begegnung, Kontakt und Kommunikation unter den Bewohnenden fördern. Durch Stimulierung und Vernetzung der Genossenschafter/innen können Ressourcen aktiviert und ausgeglichen werden. Mittels Empowerment kann die SKA die Bewohnenden animieren und befähigen, Aktivitäten, Aktionen und Anlässe durchzuführen. Der Zugang zu kooperativen Mitwirkungsprozessen kann durch niederschwellige Partizipationslernfelder erleichtert werden. Zudem kann die SKA die Akteure unterstützen, sich durch eine aktive Interaktion mit dem Gemeinwesen vermehrt zu vernetzen.

Nachdem die Fragestellungen der vorliegenden Arbeit beantwortet werden konnten, folgen nun weiterführende Fragen welche sich den Autorinnen beim Verfassen der Arbeit stellten. Diese sind jedoch nur als Denkanstösse zu betrachten.

Für die konkrete Umsetzung der Soziokulturellen Arbeit in Genossenschaften stellt sich die Frage: Wie sollen diese Fachpersonen finanziert werden?

Wie in Kapitel 8.4 erwähnt, sind in Zürich schon Akteure der SKA im Gemeinwesen tätig, welche der Stadtverwaltung angegliedert sind oder über Leistungsaufträge von der Stadt finanziert werden. Diese können jedoch nur in einzelnen Projekten in den Genossenschafts-siedlungen tätig sein und kommen somit nicht für die intensive Basisarbeit in Frage, welche für die in Kapitel 9.1.1 beschriebene Arbeit in den Genossenschaften nötig wäre.

In Kapitel 5.4 wurde erwähnt, dass der ABZ eine Fachstelle Soziales angehört, welche bei der internen Verwaltung angesiedelt ist. Die Soziale Arbeit ist in dieser Genossenschaft also schon tätig. Sie ist jedoch als zentrale Koordinationsstelle zu verstehen, welche nur punktuell in den Siedlungen aktiv sein kann.

Um die zeitintensive Basisarbeit längerfristig zu leisten wäre es nötig, neue Stellen für Fachpersonen der SKA zu schaffen. Zur Finanzierung solcher Stellen sind verschiedene Ansätze denkbar: Erstens bestünde die Möglichkeit der Finanzierung über die Verwaltung, was sich in den Mietzinsen niederschlagen würde. Zweitens bestehen in vielen Genossenschaften schon Solidaritätsfonds, welche zur Finanzierung von sozialen Dienstleistungen verwendet werden könnten. Drittens wäre es denkbar, dass - falls nur einzelne Siedlungen einer Genossenschaft das Bedürfnis nach Fachpersonen der Sozialen Arbeit äussern, dass diese zusätzlich zu den bestehenden Gefässen einen Verein zur Finanzierung gründen.

Während dem Schreiben der vorliegenden Arbeit ist aufgefallen, dass sich die Genossenschaften stets in einem Spannungsfeld bezüglich ihrer Organisationsstrukturen bewegen. Es stellen sich die Fragen: Wie gross darf eine Genossenschaft sein, damit sie ihre basisdemokratischen Ansprüche noch erfüllen kann? Welche Organisationseinheiten sollen über welche Kompetenzen verfügen?

Wie in Kapitel 5.1. aufgezeigt wurde, gibt es relativ junge, kleine Genossenschaften, welche aus ideologischen Überzeugungen entstanden sind und sehr basisdemokratisch und basisnah organisiert sind. Diese sind, wie in Kapitel 6.1 ersichtlich wurde, auch weniger mit den gesellschaftlichen Herausforderungen konfrontiert als mittelgrosse und grosse Genossenschaften. Die grösseren und älteren Genossenschaften sind mit dem Problem der Anonymität konfrontiert. Zudem entspricht die Bewohnerschaft nicht mehr der Gründungsgeneration. Deren Ideologie ist ihnen nicht vertraut.

Von den Schwierigkeiten beim Finden von Freiwilligen für die Arbeit im Vorstand sind vor allem mittelgrosse Genossenschaften betroffen, da dort die Anonymität hoch ist und die freiwilligen Ämter vergleichsweise wenig Prestige bringen (vgl. Kapitel 6.1). Grosse Genossenschaften haben institutionalisierte Verwaltungen und der Vorstand kann zahlreiche Aufgaben an diese delegieren. Diese Tatsache erleichtert das Finden von Vorstandsmitgliedern, da diese durch die Verwaltung ausreichend Unterstützung in ihrer Arbeit erhalten und sich der Arbeitsaufwand dadurch in Grenzen hält.

Wurden die Aufgaben der Verwaltung ehemals durch Ehrenamtliche durchgeführt, so zeigt sich heute ein Trend zur Institutionalisierung und zur Professionalisierung dieser Arbeiten. Die Leute sind, wie die Erkenntnisse aus Kapitel 7.2.2 bestätigen, nicht mehr bereit, sich längerfristig für ein Engagement zu verpflichten. Somit bringt es einer Genossenschaft Vorteile, eine professionalisierte Geschäftsleitung mit angemessenen personellen Ressourcen zu haben.

Die Institutionalisierung und damit die Bürokratisierung bringen aber auch Risiken mit sich wie die Erhöhung der Zugangsschwellen für die Partizipation der Genossenschaftsmitglieder und damit die Gefahr der Überforderung der Mitglieder. Das bedeutet konkret, dass die sozioökonomisch schwächeren Mitglieder sich weniger beteiligen können, da sie, wie in Kapitel 7.2.2 erläutert, über weniger Ressourcen verfügen. Daraus folgt, dass die

Genossenschaften eher von höher gebildeten, einkommensstärkeren Genossenschaftsmitgliedern vertreten werden. Dadurch kann die schon vorhandene soziale Ungleichheit reproduziert und zusätzlich verstärkt werden. Durch die Institutionalisierung entsteht ein grösseres hierarchisches Gefälle innerhalb der Genossenschaft. Eine grosse Genossenschaft ist zudem auch auf dem Wohnungsmarkt ein wichtiger Akteur, was deren Vorstandsmitgliedern eine gewisse Machtstellung zuspricht.

Wie können also die Genossenschaftsstrukturen angemessen gestaltet und eventuell angepasst werden? Es ist wichtig, dass sich die Genossenschaften diesen Fragen annehmen und überlegen, wie sie ihre Strukturen gestalten können, um den Mitgliedern die grösstmögliche Mitsprache zu sichern. Die unterschiedlichen Eigenschaften der Genossenschaften erfordern auf diese zugeschnittene Lösungen.

In Kapitel 6.1 wurde ersichtlich, dass die Genossenschafter/innen nicht mehr für die genossenschaftlichen Werte sensibilisiert sind. Dabei stellte sich die Frage: Sind die genossenschaftlichen Werte veraltet und müssten sie angepasst werden?

In Kapitel 7 hat sich allerdings gezeigt, dass die Werte nicht verändert, sondern neu interpretiert und die Umsetzung derer zusammen mit den Bewohnenden entwickelt werden müssten. Einigen Genossenschaftsmitgliedern ist nicht bewusst, dass sie in einer Genossenschaft leben (vgl. Kapitel 6.1). Sie ziehen einzig aus finanziellen Gründen in die deutlich günstigeren Genossenschaftswohnungen. Diese Tatsache wirft die Frage auf, wie es möglich sein kann, Genossenschafter/in zu werden ohne sich dessen bewusst zu sein? Sind die Genossenschaften ausreichend bemüht, die genossenschaftliche Idee zu vermitteln? Was müssen die Genossenschaften tun, damit die Leute schon beim Zuzug für die genossenschaftlichen Werte sensibilisiert werden? Wenn sich die Interessenten mit den Werten identifizieren sollen, müssten diese auch kommuniziert und bewusst gemacht werden.

Diese Überlegungen wurden zum Beispiel im Projekt Brunnenhof (vgl. Kapitel 9.1.3) miteinbezogen. Die Stiftung führte zusammen mit der angestellten Gemeinwesenarbeiterin ausführliche Gespräche durch, um die Neuzuzüger/innen für die gemeinschaftlichen Anliegen des Projekts zu sensibilisieren. Dieses Vorgehen würde sich vor allem bei Neubausiedlungen oder Ersatzneubauten anbieten.

Dabei ist allerdings zu beachten, dass das Wohnungsangebot in der Stadt Zürich zur Zeit keine Wahlfreiheit bei der Wohnungssuche bietet. Die Leute können es sich nicht leisten, eine Wohnung abzulehnen. Sie werden eine Genossenschaftswohnung also auch annehmen, wenn sie nicht bereit sind, sich in der Genossenschaft zu engagieren.

Das Thema „Werte“ wurde in der vorliegenden Arbeit bewusst nicht vertieft behandelt. Es wäre spannend, diese Thematik weiter zu verfolgen. An dieser Stelle soll auf die Masterarbeit „Erosion genossenschaftlicher Werte und Identität: Ursachen, Herausforderungen und Handlungsansätze für die Allgemeine Baugenossenschaft Zürich“ von Hanspeter Rohrer (2010) verwiesen werden.

Kritisch zu hinterfragen wäre auch die Rolle der öffentlichen Hand. Die Genossenschaften erfüllen einen Auftrag, welchen die Stadt mit ihrer Sozialpolitik anfangs des 20. Jahrhunderts nicht genügend wahrgenommen hat. Die Genossenschaften werden seither zwar von der öffentlichen Hand unterstützt, und die Stadt stellt zusätzlich Wohnraum für

sozioökonomisch schwächere Schichten zur Verfügung. Dennoch stellt sich zum Beispiel aufgrund der tiefen Leerwohnungsziffer die Frage, ob sich die Stadt genügend für die adäquate Wohnraumversorgung der ökonomisch Schwächeren einsetzt.

Ein wichtiger Aspekt dazu ist dabei das Standortmarketing und der daraus folgende Wettbewerb der Städte. Die Stadt befindet sich ständig in einem Spannungsfeld zwischen ökonomischen und sozialen Interessen und muss zwischen diesen abwägen. Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass die Konzentration sozialer Probleme in einer Stadt auch einen Einfluss auf Image und Wettbewerbsfähigkeit haben kann und es sich darum lohnt, beide Bereiche ausgewogen zu berücksichtigen.

Hierzu verweisen die Autorinnen noch einmal auf den sozialpolitischen Auftrag der SKA und appellieren an diese, sich deutlich zu positionieren.

Abschliessend kann gesagt werden, dass sich durch den Sozialen Wandel für die Gesellschaft wie auch für die Genossenschaften zahlreiche Herausforderungen stellen. Die Tendenzen zeigen, dass sich die bereits bekannten Problemlagen eher noch verstärken werden und es deshalb für die Genossenschaften besonders wichtig ist, dass sie für die Entwicklungen des Sozialen Wandels sensibilisiert sind und präventiv handeln. Die Autorinnen appellieren an die Genossenschaften, den erkannten Herausforderungen frühzeitig Beachtung zu schenken und den Wandel aktiv mit zu gestalten. Die vorliegende Arbeit zeigt Synergien zwischen Genossenschaften und SKA auf und es wäre aus Sicht der Autorinnen wichtig, dass die Genossenschaften eine solche Zusammenarbeit in ihre Überlegungen mit einbeziehen.

Die Autorinnen fordern aber auch die Professionellen der SKA auf, der Wohnthematik vermehrt Beachtung zu schenken, das Potential der Genossenschaften für ihre Arbeit zu erkennen und aktiv auf diese zu zugehen.

11. Quellenverzeichnis

- Allgemeine Baugenossenschaft Zürich [ABZ]. (ohne Datum). *Organe*. Gefunden am 8. Juli 2010 unter http://www.abz.ch/de/genossenschaft_abz/organe/
- Allgemeine Baugenossenschaft Zürich [ABZ]. (2007). *Vermietungsrichtlinien*. Gefunden am 8. Juli 2010 unter <http://www.abz.ch/static/files/genossenschaft/wohnen/Vermietungsrichtlinien.pdf>
- Allgemeine Baugenossenschaft Zürich [ABZ]. (2008). *Statuten*. Gefunden am 8. Juli 2010 unter <http://www.abz.ch/static/files/genossenschaft/Statuten.pdf>
- Allgemeine Baugenossenschaft Zürich [ABZ]. (2010a). *Leitbild*. Gefunden am 8. Juli 2010 unter http://www.abz.ch/de/genossenschaft_abz/zweck_und_ziele/leitbild/
- Allgemeine Baugenossenschaft Zürich [ABZ]. (2010b). *Wertepapier*. Gefunden am 9. Juli 2010 unter http://www.abz.ch/static/files/projekte/Werte/ABZ_Wertepapier.pdf
- Althaus, Eveline (2010). *Konfliktprävention in der Siedlung Brunnenhof, Zürich*. Studie im Auftrag des Bundesamtes für Wohnungswesen. Bern: Berner Fachhochschule Soziale Arbeit.
- AvenirSocial (2006). *Berufskodex der professionellen Sozialer Arbeit*. Gefunden am 21. Juli 2010 unter http://www.avenirsocial.ch/cm_data/Berufskodex_A4_d.pdf
- Bärsch, Jürgen & Simbriger, Angelika (2001). Aus dem Privaten ins Öffentliche. Eine empirische Untersuchung über Gemeinschaftsräume in Wohnsiedlungen. In Schader-Stiftung (Hrsg.), *Wohnwandel. Szenarien, Prognosen, Optionen zur Zukunft des Wohnens* (S. 338-350). Darmstadt: Herausgeber.
- Bergman, Max Manfred & Matter, Véronique (2004). Kulturelle Vielfalt in der Schweiz. In Dominique Joye; Isabelle Renschler & Christian Suter (Hrsg.), *Sozialbericht 2004* (S. 73-100). Zürich: Seismo Verlag.
- Bertelsmann Stiftung Forschungsgruppe Politik (Hrsg.). (2002). *Gemeinsinn. Gemeinschaftsfähigkeit in der modernen Gesellschaft*. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Bundesamt für Statistik [BFS]. (2004). *Bericht zur Freiwilligenarbeit in der Schweiz*. Neuchâtel: Autor.
- Bundesamt für Statistik [BFS]. (2008). *Freiwilligenarbeit in der Schweiz*. Neuchâtel: Autor.
- Bundesamt für Statistik [BFS]. (2010). *Migration und Integration. Analysen. Die ausländische Bevölkerung in der Schweiz*. Gefunden am 29. Juli 2010 unter http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/01/07/blank/dos/la_population_etrangere/intro.html
- Council of Europe (1999). *Europäische Sozialcharta (revidiert)*. Gefunden am 8. Juli 2010 unter <http://conventions.coe.int/Treaty/ger/Treaties/Html/163.htm>
- Dangschat, Jens S. (2007). Soziale Ungleichheit, gesellschaftlicher Raum und Segregation. In Jens S. Dangschat & Alexander Hamedinger (Hrsg.), *Lebensstile, soziale Lagen und Siedlungsstrukturen* (S. 21-50). Hannover: Verlag der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL).
- Degele, Nina & Dries, Christian (2005). *Modernisierungstheorie*. München: Wilhelm Fink Verlag.
- Diethelm, Esther (2010). Wie sich eine soziale Quartierentwicklung planen lässt. *SozialAktuell*, 2010 (6), 24-25.

- Farago, Peter (2006). *Wohnbaugenossenschaften in der Schweiz. Ergebnisse einer schriftlichen Erhebung im Jahre 2004*. Gefunden am 9. Juli 2010 unter <http://www.bwo.admin.ch/dokumentation/00106/00108/00306/index.html?lang=de>
- Filsinger, Dieter (2000). Zivilgesellschaftliche Gestaltung: Kontexte, (Test-)Felder und Forschungsaufgaben. In Susanne Elsen u.a. (Hrsg.), *Sozialen Wandel gestalten. Lernen für die Zivilgesellschaft* (S. 54-78). Kriftel: Hermann Luchterhand Verlag GmbH Neuwied.
- Flade, Antje (1987). *Wohnen. Psychologisch betrachtet*. Bern: Verlag Hans Huber.
- Frey, René L. (2008). *Starke Zentren - Starke Alpen. Wie sich die Städte und ländlichen Räume der Schweiz entwickeln können*. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung.
- Fürstenberg, Friedrich (2003). Humanität, Gerechtigkeit, Solidarität. Von der Wertorientierung zur Dialogkompetenz in sozialen Beziehungen. In Karl-Heinz Hillmann & Georg W. Oesterdiekhoff (Hrsg.), *Die Verbesserung des menschlichen Zusammenlebens. Eine Herausforderung für die Soziologie* (S. 99-108). Opladen: Verlag Leske + Budrich.
- Fux, Beat (2005). *Familiale Lebensformen im Wandel*. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik [BFS].
- Gillet, Jean-Claude (1998). *Animation. Der Sinn der Aktion*. Luzern: Verlag für Soziales und Kulturelles.
- Gresens, Fred (2004). Nachhaltige Wohnungspolitik aus der Perspektive der kommunalen Wohnungswirtschaft bzw. eines kommunalen Bauträgers. In Konrad Maier & Manfred Messmer (Hrsg.), *Soziale Kommunalpolitik für lebenswerte Wohnquartiere. Beiträge zu Wohnungspolitik, Bürgerbeteiligung, Quartiersmanagement und Indikatoren sozialer Nachhaltigkeit* (S. 162-166). Freiburg: Kontaktstelle für praxisorientierte Forschung e.V. an der evangelischen Fachhochschule Freiburg.
- Hafen, Martin (2010). *Die Soziokulturelle Animation aus systemtheoretischer Perspektive*. Unveröffentlichtes Manuskript. Hochschule Luzern – Soziale Arbeit.
- Häussermann, Hartmut & Siebel, Walter (1996). Soziologie des Wohnens. *Eine Einführung in Wandel und Ausdifferenzierung des Wohnens*. München: Juventa Verlag.
- Herriger, Norbert (2005). Sozialräumliche Arbeit und Empowerment. Plädoyer für eine Ressourcenperspektive. In Ulrich Deinet, Christoph Gilles & Reinhold Knopp (Hrsg.), *Neue Perspektiven der Sozialraumorientierung. Planung- Aneignung- Gestaltung* (S. 64-78). Berlin: Frank & Timme.
- Hinte, Wolfgang (2001). Sollen Sozialarbeiter hexen? Stadtteilbezogene Soziale Arbeit als intermediäre Instanz zwischen Bürokratie und Bewohneralltag. In Wolfgang Hinte, Maria Lüttringhaus & Dieter Oelschlägel, *Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit* (S. 154-164). Münster: Votum Verlag.
- Hörmann, Siegfried (1996). Bürgerschaftliches Engagement und die Wohlfahrtsverbände. In Wolf Rainer Wendt u.a. (Hrsg.), *Zivilgesellschaft und soziales Handeln. Bürgerschaftliches Engagement in eigenen und gemeinschaftlichen Belangen* (S. 112-120). Freiburg im Breisgau: Lambertus-Verlag.
- Hug, Annette (2010). *Eine Praxis der alltäglichen Demokratie*. Unveröffentlichtes Manuskript. Hochschule Luzern – Soziale Arbeit.
- Junge, Matthias (2002). *Individualisierung*. Frankfurt am Main: Campus Verlag GmbH.

- Keupp, Heiner (1996). *Gemeinsinn und Selbstsorge. Gegen einen falschen Moralismus*. In Wolf Rainer Wendt u.a. (Hrsg.), *Zivilgesellschaft und soziales Handeln. Bürgerschaftliches Engagement in eigenen und gemeinschaftlichen Belangen* (S. 78-95). Freiburg im Breisgau: Lambertus-Verlag.
- Kipple, Flavia (1998). *Was heisst Individualisierung? Die Antworten soziologischer Klassiker*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung [UNCED]. (1992). *Agenda 21*. Gefunden am 21. Juli 2010 unter www.agenda21-treffpunkt.de/archiv/ag21dok/index.htm#Kopf
- Lüttringhaus, Maria (2000). Partizipation in benachteiligten Stadtteilen: Planung am „bunten“ Tisch statt „grünen“ Tisch. In Susanne Elsen u.a. (Hrsg.), *Sozialen Wandel gestalten. Lernen für die Zivilgesellschaft* (S. 213-229). Krefeld: Hermann Luchterhand Verlag GmbH Neuwied.
- Lüttringhaus, Maria (2007). Voraussetzungen für Aktivierung und Partizipation. In Maria Lüttringhaus & Hille Richers, *Handbuch Aktivierende Befragung. Konzepte, Erfahrungen, Tipps für die Praxis* (S. 66-72). Bonn: Stiftung Mitarbeit.
- Maier, Konrad & Sommerfeld, Peter (2005). *Inszenierung des Sozialen im Wohnquartier. Darstellung, Evaluation und Ertrag des Projektes „Quartiersaufbau Rieselfeld“*. Freiburg: Verlag Forschung- Entwicklung- Lehre [FEL].
- Mani, Sibylle (2010). Brückenschlag in Oerlikon. „...ich bin auch einE OerlikerIn“: wo sich kurdische Gitarrenlieder und Hip-Hop treffen. *SozialAktuell*, 2010 (6), 36-38.
- Messmer, Manfred (2004). Quartiersmanagement und Bürgerschaftliches Engagement bei der Stadtteilentwicklung in benachteiligten Gebieten. In Konrad Maier & Manfred Messmer (Hrsg.), *Soziale Kommunalpolitik für lebenswerte Wohnquartiere. Beiträge zu Wohnungspolitik, Bürgerbeteiligung, Quartiersmanagement und Indikatoren sozialer Nachhaltigkeit* (S. 199-212). Freiburg: Kontaktstelle für praxisorientierte Forschung e.V. an der evangelischen Fachhochschule Freiburg.
- Moser, Heinz; Müller, Emanuel; Wettstein, Heinz & Willener, Alex (1999). *Soziokulturelle Animation. Grundfragen, Grundlagen, Grundsätze*. Luzern: Verlag für Soziales und Kulturelles.
- Müller, Barbara (2008). *Soziale Kohäsion in der Nachbarschaft. Eine empirische Analyse von Einflussfaktoren auf Quartier- und Individualebene*. Gefunden am 1. Juli 2010 unter http://www.ife.uzh.ch/fckeditor_downloads/file/Z-proso/04_Publikationen/02_Forschungsberichte/01_Abstracts/Ab_D_FB_Nr9_BMueller.pdf
- Nadai, Eva (1996). *Gemeinsinn und Eigennutz*. Bern: Verlag Paul Haupt.
- Noller, Peter (1999). *Globalisierung Stadträume und Lebensstile. Kulturelle und lokale Repräsentationen des globalen Raums*. Opladen: Verlag Leske + Budrich.
- Pahl, Walter (2001). „Unter uns bleiben - ja bitte, nein danke!“. Integration von Zuwanderern. In Schader-Stiftung (Hrsg.), *Wohn:wandel. Szenarien, Prognosen, Optionen zur Zukunft des Wohnens*. Darmstadt: Herausgeber.

- Pankoke, Eckart (2003). „Netzwerke“ und „Lernprozesse“. Soziale Qualität und Soziologische Reflexivität im Modernisierungsprozess. In Karl-Heinz Hillmann & Georg W. Oesterdiekhoff (Hrsg.), *Die Verbesserung des menschlichen Zusammenlebens. Eine Herausforderung für die Soziologie* (S. 79-98). Opladen: Verlag Leske + Budrich.
- Perrig-Chiello, Pasqualina (2004). Soziale Integration im Spiegelbild lebenszyklischer Übergänge. In Dominique Joye; Isabelle Renschler & Christian Suter (Hrsg.), *Sozialbericht 2004* (S. 129-153). Zürich: Seismo Verlag.
- Pfeifer-Schaupp, Ulrich (Hrsg.). (2005). *Globalisierung und Soziale Arbeit*. Hamburg: VSA- Verlag.
- Rausch, Günter (2004). Die Beteiligung von sozial Benachteiligten aus der Perspektive einer emanzipatorischen Gemeinwesenarbeit. In Konrad Maier & Manfred Messmer (Hrsg.), *Soziale Kommunalpolitik für lebenswerte Wohnquartiere. Beiträge zu Wohnungspolitik, Bürgerbeteiligung, Quartiersmanagement und Indikatoren sozialer Nachhaltigkeit* (S. 93-104). Freiburg: Kontaktstelle für praxisorientierte Forschung e.V. an der evangelischen Fachhochschule Freiburg.
- Rohrer, Hanspeter (2010). *Erosion genossenschaftlicher Werte und Identität. Ursachen, Herausforderungen und Handlungsansätze für die Allgemeine Baugenossenschaft Zürich (ABZ)*. Unveröffentlichte Masterarbeit des Studiengangs Master für betriebswirtschaftliches Management von Nonprofit-Organisationen an der Hochschule für Soziale Arbeit und der Hochschule für Wirtschaft Zürich.
- Schäfers, Bernhard (2004). *Sozialstruktur und sozialer Wandel in Deutschland* (8. Aufl.). Stuttgart: Lucius & Lucius.
- Schnee, Renate (2010). Lebendige Kommunikationsorte in einer Stadtrandsiedlung. Bassena: Gemeinwesenarbeit in der Grossstadt Wien. *SozialAktuell*, 2010 (6), 17-19.
- Schweizerische Eidgenossenschaft (1999). *Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft*. Gefunden am 8. Juli 2010, unter <http://www.admin.ch/ch/d/sr/101/a41.html>
- Schweizerischer Verband für Wohnungswesen [SVW], Sektion Zürich & Finanzdepartement der Stadt Zürich (Hrsg.). (2007). *Argumente und Fakten*. Gefunden am 8. Juli 2010 unter http://www.svw-zh.ch/resources/1/uploads/Argumentarium_26_03_07.pdf
- Schweizerischer Verband für Wohnungswesen [SVW] & Stadt Zürich (2008). *Wohnen Morgen. Standortbestimmung und Perspektiven des gemeinnützigen Wohnungsbaus*. Zürich: Verlag Neue Zeitung.
- Siebel, Walter (2001). Segregation und Integration. Voraussetzungen für die Integration von Zuwanderern. In Schader-Stiftung (Hrsg.). (2001), *Wohn:wandel. Szenarien, Prognosen, Optionen zur Zukunft des Wohnens* (S. 228-242). Darmstadt: Autor.
- Spierts, Marcel (1998). *Balancieren und Stimulieren. Methodisches Handeln in der Soziokulturellen Arbeit*. Luzern: Verlag für Soziales und Kulturelles.
- Stadt Zürich (1924). *Grundsätze betreffend die Unterstützung gemeinnützigen Wohnungsbaues*. Gefunden am 24. Juli 2010 unter <http://www.stadt-zuerich.ch/internet/as/home/inhaltsverzeichnis/8/841/110.html>
- Stadt Zürich Finanzdepartement (2010). *Wohnbauförderung*. Gefunden am 24. Juli 2010 unter <http://www.stadt-zuerich.ch/fd/de/index/wohnbaupolitik/wohnbauforderung.html>

- Stadt Zürich Präsidialdepartement (2010). *Über 13'000 Wohnungen*. Gefunden am 25. Juli 2010 unter http://www.stadt-zuerich.ch/prd/de/index/stadtentwicklung/stadt-_und_quartierentwicklung/wohnen/10_000_wohnungen.html
- Stadt Zürich Sozialdepartement (2010a). *Kindertreffpunkte*. Gefunden am 26. Juli 2010 unter <http://www.stadt-zuerich.ch/kinder>
- Stadt Zürich Sozialdepartement (2010b). *Quartierkoordination Zürich Nord*. Gefunden am 21. Juli 2010 unter <http://www.stadt-zuerich.ch/sd/de/index/soziokultur/gwa/nord.html>
- Stadt Zürich Sozialdepartement (2010c). *Quartierzentrum Aussersihl*. Gefunden am 21. Juli 2010 unter <http://www.stadt-zuerich.ch/content/sd/de/index/soziokultur/sozialzentren/aussersihl/kontakt.html>
- Stadt Zürich Stadtentwicklung (2009). *Bevölkerungsbefragung 2009*. Zürich: Autor.
- Stadt Zürich Statistik (2004). *Analysen. Vielfältiges Zürich. Die Menschen und ihre Quartiere*. Zürich: Autor.
- Stadt Zürich Statistik (2005). *Analysen. Veränderung der Wohnverhältnisse in der Stadt Zürich zwischen den eidgenössischen Volkszählungen von 1990 und 2000*. Zürich: Autor.
- Stadt Zürich Statistik (2006). *Wohnbaugenossenschaften in der Stadt Zürich*. Zürich: Autor.
- Stadt Zürich Statistik (2009a). *Zürich in Zahlen*. Zürich: Autor.
- Stadt Zürich Statistik (2009b). *4x25. Günstig wohnen in Zürich*. Zürich: Autor.
- Stadt Zürich Statistik (2010). *Statistisches Jahrbuch der Stadt Zürich*. Zürich: Autor.
- Statistisches Amt des Kantons Zürich (2004). *Genossenschaftlich wohnen*. Gefunden am 8. Juli 2010 unter http://www.statistik.zh.ch/statistik.info/pdf/2004_20.pdf
- Straubhaar, Thomas (2001). „Glokalisierung“. Zum Spannungsfeld zwischen Globalisierung und Lokalisierung. In Hans Flückiger & René L. Frey (Hrsg.), *Eine neue Raumordnung für neue Räume*. Beiträge aus dem Forum für Raumordnung 1999/2000 (S. 132-145). Zürich: ORL-Institut.
- Odermatt, André (1997). *Eigentümerstrukturen des Wohnungsmarktes. Ein handlungstheoretischer Beitrag zur Erklärung der räumlich-sozialen Wohnstandortverteilung am Fallbeispiel Schweiz*. Münster: LIT Verlag.
- Offene Jugendarbeit Zürich (OJA). (ohne Datum). *Der Verein*. Gefunden am 21. Juli 2010 unter <http://www.oja.ch/Verein>
- United Nations Human Rights (1948). *Universal Declaration of Human Rights*. Gefunden am 8. Juli 2010 unter <http://www.ohchr.org/EN/UDHR/Pages/Language.aspx?LangID=ger>
- Vogt, Ludgera (2005). *Das Kapital der Bürger. Theorie und Praxis zivilgesellschaftlichen Engagements*. Frankfurt am Main: Campus Verlag GmbH.
- Vorkamp, Wolfgang (2008). *Integration durch Teilhabe. Das zivilgesellschaftliche Potenzial von Vereinen*. Frankfurt am Main: Campus Verlag GmbH.
- Willener, Alex (2007). *Integrale Projektmethodik für Innovation und Entwicklung in Quartier, Gemeinde und Stadt*. Luzern: interact.

wohn.plus (Hrsg.). (2006). *Die Geschichte der Wohnbaugenossenschaften und der Genossenschaftsidee.*

Gefunden am 8. Juli 2010 unter <http://www.svw.ch/fachverlag/uebersicht.php?thema=4>

Zoll, Rainer (2000). *Was ist Solidarität heute?* Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.